

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig, des Polizeipräsidenten der Stadt Leipzig und des Stadtrats zu Großsch.

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.- Mark, für Selbstabholer 1,90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.- Mark ohne Beleggeld. — Die Einzelnummer kostet 20 Pf. Telefon Sammelnummer 72206 — **Postfachkonto Leipzig Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 72206. — **Verlag in Leipzig,**
Tauscher Straße 19/21 — Telephon 72206

Inseratenpreise: Die 10. Spalte, Kolonelle 35 Pf., bei Platzvorrat 40 Pf., Stellenangebote 10. Spalte, Kolonelle 25 Pf., Familiennachrichten von Privatpersonen 10. Spalte, Kolonelle mit 50% Nachl. Reklamesp. 2 Mt. Inserate v. ausm.: die 10. Spalte, Kolonelle 40 Pf., bei Platzvorrat 50 Pf., Reklamesp. 2,25 Mt.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Die schwierige Sammlung.

Am die Koalitions„reise“ der Deutschnationalen.

Der Aufruf der beiden Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft deutschvolksparteilicher und deutschnationaler Mitglieder des preussischen Staatsrates zur Bildung des Reichsbürgerbundes, der am Montag veröffentlicht wurde, wird trotz der politischen Ruhepause nach dem Reichstagsabschluss lebhaft diskutiert. Das Vorgehen der Herren von Gagl und Dr. Jarres hat eine Frage zur Erörterung gestellt, die in absehbarer Zeit in der einen oder anderen Weise ihre Lösung finden wird. Die Deutschnationalen haben bereits seit einiger Zeit sehr lebhaft ihre Absicht bekundet, wieder regierende Herren zu werden. Und ihre Partner von morgen haben gegenüber dieser Absicht lediglich das Bedürfnis, vorher zu einer Einigung mit ihnen über ihr Wohlverhalten in gewissen Dingen zu kommen. In diesem Sinne, als Vorbereitung für die erstrebte Einigung, ist auch eine Auslassung aufzufassen, die eben von der Nationalliberalen Korrespondenz zu dieser Frage veröffentlicht wird und die eine L.-U.-Melbung wie folgt wiedergibt:

Eine Stellungnahme durch die berufenen Instanzen der Deutschen Volkspartei ist zur Zeit nicht möglich, da Fraktions- und Parteivorstand in Berlin nicht versammelt sind. Man wird darauf hinweisen müssen, daß eine Arbeitsgemeinschaft zwischen Parteien, von denen die eine in der Regierung, die andere in der Opposition sich befindet, praktisch nicht möglich ist. Bevor man daher den Gedanken einer engeren Zusammenarbeit zwischen deutschnationaler Partei und Deutscher Volkspartei überhaupt erörtern kann, müßte diese Divergenz beseitigt sein. Aber auch dann kann sich das engere Verhältnis nur aus einer längeren tatsächlichen politischen Entwicklung ergeben. Die Ergebnisse der letzten Jahre können nach dieser Richtung nicht optimistisch stimmen. Was heute für die Deutsche Volkspartei der Kern des liberalen Gedankens ist, das hat bei der letzten Sitzung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei Geheimrat Kahle aus dem verantwortungsbewußten Laßschmutz bezeichnet, das ist das innerste Pflichtgefühl, sich zum Staate zu bekennen und an ihm mitzuarbeiten, auch wenn uns manches an diesem Staate nicht gefällt. Die Deutschnationale Volkspartei hat sich bisher nicht zu diesem Standpunkt durchringen können. Sie hat im vorigen Jahr zwar einen Anlauf genommen, aber bald wieder vorgezogen, sich in die Opposition zurückzuziehen. Mancherlei Anzeichen sind dafür vorhanden, daß man in deutschnationalen Kreisen das Verfehlen dieses Weges erkannt hat. Der Entschluß der Deutschnationalen Partei, zur Rückkehr zur verantwortlichen Mitarbeit, erscheint uns daher die erste

Voraussetzung für eine Entwicklung in der Richtung auf die Anregung der Preussischen Arbeitsgemeinschaft im Staatsrat zu sein.

Trotz aller Vorsicht in der Formulierung dieser Erklärung ist es unverkennbar, daß damit der Deutschnationalen Volkspartei Fingerzeige gegeben werden sollen, wie ihre Wünsche am besten Verwirklichung finden können. Als Ablehnung der deutschnationalen Ansprüche auf Mitregierung kann die Erklärung auf keinen Fall gewertet werden. Sie trifft übrigens zeitlich zusammen mit einer Erklärung des Berliner Zentrumsorgans, der Germania, die sich heute, Donnerstag, morgen noch einmal zu der Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zum Fürstenabfindungskompromiß der bürgerlichen Parteien äußert.

Die Germania erklärt, Zentrum und Demokraten hätten in den letzten Wochen bewußt und unerschrocken auf die große Koalition von der Deutschen Volkspartei bis zu den Sozialdemokraten hingearbeitet. Die Erfahrung, die das Zentrum nach so vielen früheren Enttäuschungen soeben von Neuem mit der Sozialdemokratie habe machen müssen, habe jedoch die Hoffnung auf eine baldige Befreiung der Sozialdemokratie zur Vernunft auf ein Minimum reduziert. Das Zentrumorgan erklärt gegenüber den Deutschnationalen, daß eine Zusammenarbeit mit ihnen undiskutierbar sei, so lange gewichtige Teile der Partei das ganze heutige außenpolitische und verfassungsmäßige System in Frage stellen. Trotzdem wird von der Germania die Verbindung zu den Deutschnationalen offengehalten durch die Erklärung: „Wenn es zu der schon so oft angekündigten Sonderung zwischen den Gemäßigten und den Unentwegten unter den Deutschnationalen kommen sollte, könnte es sich der Mühe verlohnen, über die Möglichkeit einer Verbreiterung unserer Regierungskonkurrenz nach rechts nachzudenken.“

Den Deutschnationalen werden gerade im Hinblick auf ihre Unentwegten die Mahnungen der Deutschen Volkspartei und des Zentrums nicht gerade angenehm sein. Sie werden aber immerhin so viel Verständnis für die Situation aufbringen zu begreifen, daß ihre künftigen Partner das Gesicht wahren müssen. Letzten Endes wird für ihre Entscheidung ausschlaggebend sein der Erfolg, den sie als regierende Herren zu erreichen hoffen können. Sie sind genügend gerissen, um zu wissen, daß der Großbürgerblock deutschnationalen Auffassungen und Ansprüchen in stärkster Weise nachgeben wird.

Abessinien.

Das nächste Opfer des Imperialismus.

Am 2. Juli ist das Ergebnis der Verhandlungen zwischen England und Italien über Abessinien dem Völkerbundssekretariat „zur Einsichtnahme“ zugestellt worden. Vorher schon hatte die englische Regierung den Notenwechsel mit Italien der Öffentlichkeit übergeben und dadurch selbst wesentlich dazu beigetragen, die Methoden des Imperialismus aufzuhehlen, der als das nächste seiner Opfer sich nun eben Abessinien ausgesucht hat. Wochenlang gingen die Noten und Briefe zwischen London, Paris und Rom hin und her, und man bestimmte coram publico einem jeden etwas von den Früchten des Landes, das als letztes in diesem afrikanischen Zipfel sich seine staatliche „Selbständigkeit“ bewahrt hat und als eben ein solcher souveräner Staat dem Völkerbund zugehört, der im Artikel 10 seiner Satzung verkündet:

„Die Bundesmitglieder verpflichten sich, die territoriale Unversehrtheit und die gegenwärtige politische Unabhängigkeit aller Bundesmitglieder zu achten und gegen jeden Angriff von außen her zu wahren. Im Fall eines Angriffs, einer Bedrohung oder einer Angriffsgefahr hat der Rat auf Maßregeln Bedacht zu nehmen, die geeignet sind, die Durchführung dieser Verpflichtung zu sichern.“

Abessinien, dessen Unabhängigkeit nach dem siegreichen Krieg gegen Italien (1896) anerkannt wurde, ist ein dünnbesiedeltes Land, hat einen Gebietsumfang von 814 000 Quadratkilometern, fünf bis acht Millionen Bewohner und 100 000 Mann Soldaten. Es hat eine entwickelte Industrie, ist also „durchdringungsfähig“, hat immerhin ansehnliche Naturschätze an Gold, Silber, Kohle, Eisen u. a., die noch zu hofen sind, besitzt einen König, den Ras Tafari, und schließlich eine Eisenbahn, die die Hauptstadt Addis-Abeba mit Deibuit in Französisch-Somaliland verbindet. Diese Bahn gehört Frankreich.

Was Abessinien von jeher seine besondere Bedeutung für den imperialistischen Machtstreben verlieh, ist seine eigentümliche geographische Lage. Abessinien hat das Ängst, gerade in jener afrikanischen Ecke zu liegen, wo die verschiedensten imperialistischen Interessen aufeinanderstoßen. Im Westen der englisch-ägyptische Sudan, im Süden die englische Kenia-Kolonie, im Südosten Italienisch-Somaliland, im Osten Britisch-Somaliland, Französisch-Somaliland, im Nordosten die italienische Kolonie Eritrea.

Ägypten, das ist der Ausgangspunkt für die englischen Wünsche um Abessinien. „Das ganze Ägypterland ist eine Gabe des Nils“, — das mußte vor fast zweieinhundert Jahren schon Herodot. Damals mußte der Nil für hundertfältige Getreidefrucht herhalten: heute braucht ihn die englische Baumwolle in Sudan. Kurz vor Ausbruch des Weltkrieges gelang es England, von der ägyptischen Regierung die Zustimmung zu großen Bewässerungsanlagen im Sudan zu erpressen. Hiernach erhielt England die Befugnis, Staudämme bei Matwar (Sennar) zu bauen, die die Bewässerung von 530 englischen Quadratmeilen regeln sollten. Der Weltkrieg selbst hinderte die Ausführung dieser Pläne; erst im Januar dieses Jahres wurde der Matwar-Damm fertiggestellt.

Die Ereignisse des Herbstes 1924 in Ägypten förderten die englischen Bestrebungen. Das im Anschluß an die Ermordung Sir Lee Stads, die zum Sturz Zaglul Paschas führte, von der neuen ägyptischen Regierung Zivar Paschas akzeptierte Ultimatum Englands (das übrigens auch die jetzige Regierung Waly Paschas hat anerkennen müssen) verwandelte das bisherige englisch-ägyptische Kondominium im Sudan de facto in eine englische Alleinherrschaft. Sämtliche ägyptischen Offiziere wurden aus der jordanischen Armee entfernt und durch englische ersetzt. England hatte nunmehr freie Bahn im Sudan für seine Bewässerungsprojekte. Mit fieberhafter Intensität wurden im Sommer vergangenen Jahres diese in Angriff genommen bzw. zur Durchführung gebracht. Das gewünschte Ziel dieser Arbeit, die englische Textilindustrie unabhängig vom amerikanischen Baumwollmarkt zu machen, liegt nicht mehr in allzu großer Ferne.

Nützlich ist hierzu freilich, daß die Wasserkräfte des Blauen Nils restlos erschlossen werden. Dessen Quelle nun aber liegt: in Abessinien.

Die englischen Pläne für Bauanlagen am Tana-See, aus dem der Blaue Nil seinen Lauf nimmt, datieren bereits seit Beginn des 20. Jahrhunderts. 1902 schloß England mit dem abessinischen Herrscher Menelik ein Abkommen über den Tana-See und den abessinischen Teil des Blauen Nils, in dem Abessinien sich verpflichtete, am Tana-See und Blauen Nil keine Werke auszuführen, die den Wasserablauf nach dem Sudan vermindern könnten, und England das Nutzungsrecht des Tana-Sees für seine Bewässerungsanlagen erhielt.

Die Verwirklichung dieser Projekte wurde einweilen aufgeschoben; nicht zuletzt war es der Widerstand der anderen Mächte, der England zur Vorsicht mahnte. Drei Studienkommissionen bereisten das Land, die letzte erst im Jahre 1920, und alle stellten fest, daß der Tana-See 3 1/2 Milliarden Kubikmeter Wasser fassen, die sich auf circa acht Milliarden erhöhen ließen.

Das ist die eine Seite des englischen Interesses an Abessinien. Die andere lehrt schon ein flüchtiger Blick auf die

Deutschland und Abessinien.

Stresemann will auch was haben.

U. Berlin, 9. Juli.

Wie die Deutsche Allgemeine Zeitung aus London meldet, hat nach Veröffentlichung des englisch-italienischen Notenwechsels über Abessinien die deutsche Regierung beim Foreign Office Vorstellungen erhoben, über den Fallus des neuen englisch-italienischen Vertrages, in dem England den ausschließlichen ökonomischen Einfluß Italiens in West-Abessinien anerkennt. Das Foreign Office habe auf die deutschen Vorstellungen an sich befriedigende Erklärungen über die Auslegung der neuen Vertragsklausel abgegeben. — Einen ähnlichen Schritt habe Deutschland in Paris unternommen.

Es ist wohl kaum anzunehmen, daß die deutsche Regierung diese Demarche zu dem Zweck unternommen hätte, um ihre Talente in der Beschützung der kleinen Nationen zu erproben. Wo es etwas zu holen gibt, ist Herr Stresemann schließlich immer dabei und sei es schließlich, daß er den Willen nur durch eine Geste kundtut. Mit dem Marokkorecht für Mannesmann begann die Geschichte und die Sorge der deutschen Regierung um das Schicksal Abessinien ist das nächste Glied in der Kette der neudeutschen Kolonialpolitik.

Der Raub an Abessinien, den der englisch-italienische Imperialismus jetzt vornimmt und über den der nebenstehende Artikel unterrichtet, ist eine Angelegenheit, die das Proletariat der ganzen Welt ungemein angeht. Die Gefahren, die das englisch-italienische Abkommen über Abessinien bietet, sind nicht zu unterschätzen. Auch wenn der abessinische Außenminister, wie aus Kairo gemeldet wird, sich mit dem Vertrag zufriedensetzt, so lehrt der Charakter jener Methode, wie man sich solche Erklärungen beschafft, zur Genüge, daß die Wirkung der englisch-italienischen Absichten dadurch keineswegs in ihrer imperialistischen Bedeutung herabgedrückt wird. Solche Abkommen sind im Interesse des Weltfriedens von dem Proletariat der Länder zu bekämpfen, die an derartigen Dingen beteiligt sind. Die englische Arbeiterpartei hat den Wünschen der englischen Regierung um Abessinien den schärfsten Kampf angefangen. In Italien würde diese Aufgabe die sozialistische Opposition er-

ledigen, wenn ihr hierfür die Betätigungsmöglichkeit gegeben wäre. Wenn die deutsche Regierung zu der englisch-italienischen Vereinbarung etwas sagen zu müssen vermeint und an ihr Anstoß nimmt, so geschieht dies sicher nicht aus den Gründen, die die Arbeiterklasse bei ihrem Kampf gegen den englisch-italienischen Pakt befeuert. Aufgabe der deutschen Sozialdemokratie ist es, den kolonialen Absichten der Stresemann und Genossen mit aller Entschiedenheit von vornherein zu begegnen. Den Kampf gegen den Imperialismus aber mögen die Herrschenden dem internationalen Proletariat überlassen.

Note Kolonialpolitik.

Ein Abkommen zwischen Rußland und der Mongolei.

WTB. Moskau, 5. Juli.

Wie die Sowjetpresse meldet, erfolgte vor einiger Zeit in Ulan-Bator (Urga, Neb.) die Unterzeichnung eines Abkommens zwischen der Sowjetunion und der Mongolei über den Dienst der Schiffe der Selenga-Staatsfließbootgesellschaft auf den Flüssen der Mongolei. Der Vertrag wurde seitens der Sowjetunion durch den Bevollmächtigten Vertreter Nikiforoff, leitens der Mongolei durch den Wirtschaftsminister Amor und den Außenminister Darikschab unterzeichnet.

Die Mongolei ist seit dem Februar 1921 wieder mit einer sowjetfreundlichen Regierung „unabhängig“, d. h. der faktischen Hoheit Chinas entzogen und russisches „Einflußgebiet“. Auch die Sowjetrepublik weiß solche Dinge zu schätzen.

Linkskoalition in Mecklenburg.

Der neugewählte mecklenburgische Landtag trat am Mittwoch in Schwerin zu seiner ersten Tagung zusammen. Der Genosse Höcker wurde zum Präsidenten gewählt. Heute wird die Wahl der Regierung stattfinden; voraussichtlich wird ihr Resultat ein Kabinett, bestehend aus zwei Sozialdemokraten und einem Demokraten, sein. Die Mehrheit für das zwischen Sozialdemokraten und Demokraten vereinbarte Linkskabinett ist sehr gering. Von 50 Stimmen dürften 25 auf die Minister der Linken entfallen. Die 26ste Stimme kommt nicht in Betracht, weil ein Kommunist im Justizhaus eine dreijährige Strafe verbüßt.

Die Pariser Kammerdebatte

Die Rede Léon Blums.

SPD. Paris, 7. Juli.

War in der Finanzdebatte der Dienstag der große Tag Cailiaux', so ist am Mittwoch mit der Rede Franklin Bouillions über das Washingtoner Schuldenabkommen und einer großartigen Rede Léon Blums über das sozialistische Finanzprogramm die Initiative in die Hände seiner Gegner übergegangen. Gegenüber der sozialistischen Auffassung kann Cailiaux allerdings auf die Stimmen der Reaktion rechnen, hingegen sind sich in der Ablehnung des Washingtoner Schuldenabkommens so ziemlich alle Fraktionen einig.

Mit gespannter Aufmerksamkeit erwartet, bestieg am Mittwochnachmittag

Léon Blum

die Tribüne und entwickelte in mehr als zweistündiger Rede seine und seiner Partei Argumente gegen das Regierungsprogramm. Er erklärte eingangs, daß die Kammer sich diesmal klar und unzweideutig äußern und sich entscheiden müsse zwischen dem Sachverständigenbericht, dem Finanzprogramm Botanowskis und dem der sozialistischen Partei. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Radikalsocialisten den Beschlüssen des Klazzer Parteitages entsprechend sich dem sozialistischen Programm anschließen werden. Diese Debatte, die eine historische Debatte sei, müsse unzweideutig mit der Festlegung eines klaren Textes enden, auf Grund dessen das Land die Richtlinien seiner zukünftigen Finanzpolitik erkennen könne. Seit einem Jahre vertrete bereits die sozialistische Partei den Standpunkt, daß eine Gesamtlösung des Finanzproblems möglich sei. Heute sei plötzlich alle Welt ebenfalls dieser Ansicht. Deshalb werde die sozialistische Partei ihre Pläne mit um so größerem Nachdruck demjenigen Cailiaux' gegenüberstellen.

Blum ging dann zu einer eingehenden Kritik der Pläne Cailiaux' über und griff dessen Steuerprogramm an. Was die direkten Steuern betrifft, seien die Sozialisten darin einig, daß gewisse dieser Steuern herabgesetzt werden könnten. Man dürfe aber dafür nicht, wie der Finanzminister es tun wolle, einfach die indirekten Steuern erhöhen. Eine derartige Politik würden die Sozialisten mit allen Mitteln bekämpfen. Schatz sprach sich Blum gegen die Übertragung besonderer Vollmachten an die Re-

gierung oder dem Finanzminister aus; das würde eine verheerende Verletzung der Verfassung und der Volkshoheit bedeuten. Das schwierigste Problem sei das des Schatzamtes. Zum vierten Male sage man der Kammer, daß Frankreich am Vorabend einer Katastrophe stehe. — Blum kritisierte dann eingehend den Sachverständigenbericht und stellte ihm das sozialistische Programm gegenüber, das zum Ausgangspunkt der Finanzsanierung eine Abgabe vom Kapital nimmt, deren Ertrag zur Tilgung der schwebenden Schuld Verwendung finden soll, an Stelle der von der Regierung vorgeschlagenen Erhöhung der indirekten Steuern, welche die ganze Last der Stabilisierung auf die Schultern der verbrauchenden Massen abwälzen. Ferner forderte Blum den energischsten und radikalsten Zugriff auf Einkommen und Vermögen. Blum schloß mit der Aufforderung an alle wahrhaft demokratischen Parteien, sich dem sozialistischen Programm anzuschließen.

Als er die Tribüne verließ, erscholl auf allen Bänken der Linken und einem Teil des Zentrums ein enthusiastischer Beifall. Ein großer Teil der Abgeordneten erhob sich und brachte dem Redner eine Ovation dar.

Mit der Rede des Genossen Blum hat die Sozialistische Partei den Fehdehandschuh, den Cailiaux der französischen Arbeiterklasse hingeworfen hat, aufgenommen. Rücksichtslos sind die Maßnahmen, mit denen die französische Regierung die Stabilisierung ins Werk setzt, auf ihren Klassegehalt zurückgeführt worden. Es besteht freilich wohl nicht die mindeste Aussicht, daß für die sozialistischen Vorschläge noch wesentliche Teile der bürgerlichen Linksparteien gewonnen werden. Das, was die Sozialisten in ihrem Gegenprojekt fordern, steht allerdings zumeist auch als Programmpunkt in jener Resolution verzeichnet, die den Klazzer Kongreß der Radikalen Partei im vergangenen Jahr zur Finanzsanierung sah. Aber dieses Bekenntnis der radikalen Seelen hat heute wohl nicht mal mehr historischen Wert. In dem Kampf gegen die Finanzmächte des französischen Kapitalismus steht die französische Arbeiterklasse allein und nur die Verbundenheit mit dem klassenbewußten internationalen Proletariat ist ihr hier Helfer.

Karle. Man braucht gar nicht Marxist zu sein, um diese zu verstehen:

„Wichtiger als der Sudan, wichtiger als Ägypten ist für England der Schutz des Suezkanals. Damit dieser schmale Wasserpaß zwischen Afrika und Asien seinen einigenden Wert für das anglo-indische Imperium behalte, darf Ägypten nicht wirklich souverän werden, darf der Sudan nicht ägyptisch bleiben. Da aber der Sudan, genau so wie Ägypten, nur von dem Wasser des Nils lebt, so muß der imperialen Logik gemäß, das Gebiet, welches dem Nil seinen Wasserreichtum gibt, nicht außerhalb des imperialen Machtbereichs bleiben. Eines der nächsten politischen Ziele Großbritanniens ist die Erreichung einer Kontrolle über den Nordwesten Afrikas.“ (Leopold Weiß in der Frankfurter Zeitung Nr. 327 vom 4. 5. 26.)

Baumwolle und Schutz des Suezkanals, Oekonomie und Strategie, diese beiden dem modernen Imperialismus eigenen Bedingungen bestimmen Englands Interessen gegenüber Abyssinien. Und diese Interessen werden nun von neuem gesichert in der Vereinbarung mit Italien.

Das hat schließlich dort auch etwas zu suchen. Schon in dem englisch-französisch-italienischen Abkommen vom Jahre 1906 erhielt Italien eine Verbindung seiner beiden Kolonien Italienisch-Somaliland und Eritrea zugesprochen. Aus dieser durch Abyssinien hindurch geplanten Bahn von Mogadischu über Addis-Abeba nach Eritrea war immer noch nichts geworden. Frankreichs Widerstand, das eine Konkurrenz für die ihm gehörige zentralafrikanische Bahn fürchtete, ließ Italiens Wunsch unbefriedigt.

1919 nun machte Italien — das steht jetzt durch den von der englischen Regierung kürzlich veröffentlichten Notenwechsel dokumentarisch fest — England den Vorschlag, England sollte am Tana-See tun und treiben, was es wolle, auch eine Autostraße zwischen dem Sudan und dem Tana-See errichten, wofür Italien das Recht erhalte, seine Eisenbahn zu bauen und „das ganze westliche Abyssinien als alleiniges ökonomisches Interessengebiet zu entwickeln“. Mit Zustimmung der abyssinischen Regierung, versteht sich. Wie solche Zustimmungen aussehen, weiß man, wie man sie sich holt, auch.

Dieser Vorschlag Italiens wurde nun von England damals abgelehnt. Jedoch sechs Jahre später (14. Dezember 1925) richtete England an Italien eine Note über Abyssinien, in der es heißt:

„Im Hinblick auf das glücklicherweise zwischen den Regierungen von Großbritannien und Italien bestehende gegenwärtige Vertrauen wünscht die englische Regierung das Prinzip der freundschaftlichen Zusammenarbeit, auch auf diese Frage auszudehnen.“

In dieser Note nimmt England nun den Vorschlag Italiens vom Jahre 1919 auf, nur müsse Italien Englands Wasserrechte in Abyssinien zertrennen und selbst keinerlei Wasserbauwerke vornehmen. Wer also war glücklicher als Mussolini! Der begann „auszudehnen“.

Zunächst sein Maul. Fuhr nach Tripolis und hielt die bekannte Rede; von da unternahm er den Panthersprung nach dem Küstengebiet Abyssiniens. Einige Wochen später schickte er eine Anzahl Kolonialtruppen nach dem nördlichen Teil von Italienisch-Somaliland, der bislang von Militär unbesetzt gehalten war, und ließ einige Somaliner totschießen. Vom Dezember bis jetzt ist immerhin eine geraume Weile, und die Aufstellung Abyssiniens wäre sicherlich schon längst vertraglich fest umschrieben worden, wenn nicht noch ein Dritter hier seine Interessen anzumelden gehabt hätte: Frankreich.

Frankreich, das Französisch-Somaliland und die zentralafrikanische Eisenbahn besitzt, fing sofort, als von der englisch-italienischen Unterhaltung etwas durchzustern begann, großen Krach zu schlagen an. Aber man machte es hier so, wie man in jüngster Zeit die verschiedenen Interessen einer imperialistischen Gruppe zufriedenzustellen pflegt: es wird allen etwas und somit jedem das Seine gegeben. Denn nach der Besiegung Abd el Krims und der sich hieraus ergebenden Neuordnung der Marokko-Verhältnisse begann nämlich Italien, seine Ansprüche auf die Verteilung des Marokko-Krautes zu erheben. Die auch von Italien angestrebte Revision des Tangerstatuts sollte diesem Zweck für Italien dienlich sein.

Nun scheint man aber den italienisch-französischen Gegensatz dadurch ausgeglichen zu haben, daß Italien auf sonderliche Rechte in Marokko verzichtet und Frankreich hierfür der englisch-italienischen Vereinbarung keine Schwierigkeiten bereitet. Am Freitag vergangener Woche hatte der italienische Botschafter in Paris, Avezzano, mit Briand eine längere Unterredung, über die das französische Außenministerium offiziell mitteilt, der italienische Botschafter habe hierbei erklärt,

„daß die französischen Interessen in Abyssinien durch das englisch-italienische Abkommen bezüglich Abyssiniens weder beeinträchtigt noch bedroht würden. Der 1906 zwischen Abyssinien, Frankreich und Italien geschlossene Vertrag verfolge die Achtung der Unabhängigkeit und der Integrität Äthiopiens (Abyssiniens). Der gegenwärtige englisch-italienische Vertrag lasse sich von diesen Grundbegriffen leiten. Was die wirtschaftlichen Bestimmungen betreffe, so beeinträchtigen diese in keiner Weise das Regime der offenen Tür in Abyssinien.“

Da auch die offizielle italienische Mitteilung über die Hinterlegung der Dokumente beim Völkerbund von einer Vereinbarung über gewisse britische und italienische Interessen in Abyssinien spricht, liegt demnach ein richtiggehendes Aufteilungsvertrag vor. Was er enthält, ist nach der Veröffentlichung des englisch-italienischen Notenwechsels wohl von jedem zu begreifen.

Nach Artikel 10 der Völkerbundsatzung hätte der Völkerbundsrat nunmehr bestimmte Verpflichtungen, um von Abyssinien die Beeinträchtigung seiner „territorialen Unversehrtheit“ und seiner „politischen Unabhängigkeit“ abzuwenden sowie für die vorhandene „Bedrohung oder Angriffsgefahr“ besondere „Maßregeln“ zu erlassen. Wer Zeit hat, auf die völkerbündliche Erfüllung dieser Pflichten zu warten, der tue dies.

Mit den Rühmungsrechten beginnt man, die Eisenbahnen folgen nach, dann kommen die „Interessensphären“ und der Aufteilungsvertrag, eine Unleihe zumeist hinterdrein, zu guter Letzt nicht man mit Pulver und Schwert oder, wenn man Glück hat, auch „friedlich“ durch die „offene Tür“; schließlich balgt man sich gegenseitig; das ist der Weg des Imperialismus. Und als das nächste seiner Opfer fällt Abyssinien...

Die Verhandlung gegen Ruffsch-Rosbach

Nicht zuständig.

WTB. Schwerin, 7. Juli.

Das erweiterte Schöffengericht beschloß heute in der Verhandlung gegen den Oberleutnant a. D. Gerhard Rosbach wegen Fahnenflucht unter Anschlag der Öffentlichkeit, nach den Bestimmungen der Strafprozessordnung den vorliegenden Fall zur Überweisung dem Reichsgericht zu überweisen, da das Schöffengericht nicht zuständig sei.

Ein Kommunist über die SPD.

„Das organisierte Verbrechen einer politisch verwahrlösten Bande.“

Die Kommunistische Partei Württembergs hat vor einigen Tagen den früheren Reichstags- und Landtagsabgeordneten Stetter aus der Partei ausgeschlossen. Die kommunistische Presse fährt fort, den Gemäßigten in der unsittigsten Weise zu beschimpfen. Stetter, der bis jetzt geschwiegen hatte, ersuchte nun die Schwäbische Tagwacht in Stuttgart um Aufnahme einer ausführlichen Darstellung der Verhältnisse innerhalb der SPD, um damit seine Haltung zu rechtfertigen. Diefem überaus wichtigen Dokument, das großes Aufsehen erregt, seien folgende Parteien entnommen:

Stetter stellt zunächst fest, daß die SPD. zur vollständigen Bedeutungslosigkeit herabgesunken sei. Er fährt fort:

„Politisch bedeutungslos, organisatorisch eine jesuitisch verheulten Sekte, beherrscht von einigen hundert mit zuckenden Geldern besetzten Scharlatanen und Demagogen (sogenannten Berufsrevolutionären), die keine eigene, sondern nur eine bezahlte Meinung haben dürfen und sich bei diesem Verhältnis lauwarm fühlen. In diesem Zustand herabgesunken, ist heute die SPD. zum störenden Element innerhalb der am ihre nackte Existenz ringenden Arbeiterklasse geworden.“

Im Jahre 1923 hätten in den Bezirken nicht mehr die alten Funktionäre entscheidend bestimmt, sondern die militärischen Ober- und Unterleiter, die in der Partei gar nicht bekannt waren und zum Teil aus allen möglichen zweifelhaften Elementen bestanden. Diese Elemente haben sich dann gerade in den schwierigsten Tagen feige verhalten. — Stetter schreibt dann:

„Wenn Brandler, Thalheimer usw. sich im Jahre 1923 wirklich ein Verbrechen an der deutschen Arbeiterklasse haben zuschulden kommen lassen, so ist es nicht die Tatsache, daß sie das deutsche Proletariat vor einem furchtbaren ausichtslosen Blutbad verschont haben, sondern das Verbrechen besteht darin, daß sie ihre Macht nicht benutzt haben, um die Verbrecherbande Ruth Fischer, Maslow, Schölem, einschließlich Thälmann und Konforten aus der SPD. hinauszuwerfen. Vieles Bittere wäre uns erspart geblieben. Wenn heute von der SPD. nur noch ein jammervoller Trümmerhaufen übriggeblieben ist, so kann die herrschende Klasse dieses Erfolgs nicht jäh zugute schreiben. Die herrschende Klasse Deutschlands verdankt den Deuten um Ruth Fischer, Thälmann und Konforten ungeheuer viel, denn alle Organe des heutigen Klassenstaates haben nicht vermocht, das Vertrauen der Arbeiter zur SPD. so zu erschüttern, wie es der derzeitigen Führung in der Partei im Zeitraum von 2½ Jahren möglich war. Man muß schon selbst Gelegenheit gehabt haben, diese Politiker vom Schlage der Ruth Fischer, Schölem, Thälmann usw. näher bei der Betätigung ihrer Politik kennenzulernen, um die Unfähigkeit und Höflichkeit ihrer Demagogen in ihrer ganzen Größe zu erfassen.“

Das schildert Stetter an praktischen Beispielen aus der Arbeit der kommunistischen Reichstagsfraktion im Sommer 1924, der er selbst angehörte. Das Auftreten der 62 Mann sei ein Verbrechen gewesen.

„Jeder Spektakel, der im Wenum gemacht wurde, wurde in einer Fraktionsbesprechung beschloffen. Dabei wurden immer die einzelnen Personen bestimmt, die den Krach und Spektakel zu machen hatten. Wer sich an den einzelnen Spektakeln nicht lebhaft beteiligte, wurde gerügt und von einzelnen Mitgliedern der Fraktion als Sozialdemokrat bezeichnet. Von ernstlicher politischer Arbeit war gar keine Rede. Die paar Genossen, die ehrlich gewillt waren, auch auf dem Boden des Parlamentarismus durch Ausarbeitung von Anträgen usw. dem schwer leidenden Proletariat zu dienen, wurden als Reformisten und Kurpalarlamentarier verachtet und geächtet. Die Anträge auf den verschiedensten Gebieten wurden mit Absicht so extrem gestellt, daß jeder Außenstehende sehen mußte, daß es der SPD. bei all diesen Anträgen gar nicht ernst war.“

Besonders interessant ist eine Meufertung über Hermann Kemele:

„Dieser Mann, dessen ganze politische Tätigkeit ein einziger Spektakel ist, verursachte einmal vor sich aus einem Spezialspektakel und trieb es so lange, bis er für 20 Sitzungstage ausgeschlossen wurde. Nachher freute sich dieser Mensch kindisch über seinen Ausschluss, da er, wie er sich rühmte, die Geschäfte abhändigt provokierte, weil er andern Tags ohnehin für längere Zeit nach Schweden verreiste. Den Paß habe er schon in der Tasche.“

Stetter bekennend endlich:

„Ich spreche es offen aus: Ich bin nun über 20 Jahre in der Arbeiterbewegung tätig, habe viele Stühle in der Bewegung miterlebt, aber geschämt habe ich mich vor der deutschen Arbeiterklasse für die Kommunistische Partei in jenen wenigen Monaten meiner Tätigkeit als Mitglied des Reichstages, denn was dort geleistet wurde, was das organisierte Verbrechen einer politisch verwahrlösten Bande gegenüber dem Kommunismus und gegenüber dem Proletariat.“

Der Fall Lessing.

Die Anträge der Rechten abgelehnt.

WTB. Berlin, 7. Juli.

Im preußischen Landtag wurde heute zum Fall Lessing der deutsch-nationale Antrag auf Zurückziehung des Disziplinargerichts gegen die Studenten abgelehnt, ebenso der weitere deutsch-nationale Antrag, die bedingungslose Entziehung des Lehrauftrags durch keinerlei andre Unterstützung oder Förderung der sogenannten wissenschaftlichen Arbeit des Herrn Lessing abzuschwächen sowie der Antrag der Deutschen Volkspartei, an der Technischen Hochschule Hannover einen Lehrstuhl für Philosophie zu errichten und mit einer hervorragenden geeigneten Persönlichkeit zu besetzen.

Streicher muß sitzen!

SPD. München, 7. Juli.

Der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Streicher aus Nürnberg ist in der breiteren Öffentlichkeit in erster Linie wegen seiner Duldung von Verleumdungspropaganda bekannt geworden, die politische Gegner wegen fortgesetzter Verleumdungen im Interesse ihrer persönlichen Ehre gegen ihn anzuführen gezwungen waren. Die beiden letzten Prozesse mit dem Oberbürgermeister Luppe und zwei Nürnberger Rechtsanwälten brachten Streicher je 2 Monate Gefängnis ein, die in letzter Instanz auch vom Reichsgericht bestätigt wurden. Das bayerische Justizministerium forderte nun vom Landtag die Freigabe des Abgeordneten Streicher zur Strafvollstreckung, und der Geschäftsbereichsordnungsausschuß des Landtags beschloß am Mittwoch gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten, Nationalsozialisten und Deutschnationalen die Immunität des Abgeordneten Streicher zur Verbüßung seiner Gefängnisstrafe aufzuheben.

Femeunterforschungsausschuß und die „Eigenstaatlichkeit“ Bayerns.

Der Beschluß des Femeunterforschungsausschusses des Reichstages, zur Vereinfachung seiner Geschäfte im Oktober verschiedene Sitzungen in München abzuhalten, hat den bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Heß veranlaßt, die seiner reaktionären Politik ergebenden Redakteure zu sich zu laden und ihnen einzutrichern, wie sie die Öffentlichkeit gegen diesen Beschluß scharfzumachen hätten. Wer mit der Einstellung der bayerischen reaktionären Clique auch nur einigermaßen vertraut ist, konnte von vornherein keinen Zweifel darüber haben, daß der Femeunterforschungsausschuß schon allein aus dem Grunde, weil er aus Berlin kommt, von offiziellen bayerischen München kaum besonders küßlich empfangen würde. Daß aber Dr. Heß auf den Gedanken kommen könnte, den Beschluß des Reichstages dahin umzubeden, daß es sich um einen „Eindbruch in die Eigenstaatlichkeit Bayerns handle zu dem Zweck, um Bayern wieder einmal einen Treß zu versehen und die Gelegenheit wahrzunehmen, die bayerischen Behörden zu diskreditieren“, überrascht doch einigermaßen, und zwar um so mehr, als bekanntgeworden ist, daß der Beschluß des Ausschusses von den bürgerlichen Mitgliedern gegen die Stimmen der Sozialdemokraten gefaßt worden ist. Dr. Heß hat aber weiterhin die Anweisung seiner Presse dazu benutzt, die Tätigkeit des Ausschusses in ein höchst schlechtes Licht zu stellen. Im politischen Leben der Öffentlichkeit ist der Ausdruck Felds im Bayerischen Landtag vom Dezember 1923: „Bayern ist zu einer Anordnungsstelle ersten Ranges geworden, in der kein Mensch mehr seines Lebens sicher ist“, geradezu zu einem geflügelten Wort geworden. Daher ist es eine Unverschämtheit, die Dinge heute so darzustellen, als ob durch die Arbeit der rein bürgerlichen Regierungen Rahr-Killing-Feld das Leben der Einwohner des „Freistaates“ Bayern gefährdet, während es zu den Zeiten, als auch Sozialisten in der bayerischen Regierung waren, gefährdet gewesen sei.

Erklärlich ist die Feindschaft gegen den Ausschuß und seine beabsichtigte Tätigkeit in München, denn, wenn er nur oberflächlich zu Werke geht, wird er sofort Material zutage fördern, daß die „Ordnungsgeselle“ Bayern wieder eine Zeitlang eine unheimliche Rolle in der Öffentlichkeit spielt.

Reichsgericht und Fememorde.

Gemäß einem Antrage des Oberreichsanwaltes hat der 2. Strafsenat des Reichsgerichtes den Wärrern zufolge die Nebennahme der in Landshut an der Warthe und Berlin schwebenden Fememordprozesse abgelehnt, da ein Zusammenhang dieser Straftaten mit dem Verbrechen des Hochverrats nicht nachzuweisen sei. Es bleibt demnach für diese Verfahren bei der Verhandlung vor den Schwurgerichten, und zwar dürfte der Fall Grelsch in Landsberg und der Fall Wilms in Berlin zu Beginn der Schwurgerichtsperiode nach den Gerichtsferien zur Verhandlung kommen.

Arnold Ruge.

Der Werdegang eines völkischen Femehäuptlings.

Von Dr. D. Mann.

Der völkische Morbheer Ruge ist dieser Tage im Feme-Ausflug des Reichstages vernommen worden. Dieser Artikel gibt ein Lebensbild dieses traurigen Helden des völkischen Morbsumpfes. (D. Red.)

Vor mehr als zwanzig Jahren waren wir Kommilitonen, studierten an der Heidelberger Universität Philosophie und bereiteten uns in demselben Seminar auf die Doktorprüfung bei Wilhelm Windelband vor. Arnold Ruge wäre ein sympathischer Studiosus gewesen, hätte er nicht vor den akademischen Lehren ein Maß von Dienstbefähigung geäußert, das als „Streberium“ ein wenig in Verzug stand. Man verzog es ihm wiederum, weil er ein armer Teufel war, der so schnell wie möglich zu eigenem Erwerb kommen mußte.

Nach der Promotion begann er sich schriftstellerisch zu betätigen als liberaler Mann in liberalen Blättern. Er wollte als Mitarbeiter der Frankfurter Zeitung Fuß fassen, ist aber mit diesem Plan gescheitert, nachdem er hier ein paar Artikel untergebracht hatte. Kurz danach verließ er eine Professur, in der er den Antisemitismus der deutschen Studenten wuchtig und empört bekämpfte, dazu einen Antisemitismus, der damals bloß einen gewissen gesellschaftlichen Abstand von den Angehörigen des Judentums zu wahren suchte. Ruge hatte aus eigener Erfahrung Grund, von Juden gut zu denken. In Heidelberg haben sie ihm über die schwere Zeit zwischen Doktorexamen und Privatdozentur hinweggeholfen.

Academischer Lehrer wurde er dank der Protektion Wilhelm Windelbands und solange der berühmte Philosophiestrictor lebte, rechnete er auf rasche Beförderung. Sie blieb jedoch aus. Fakultät und Ministerium fragten in solchen Fällen nach den wissenschaftlichen Vorarbeiten, die sich der Aspirant geholt hat. Ruge konnte damit nicht aufwarten. Er hatte bis dahin nur einen Band der philosophischen „Enzyklopädie“ herausgegeben, in welchem sich Fachgelehrte aller europäischen Länder über logische Probleme äußerten, zu dem er selbst aber nur ein belangloses Vorwort beigetragen hat.

Da geschah es, daß ein jüdischer Dozent in Heidelberg Professor wurde und Ruge nicht. Selbster war er Antisemit von einem Fanatismus, wie ihn nur jemand aufbringt, der ein ärgerliches Erlebnis zum Anlaß einer Kollektivwut nimmt. Kollektivwut! Wieviel Anrecht hat diese primitivste Form der Justiz dem Judentum schon angetan! Dabei ist ihm manches Komische passiert. Als er wegen Beleidigung seiner Witze um 100 Mark Geldstrafe verurteilt wurde, beschwerte er sich in einem konservativen Blatt, daß man den Juden von Völkern zum Richter über ihn gemacht habe. Es stellte sich heraus, daß dieser Herr „Arbeiter“ oder wie man heute sagen würde, „Arbeitslos“ und sogar ein naher Verwandter des schwedischen Königs war. Als Ludwig Frank in Heidelberg eine politische Rede hielt, wollte Ruge eine Gegenversammlung abhalten. Es sollte sich indes nicht, da Frank alles öffentliche Interesse abforderte. Ruge riefte sich dafür in einer Vorlesung mit dem klassischen Ausdruck: „Wenn so ein Saujud' aus Mannheim kommt, rennt alle Welt hin, die Rede eines echten Deutschen wollen gerade Deutsche nicht hören.“ Die Universität Heidelberg ließ ihm viel durchgehen, auch als er ihre „total perijudeten Professoren“ der abschließlichen Ratifizierung seiner Person zickte.

Der Krieg kam. Ludwig Frank starb als Freiwilliger den Heldentod vor Gallatari. Arnold Ruge, ein Mann mit dem Wuchs eines Preisbogens, begeisterte als „patriotischer Wanderebene“ die anderen für den Heldentod. Eine gute Zeit ging das so. Dann erhielt er den Stellungsbefehl. Auf dem Gange zum Bezirkskommando traf ihn ein Redakteur des liberalen Heidelberger Tageblatts, den Ruge kannte. Zu militärischen Dingen konnte sich der Redakteur — er war gerade aus dem Felde gekommen — aus und nun ging das Fragen los. „Ist die Rüstung streng?“ — „Wird man bald darauf einberufen?“ — „Wie lange dauert's, bis man ins Feld kommt?“ Einem Angsthäsen, der Heldentum predigt, macht man natürlich Angst. Ruge ließ sich stiernd zum Bezirkskommando hin. Ein paar Wochen später leistete er schon als Soldat Schreibdienste in einem Militärbüro zu Karlsruhe und noch ein paar Monate darauf hielt er, mit dem Verdienstband geschmückt, „Aufklärungsberichte“. Aber niemand ist vor dem Spruch der ärztlichen Generalkommission glücklich zu stellen. Sicher ist sicher. Also ging Ruge zu den Redaktionen der Karlsruhe- und Heidelberger Zeitungen und suchte sie zu Mittellungen über seine bewährte Vortragsfähigkeit in patriotischem Interesse zu veranlassen. So gelang es ihm, während der ganzen Kriegszeit ein Held außerhalb der Gefahr zu bleiben.

Nach dem Kriege arbeitete Ruge Antisemitismus in Verfolgungswahn aus. Als er die ganze Heidelberger philosophische Fakultät eines Verschwörungsbildes gegen ihn bezichtigte, entthob die Universität ihn endlich seines Lehramtes.

Von da ab ist seine weitere politische Tätigkeit einermassen bekannt. Auf zwei Dinge verband sich Ruge mit unerhöhter Messerschärf: Alles, was an kriminellen Delikten von ihm heraustram, kam nur halb heraus und bis auf eine Ausnahme hat er sich der gerichtlichen Bestrafung zu entziehen verstanden. In Ober-Sachsen gründete er eine Tscheta und eines Tages lag man einen Steckbrief gegen Geheimrat Berger — alias Ruge — wegen dringenden Verdachts der Anstiftung zum Mord, zur Unterdienleistung usw. Ruge spazierte währenddessen vergnügt in München herum, denn Polizeipräsident war damals Pöhner. Er kam in Verdacht, am Landeserrat Fuchs und Maßhaus beteiligt zu sein — nach drei Tagen Untersuchungshaft war er frei. Er war angeklagt, den Studenten Zwangener zum Mord gegen den Studenten Bauer angeordnet zu haben. Nicht Anstiftung, worauf Todesstrafe steht, sondern Aufreizung nannten das seine Richter und er kam mit einem Jahr Gefängnis davon. Ein wahres Stehpaßmännchen. Woran mag's liegen? Im Stimpfismus blieb es einmal:

„Hast du nur ein völkisch Herz,
Wo der Adolf drin zu Haus,
Dann frohlocke, sing' und scherze,
Deine Kerze
Düht kein Volksgericht dir aus...“

Jetzt wird Ruges Name viel im Zusammenhang mit Femeangelegenheiten genannt. Jedoch alte Leier: ganz erfährt man nichts und was gilt's? Der gute Arnold Ruge fällt wieder auf beide Beine.

Auch einer vom Stamme „Nimm“.

Der Staatsanwalt für dreifache Bezüge.

SPD. Jeder Sozialdemokrat, dem eine mit Gehalt verbundene Verzichtung übertragen wird, muß sich von deutschnationaler Seite die Nachrede gefallen lassen, daß es ihm lediglich um die Erlangung einer Versorgung zu tun ist. Wir könnten darauf erwidern, daß jeder für das arbeitet, was ihm fehlt, und daß es sich auf diese Weise erklärt, wenn wir für Geld tätig sind und die Deutschnationalen für die Ehre. Es gibt aber auch Deutschnationalen, die für klingende Münze nicht unempfindlich sind.

Der Femeausflug des Reichstages hat den deutschnationalen Abgeordneten Schäffer zum Mitberichterstatter bestellt. Anfang Oktober soll vor dem Ausschuss in München eine Reihe von Zeugen vernommen werden. Voraussetzung dafür ist aber, daß Herr Schäffer vorher Gerichtsakten einseht, die in München unentbehrlich sind und die ihm deshalb nur an Ort und Stelle vorgelegt werden können. Herr Schäffer ist Staatsanwalt und bezieht selbstverständlich, obwohl er durch sein Mandat seinen Berufsgeschäften in der Regel entzogen ist, sein recht anständiges Gehalt fort. Er erhält auch, wie alle anderen Abgeordneten, in der Sitzungszweckzeit des Reichstages Tagelöhner. Trotzdem hält er sich für berechtigt,

seine Reise nach München davon abhängig zu machen, daß ihm für jeden Tag seines dortigen Aufenthalts der Betrag von 20.65 Mark bewilligt wird, den die Abgeordneten sonst nur für die Teilnahme an Ausschusssitzungen während der Ferien beziehen. Hinweis auf die Unziemlichkeit seines Verhaltens, die von sozialdemokratischer und demokratischer Seite erfolglos, machten auf Herrn Schäffer keinen Eindruck. Wir überlassen den Fall seinen Parteilgenossen zu der bei ihnen so billigen Entrüstung.

Die belgischen Eisenbahnen.

(Von unserem belgischen Korrespondenten.)

G. d. M. Der Regierungsvorschlag, der eine Umwandlung der belgischen Staatsbahnen in eine anonyme Gesellschaft mit einem Kapital von 11 Milliarden Franken vorsieht, hatte eine lebhaftere Erregung bei den Arbeitern hervorgerufen. Das lag vor allem an den unzulänglichen Mittelungen, die der Presse über diese ganze Frage von Seiten der Regierung gemacht worden sind.

Nach dem Bericht der Presse soll die neue Eisenbahngesellschaft für 11 Milliarden Franken Aktien ausgehen, von denen 1 Milliarde im Besitz des Staates bleibt, während die restlichen 10 Milliarden an die Inhaber kurzfristiger Schatzscheine als Aktien ausgegeben werden sollen. Diese Aktien gewährleisten einen Anteil an dem Reinertrag der Gesellschaft. Ich habe dieser Tage Gelegenheit gehabt, den Genossen Louis de Bruckere, der Mitglied der Kommission für die Reorganisation der Eisenbahnen ist, zu sprechen. Bruckere hat mir versichert, daß die in der Presse veröffentlichten Angaben über die neue Eisenbahngesellschaft zum Teil recht unvollständig, andererseits direkt falsch seien. Zwar wäre es nicht unlogisch, zu schließen, daß die Organisation der Eisenbahn gleichzeitig eine Bestätigung der neuen Aktionäre (und die kurzfristigen Schatzscheine befinden sich hauptsächlich in den Händen der Banken) zur Folge hätte; dann würde das Privatkapital die ausschließliche Herrschaft über die Eisenbahn besitzen. Nun ist aber eine Bestätigung der Reorganisation durch die Reorganisation nicht beabsichtigt. Die Eisenbahnen bleiben Eigentum des Staates. Uebrigens hatte sich Belgien seinerzeit bei den Anleiheverhandlungen mit dem amerikanischen Bankhaus Morgan verpflichtet, niemals seine Eisenbahnen zu verkaufen.

Die Reorganisation, die in diesem Sinne eine Industrialisierung bedeutet, wird durch unsere Finanzlage bedingt. Sie ist zwar nicht hoffnungslos, aber immer noch sehr drückend. Das Parlament hat zunächst für 600 Millionen Franken neue Steuern zum Ausgleich des Budget-Defizits für 1925 schaffen müssen; außerdem noch für 1.8 Milliarden außerordentliche Steuern zur Amortisierung der schwebenden Schuld. Da man auf diesem Wege, der eine andauernde Verteuerung des Lebensunterhalts bedeutet, nicht weiter gehen konnte, hat man daran gedacht, die Ertragnisse der Eisenbahnen nutzbar zu machen. Zudem man den Inhabern der kurzfristigen Schatzscheine Aktien der neuen Gesellschaft gibt, wird damit zugleich die schwebende Schuld konsolidiert.

Die Inhaber dieser Aktien sind nicht Aktionäre im dem üblichen Sinne des Wortes. Innerhalb der Gesellschaft sind ihre Rechte sehr beschränkt. Sie werden zur Generalversammlung berufen, und von dem Verwaltungsrat vorgelegte Bilanz zu billigen oder zu verwerfen. Gegenüber dem Staat sind die Aktionäre Inhaber von Obligationen (die Aktien, die man ausgehen wird, haben die Form von Obligationen und nicht die gewöhnlicher Aktien). Die Generalversammlung der Gesellschaft hat nicht das Recht, den Verwaltungsrat zu wählen. Dessen gehören nach den Angaben des Genossen de Bruckere folgende Personen an: der Eisenbahnminister als Vorsitzender, fünf von der Regierung zu bestimmende Mitglieder des Schatzamtes, drei Vertreter des Eisenbahnpersonals und drei Mitglieder der großen wirtschaftlichen Verbände.

Die sozialen Ertragsverhältnisse für das Eisenbahnpersonal bleiben bestehen. Bei Gehaltsregelungen usw. sind die Vertreter der Eisenbahnerorganisationen zu hören.

In der genannten Kommission sind zahlreiche Widerstände gegen die Reorganisationspläne zutage getreten. Schließlich hat man sich auf das hier entwickelte Projekt einigen können. Man hat den jährlichen Reinertrag der Gesellschaft auf 550 Millionen Franken errechnet, wovon die Hälfte an die Aktionäre als Dividende ausgeschüttet werden soll. Ob man eine Erhöhung der Eisenbahntarife herankommen wird, ist sehr fraglich. Die Arbeiterklasse würde das zwar sehr treffen; man muß jedoch bedenken, daß die belgischen Eisenbahntarife mit ihrem Goldwert immer noch 20 Prozent unter dem Preisstand liegen.

Schließlich hat die Regierung sich noch das Recht gesichert, die Obligationen der neuen Gesellschaft auf eigene Rechnung anzukaufen. Die Gesellschaft ist gegründet für eine Dauer von 66 Jahren. Was die Unterbringung der Aktien betrifft, ist de Brouckere der Ansicht, daß sie innere Markt aufnehmen wird, obwohl ohne Zweifel Schwierigkeiten vorhanden sind, sie ausschließlich bei den Besitzern kurzfristiger Schatzscheine unterzubringen. Sollte dies nicht möglich sein, so dürfte das Ankaufsrecht jedermann zustehen. Die Eisenbahnergewerkschaft hat den Reorganisationsplan gebilligt, der in einigen Wochen in Kraft tritt.

Nachdem der vorstehende Bericht bereits gelesen war, wird vom Brüsseler Korrespondenten des Soz. Pressebüros folgendes gebracht:

Die Umgestaltung der Eisenbahn in eine Privatgesellschaft hat unermesslich neue Schwierigkeiten verursacht.

Im sozialistischen Generalrat wurde am Mittwoch mit Erheben festgestellt, daß der der Kammer am Dienstag vorgelegte Gesetzentwurf keineswegs mit dem Borentwurf identisch ist, an dessen Ausarbeitung die sozialistischen Vertreter, namentlich de Brouckere, mitgewirkt hatten, sondern diesem in wesentlichen Punkten widerspricht.

Der Gesetzentwurf ist bedeutend antidemokratischer, insbesondere hinsichtlich des Kontrollrechts der Regierung und des Parlaments und der finanziellen Bestimmungen. Das Erstaunen ist um so größer, als der Borentwurf die einstimmige Zustimmung des Ministerrats gefunden hatte. Wie die Abweichungen zustande kamen, bleibt noch aufzuklären. Sicher ist, daß die sozialistischen Minister davon ebenfalls überrascht waren wie der Generalrat. Dieser forderte, daß die Regierung zunächst den Gesetzentwurf selber im Sinne des Borentwurfs abändere. Erst nachher will er zum Entwurf endgültig Stellung nehmen, so daß der Gesetzentwurf zunächst im Parlament weiter beraten werden kann. Ob der Zwischenschritt zu ernstlichen Schwierigkeiten innerhalb der Regierung führt, bleibt noch abzuwarten.

Danach hat sich die belgische Regierung ein Betrugsmandat übergestellt, das wohl so ziemlich ohne Beispiel dastehen dürfte.

Konservative Minister unter Anklage.

II. Oslo, 8. Juli.

Die radikalsozialistischen und die kommunistischen Kabinettsmitglieder beschuldigen, eine Anzahl Minister des ehemaligen konservativen Kabinetts Berge wegen schlechter Amtsführung vor das Reichsgericht zu bringen. Der Anklage liegt folgender Tatbestand zugrunde: Das Kabinett Berge hat vor ein paar Jahren der später zusammengebrochenen Handelsbank 25 Millionen Kronen zur Verfügung gestellt, was dem Storting erst nach Öffnung der Geheimakten durch das Kabinett Molwinde bekannt wurde. Diese 25 Millionen sind verloren gegangen. Ein Komitee des Storting behandelt die Angelegenheit seit dem Frühjahr 1920. Von den jetzigen Ministern werden der Kriegsminister Wehring und der Arbeitsminister Benben von der Anklage betroffen.

Was in Locarno versprochen wurde.

W. B. In der Unterhausung am Dienstag richtete der Abgeordnete Burton an den Premierminister die Frage, ob ihm bekannt sei, daß ein Anspruch Deutschlands auf Gewährung von Kolonialmandaten durch den Völkerbund durch das Abkommen von Locarno anerkannt worden sei und ob die vor kurzer Zeit abgegebene Erklärung des Staatssekretärs für die Kolonien, wonach das Mandat über Tanganjika ständig sei, der Politik des Kabinetts entspreche. Baldwin erklärte: Der Fragesteller befindet sich im Irrtum. Die Frage der Kolonialmandate ist in dem Abkommen von Locarno überhaupt nicht behandelt. Andererseits ist, wie von dem Untersekretär für auswärtige Angelegenheiten bereits am 18. März erklärt worden ist, der deutschen Delegation in Locarno mündlich mitgeteilt worden, daß Deutschland als Mitglied des Völkerbundes ebenso bei Uebertragung von Kolonialmandaten kandidieren könne, wie jedes andere Völkerbundsmitglied. Es ist nicht richtig, wenn man annimmt, daß der deutschen Regierung irgendein Versprechen oder eine Zusage gemacht worden ist. Was den zweiten Teil der Frage anbelangt, so kann ich diesen bejahen. Hierauf richtete Burton an Baldwin die Frage, ob er dem Hause versichern könne, daß die Haltung der Regierung in Bezug auf die Möglichkeit der Gewährung zukünftiger Mandatsgebiete an Deutschland sich seit Locarno nicht geändert hat. Baldwin antwortete: Bestimmt nicht! Hierauf fragte Wedgwood Benn: Ist die Antwort der Regierung dahin zu verstehen, daß trotz der durch Artikel 22 der Völkerbundscharten festgelegten Oberhoheit (overriding authority) des Völkerbundes eine Mandatsmacht ihr Mandat ständig innehat? Baldwin antwortete: Ich bin nicht der Meinung, daß dies aus der Antwort folgt. Unverkennbar handelt es sich hier um eine Angelegenheit des Völkerbundes; die Frage ging jedoch davon aus, ob in Locarno irgendwelches gesagt worden sei, was die Mandatsgebiete anbelangt. Die darauf erteilte Antwort lautete nein. Wedgwood Benn fragte weiter: Ist dem Premierminister bekannt, daß der zweite Teil der gestellten Frage dahin ping, ob dieses Mandatsgebiet ein ständiges Mandat sei? Erkennt die Regierung die Oberhoheit des Völkerbundes in Bezug auf die Bestimmung oder Veränderung von Mandatsgebieten an? Baldwin antwortete: Der Vertrag von Versailles tut dies. Ich habe den Wortlaut der in Betracht kommenden Bestimmung nicht in Erinnerung. Gemäß dem Versailles Vertrag ist alles der Entscheidung des Völkerbundes unterworfen.

Wirtschaftsbankrott Polens.

II. Warschau, 7. Juli.

Der amerikanische Sachverständige Professor Kemmerer hatte lange Besprechungen mit dem polnischen Finanzministerium über die wirtschaftliche und finanzielle Lage Polens. Prof. Kemmerer hat dabei betont, daß eine polnische Anleihe in Amerika keinen Erfolg haben würde, da das amerikanische Kapital zu Polens wirtschaftlichen Verhältnissen kein Vertrauen habe. Nach Meinung des amerikanischen Sachverständigen muß die polnische Wirtschaft auf ganz anderer politischer und ökonomischer Grundlage aufgebaut werden. Die polnische Regierung müsse mit den Nachbarstaaten von Osten und Westen eine Politik der Verständigung treiben. Auch für eine neue Anleihe zur Stabilisierung des Zlotyurses seien die amerikanischen Finanzkreise nicht zu gewinnen. Die polnischen Finanzkreise sind mit den pessimistischen Ausführungen des Amerikaners sehr unzufrieden, zumal er festgestellt hat, daß sich Polen in einem Stadium langsamen Bankrotts befindet.

Neunstundentag in Italien.

SPD. Genf, 7. Juli.

Der Beschluß der italienischen Regierung, die Arbeitszeit ohne Lohnzuschlag von 8 auf 9 Stunden zu erhöhen, hat in den Kreisen des Internationalen Arbeitsamtes große Ueberraschung und einen äußerst peinlichen Eindruck hervorgerufen. Da Italien das Washingtoner Arbeitsabkommen ratifiziert hat und in den Verhandlungen die Ratifikation nunmehr bevorsteht, hält man vielfach die Maßnahmen Italiens für einen Sabotageakt gegen die Ratifikation in anderen Ländern. Man erwartet jedoch bestimmt, daß Deutschland, Belgien, Frankreich und England die mehrfach versprochene baldige Ratifikation nicht mehr verzögern lassen werden.

Die Voruntersuchung gegen Jürgens.

Die Voruntersuchung gegen Landgerichtsdirektor Jürgens und seine Ehefrau steht vor ihrem formellen Abschluß. Mit der Erhebung der Anklage gegen das Ehepaar dürfte bereits für die nächste Woche gerechnet werden. Es ist allerdings noch fraglich, ob die Hauptverhandlung noch während der Gerichtsferien in Steintin beginnen wird.

Von deutscher Justiz.

Der Staatsanwalt als Plakatstreifer.

SPD. Braunschweig, 7. Juli.

In dem Beleidigungsprozeß des Oberstaatsanwalts du Roi gegen den Redakteur des Volksfreund, Thielmann, war der deutschnationale Staatsanwalt Benede Vertreter der Anklagebehörde. Der Herr Oberstaatsanwalt hatte sich den zuverlässigsten seiner Beamten für die Führung seiner Sache ausgewählt. Dieser Herr Benede ging in seinem Fanatismus gegen Sozialdemokratie und Volkswirtschaftspropaganda so weit,

daß er in seinem Wohnort Bedingungen bei Braunschweig am Volkswirtschaftsamt morgens um 4 Uhr aufstund, um sämtliche von den Sozialdemokraten an Telegraphenstangen usw. angeklebte Plakate abzureißen!

Als er bei dieser Beschäftigung von Arbeitern gefaßt wurde, zog er stillschweigend davon.

In Braunschweig beteiligten sich am Plakatstreifen seit Jahren die höchsten Beamten. So wurden bei dieser amfanten Beschäftigung schon einmal der herzogliche Minister a. D. Radkau und ein Oberst Christel gefaßt. Beachtenswert ist übrigens, daß der mutige herzogliche Minister a. D. Radkau damals auf der Polizeiwache sogar einen falschen Namen, nämlich den eines in Braunschweig bekannten Oberlandesgerichtsrats nannte. Erst als er erkannt wurde, stammelte er eine Entschuldigung. Er hat also gelehrige Schüler aus den „nationalsten“ Kreisen und von der „objektivsten“ Behörde.

„Urlaub“ des Reparationsagenten.

II. Paris, 8. Juli.

Parter Gilbert, der Generalagent für Reparationszahlungen, ist zu einem Erholungsurlaub in Cap d'Antibes eingetroffen und in dem gleichen Hotel abgeblieben, in dem der Gouverneur der Bank von England und der Direktor der nordamerikanischen Federal Reserve Bank wohnen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:
Kurt Günther in Leipzig.
Verantwortlich für den Inseratenteil:
Hugo Seydau in Leipzig.
Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei, Aktiengesellschaft, Leipzig.
Diese Nummer umfaßt 16 Seiten.

Mein Ziel im Saison-Ausverkauf:

Die Wiederherstellung des Gleichgewichtes!

Meine billigen Preise heben die gesunkene Kaufkraft!

Riesen-Bosten von Strickwaren zur Hebung der Kaufkraft! Preis-Beispiele meiner Hebe-Aktion:

Für Damen und Herren

Wollene Klub-Jacke, einfarbig mit farbigen Querstreifen	1.95
Westen u. Jäckchen, Wolle, in riesig. Farbauswahl	1.95
Seidene Damen-Westen u. -Jacken, prima Qualität, mit aufgeburteltem Muster	2.95
Klub-Weste, reine Wolle, einfarbig mit andersfarbiger Blende oder apartem Querstreifen	3.95
Vornehme reiner Jacquard-Weste, Vorder- oder auch vollst. durchgest., in erst. Farb. Elegante Jacquard-Weste, reine Wolle, mit Schalkragen, Gürtel zum Binden, Vorder- oder auch vollst. durchgest., in erst. Farb.	5.95
Reinwollene Damen-Jacke mit durchgehendem aparten Jacquardmuster, äußerst preiswert	6.95
Elegante Damen-Jacke, gerahmt, schöne weiche Wolle	9.85
Auto-Strick-Mantel, reine Wolle, prima Qualität	12.75
Eleganter Damen-Strick-Mantel, reine Wolle, buntgemustert	14.85
Seidene Damen-Mütze, spottbillig, in riesiger Auswahl	19.75

Pallover, in Seide gestr., sowie in rein. Wolle, eleg. Ausf., in geschmackv. Farbzusammenst.	1.95
Seid. gestr. Pallover, offen u. geschlossen zu tragen, vorzügl. Qual., vollständig durchgest.	2.95
Seid. Pallover, für Damen und Herren, mit elegantem, durchgehendem Jacquardmuster	4.95
Elegante seidene Kleider, gestrickt, aparte Ausführung und Farben	6.75
Vornehme Damen-Strickkleid, reine Wolle, mit elegant. Jacquardkaro, dazu pass. Lederbügel, sehr praktisch für die Reise	15.85
Sport-Strümpfe, kräftig gestrickte Strapsier-Strümpfe	65.4
Sport-Strümpfe, reine Wolle, mit moderner Jacquard-Bordüre	1.95
Prinzbrock, künstliche Seide, Ia Qualität, in allen beliebigen Kleiderfarben	1.65
Prinzbrock, gestreift, Celanese-Seide, in wunderbaren Farben	3.95

Für Kinder

Reinwollenes Kleid, mit Seide gestrickt, riesige Farbauswahl, alle Größen	3.95
Jeans, elegante Ausführung, reine Wolle, in beliebigen Farben, 1-14 Jahr	1.95
Reinwollene Westen, elegante Melangen, mit farbiger Blende, 4-7 Jahr	2.45
Strick-Westen, reine Wolle, mit apartem kunstseid. Jacquard-Muster, l. lebh. Farb., 1-14 Jahr	3.95
Elegant. Pallover, reine Wolle, mit seidener Jacquardmuster od. apart. Querstreif., 12-14 Jahr	4.75
Reinwollener Mantel, in schönen Farben, für 1-5 Jahr	5.85
Mantel, rein. Wolle, einfarb. m. mod. Streif., abgesetzt, 1-5 Jahr	5.85
8-14 Jahr	8.75
9-14 Jahr	9.75
dazu-passende Mütze	1.45

Baby-Artikel

Kleidchen, Baumwolle, weiß, farbig umhüllt	85.4
Erstlings-Garnitur, Sweater-Jäckchen mit Häkchen, helle Farben, beide Teile	95.4
Kleidchen, reine Wolle, in gediegenen Farben, stidliche Ausführung	2.85

Großer Bosten Ia garantiert rein, Kamelhaar-Decken.

In verschied. Preislagen, eine außergewöhnl. Kaufgelegenheit, einwandfrei in Qual., nur m. klein, kaum festzustell. Schönheitsfehler, im Preis enorm zurückgezogen. Kamelhaar-Decke, Ia garantiert rein, für die Echtheit und Reinheit des Materials ist jeder Decke eine Urkunde angeheftet, 140x190 cm 19.75

Für Damen

Unterhemdchen, Ia Baumwolle, mit Band-trägern, weiß	23.4
Langes Hemd, modern, fein gerippt, mit Handträgern, weiß	78.4
Unterhülle, Flach Flor, vorzügliche Strapazierqualität, weiß	1.45
Hemdchen, das angenehmste f. die Reise, amerikanische Form, mit Handträgern	85.4
Hemdchen, künstl. Seide, in vielen schönen Farben	1.65

Unterkleidung

Hemdchen, gestreifter Seiden-Celanese, mit reicher Spitzenverzierung, H. W.	3.85
Schlepphose, Baumwolle, mit verstärktem Gesäß, in vielen Farben	68.4
Schlepphose, künstl. Seide, moderne Form	1.25
Büstenhalter Ia Trikot	75.4
Seid. Garnitur, Prinzbrock u. Schlupf-hose, künstl. Seide, in schönen Farben	2.95

Für Herren

Unterhose, Trikot, naturfarb. od. meliert, m. Futter u. breit. Oberschlag, halb. Strapazier-qualität	85.4
Hemd, Trikot, naturfarbig, mit doppelter Brust, halbbare Qualität	85.4
Hemdchen, Trikot, naturfarbig, wollig, alle Größen	85.4
Schlepphose, Baumwolle, viele Farben, in allen Größen	55.4

Für Kinder

Hemdchen, Trikot, naturfarbig, wollig, alle Größen	85.4
Schlepphose, Baumwolle, viele Farben, in allen Größen	55.4

Herren-Artikel

Oberhemd, prima Perkal, mit einem weichen u. einem steifen Kragen, gefalbt, Faltenbr., Umschlagmansche, abW. 35	2.85
Sport-Hemd, mit Schillerkragen oder losem Kragen, aus Ia Zephyr, Kautorce, Panama oder Flanel	3.95
Sport-Kragen, prima Piqué, verschiedene Weiten	15.4
Selbstbinder, Ia K-Seide	38.4
Selbstbinder, reine Seide, elegante Muster	75.4
Sport-Gürtel, prima echt Leder	75.4
Hosenträger, fester Gummi mit Leder-strippe	75.4
Sockenhalter, prima Gummi	25.4

Damenstrümpfe

Baumwolle, dopp. Ferse u. Spitze, in schwarz, grau, beige	27.4
Mako-Strumpf, dopp. Sohle und Spitze, schwarz und farbig	55.4
Ia Seidenstr., vorzügl. Qualitätsware, mit repp. Stellen, in schwarz u. grau Serie I Serie II Serie III	95.4 85.4 65.4
Prima Seidenstr., dopp. Sohle, Spitze u. Hochf., l. schwarz u. farb.	75.4
Prima künstl. Seide, leder-farbig	75.4
Prima echte Tramasoide, ganz besond. preiswert, schwarz u. farbig	1.95
Annk-Pf., gute Baumwolle, schwarz, grau und leder	18.4
Seidene Damenstrumpfhänder mit aparter Garnierung	25.4

Herrensocken

Ia Seidenstr., dopp. Sohle, Spitze und Hochferse, farbig	49.4
Prima Baumwolle, regulär gearb. dopp. Ferse u. Spitze, mit hoheleg. Jacquardmuster u. Jacquardkaro, in schwarzgründig und farbig	58.4
Prima Seidenstr., Ersatz für Seide, dopp. Sohle, Spitze u. Hochferse, schwarz	58.4
Ia Baumwolle, regulär, doppelte l. re u. Spitze, m. allerneuest. Jacquardmuster, l. schön. Sommerfarben	65.4
Elegante Mode-Socke, Seiden-str., m. aufplat. kunstseid. Jacquard-muster, doppelte Ferse u. Spitze	1.15

Kinderstrümpfe

Prima Baumwolle, sehr dauerhaft, schwarz und farbig sortiert, für 1-2 3 4 5 Jahr	35.4 40.4 45.4 50.4
6 7-8 9-10 Jahr	55.4 60.4 65.4
Schleppstrumpf, sehr preiswert, für 4 5 6 7-8 9-10 Jahr	35.4 45.4 55.4 65.4 75.4
Kindersockchen, farbig sortiert, mit Wollrand, niemals rutschend, für 1-2 3 4 5 6 Jahr	25.4 30.4 35.4 45.4 55.4
7-8 9-10 11-12 Jahr	65.4 75.4 85.4
Kinder-Säckchen, prima Baumwolle, einfarbig sortiert, für 1-2 3 4 5 6 7-8 9-10 11-12 Jahr	23 26 29 32 34 36 38 40.4

Handschuhe für Damen

Zwirn, prima Qualität, mit eleganter Aufsicht	50.4
Perlliliet, Ellbogen-Länge, weiß	65.4

Billige Preise

Kaufkraft

Strumpfwulst

andor

185 000 Mark erneut für das Grassimuseum.

Die Rechte gegen den städtischen Wohnungsbau. — 200 000 Mark für die Messe.

Diese Museumstragödie.

Im April 1925 begann die Stadt Leipzig mit dem Ausföchten zu dem Neubau des Grassimuseums, durch den sie den Ruhm der Vöherlichkeit in ganz Europa erworben hat.

Schon der Verlesterkatter, Innungsmeister Schneider, erklärte betrübt, man möchte die ganze Vorlage am liebsten mit einem schwarzen Trauerband versehen.

Er begann mit der treuerhigen Versicherung, daß der Rat nur zustimmen könne, wenn man die Geschichte dieses Museums als ein recht unerfreuliches Kapitel bezeichne.

Damit hatte der Oberbürgermeister glücklich dem entlassenen Dr. Böhling den größten Teil der Schuld des Rates aufgebürdet. Den bürgerlichen Stadtratsmitgliedern warf er mit Recht vor, daß durch das von ihnen beschlossene Ausschreiben das ganze Projekt immer mehr emporgewachsen und so ein ganz anderes Bild entworfen sei, als ursprünglich vorgesehen war.

Bei der 2. Vorlage über 4 Millionen habe man zwar schon Klarheit darüber gehabt, daß mit zwei Millionen die Sache nicht zu machen sei (gottooll), aber noch nicht darüber, welche Kosten der innere Ausbau und die Unterfellerung verursachen würden.

„Ich hatte aber den Eindruck, daß es für die Öffentlichkeit nicht zweckmäßig und es den Herren Stadtratsmitgliedern nicht wünschenswert wäre, wenn immer und immer wieder über das Museum gesprochen würde.“

Das also war des Jubels Kern! Um die forgesetzten Stimmungen des Rates und der bürgerlichen Parteien nicht öffentlich und werden zu lassen, handelte Herr Dr. Rothe lieber ungeschicklich und ließ seinen Hochbaubezogenen mit unbewilligten Mitteln Dinge bauen, die gar nicht beabsichtigt und genehmigt waren!

„Ich muß um Entschuldigung bitten,“ erklärte der Oberbürgermeister weiter — er kann sehr lebenswürdig sein, wenn er sich herausreden will —, wenn wir die Vorlage nicht gemacht haben. Aber im Interesse der Sache lag es, die beiden Dinge (Unterfellerung und innerer Ausbau) zu verbinden.“

„Das war zwar ungeschicklich, aber Sie werden einsehen, daß wie zu dieser ungeschicktesten Zeit nicht die Vorlage gemacht haben.“

Das wird natürlich jedermann einsehen. Warum denn zweimal sich und seine Freunde blamieren, wenn's einmal auch noch ausgedrückt zureicht!

„Wie sind nun einmal hineingeraten, und nun muß es fertig gemacht werden.“

Eine kleine Aufschöbn, die dem Leipziger Steuerzahler — bis jetzt — sechs Millionen kostet! Der Rat habe zwar schwere Sorgen gehabt. Aber Leipzig werde mit dem Bau um eine Schenowürdigkeit reicher (Stümmisches Gelächter!) und man würde sich bei der Einweihung freuen über den schönen, herrlichen Bau, der Schöbe bieten würde, die man bisher nicht gekannt habe!

Die Mißstimmung, die nachgerade auch beim Bürgerium über den Hochbaubezogenen Ritter sich angesammelt hat, brachte Stadtratsmitglied Schneider zum Ausdruck, der erklärte, es falle ihm reichlich schwer, der Vorlage zuzustimmen. Bei einem Privatunternehmer hätte es etwas nicht vorkommen dürfen. Ein Architekt müsse seinen Bauherren vorher zum mindesten in Kenntnis setzen. Um so zu tun, als ob das Bürgerium noch etwas retten könne, stellte er den ganz überflüssigen Antrag, daß die Räume an die Meßhausstelle zu den gleichen Preisen wie in städtischen Meßhäusern vermietet werden sollen.

Die Kritik der Sozialdemokratie. Genosse Beyer nagelte sofort rüchichtslos die Schuld der bürgerlichen Mehrheit an dem unglückseligen Unternehmen fest. Durch

den verhängnisvollsten Beschluß, an Stelle von 50 Prozent des Uebertuerungsbeitrages von der Meßhaus-A.-G. nur eine Abfindungssumme von 250 000 Mk. zu nehmen, habe man der Stadt alles Risiko aufgeschafft.

Außerdem habe der unsinnige Wettbewerb die Stadt erst in diese unheilvolle Situation gebracht. Wegen beides habe der Rat keinen Einspruch erhoben, während er bei allen anderen Sachen die Stadtratsmitglieder nicht damit verschont.

Und dann transkrierte unser Redner das leistungsfähige Leipziger Hochbauamt, wie unter der Leitung Dr. Böhling's die Volkshaus-A.-G. einen kleinen Rechnungsfehler — zu schulden kommen ließen und das Projekt statt mit 85 000 Kubikmetern nur mit 70 000 Kubikmetern berechneten! Dann wurden der Meßhaus-A.-G. 850 000 Mk. gekentt.

Da die gesamte Uebertuerung 1,8 Millionen beträgt, hätte die A.-G. 900 000 Mk. zahlen müssen. Wegen den energischen Widerstand der Sozialdemokratie aber beschloß die bürgerliche Mehrheit, sich mit einer festen Summe von 250 000 Mk. zufrieden zu geben. Den Unterschied von 650 000 Mk. müssen die Leipziger Steuerzahler tragen, die gar kein Interesse daran hatten, daß das Grassimuseum den Textilunternehmern überlassen wurde.

Das ist bürgerliche Spalpolitik! Hätte man den Vorstellungen der Sozialdemokratie gefolgt, so hätte man Zeit und Ort für einen Museumsneubau günstiger wählen und das Projekt ohne eine solche Belastung der Bevölkerung durchführen können. Scharf und rüchichtslos kritisierte Genosse Beyer die unverantwortliche Handlungsweise des Rates, der wegen der Unterfellerung schon vor einem Jahre hätte vorstellig werden müssen. Ein solches Verfahren müsse nicht nur alten Vertrauen zum Rate zerstören, sondern auch demoralisierend auf die ganze Verwaltung zurückwirken.

Gerade unglücklich war, was er über die Kosten der inneren Einrichtung mitteilte. Erst hat das Hochbauamt angenommen, die Meßhausstelle würden die Kosten der inneren Einrichtung für die Meßräume selbst tragen. Aber diese „Annahme“ war falsch. Infolge der schlechten wirtschaftlichen Lage machen die Firmen nicht mit und nun zahlt die Stadt

170 000 Mk. für die Einrichtung der Ausstellungsräume. Das ist aber noch nicht alles! Wo Meßkonfeks zusammenkommen, müssen sie sich auch ersöhnen. Und so verlangt der Hochbaubezogen

117 000 Mk. für die Ausstattung der Erfrischungsräume. Merk auch das, Arbeitslose. Diese bürgerliche Mehrheit, die heute eure Nahrungsmittelbeihilfe ablehnen wird, bewilligte gestern allein für die Einrichtung von Erfrischungsräumen für Meßkonfeks bare 117 000 Mark!

Genosse Beyer wies mit Nachdruck darauf hin, daß die Stadt diese Ausgaben anderen zahlungsfähigeren Kreisen abnimmt in einer Zeit, da Schul- und Wohlfahrtsausgaben wegen der finanziellen Notlage der Stadt vernachlässigt werden müssen und für andere wichtige Aufgaben kein Geld da ist. Die Behandlung der ganzen Museumsangelegenheit durch Rat und Bürgerium mache den Eindruck, als ob man sich in einem Tollhause befinde.

Und dann die Demokraten! Wenn im Leipziger Stadtratsrat irgendetwas Dummes ausgeführt wird, spielen die Demokraten, wenn auch nicht immer die führende, so auf jeden Fall immer die blamabelste Rolle dabei.

Die Partei politischer Stachsmännchen ist bei dieser Museumstragödie — von Anfang an ohne jeden festen Standpunkt — immerwährend umgefallen, hat abgelehnt, zugestimmt, abgelehnt, um dann mit tödlicher Sicherheit auf die falsche Seite zu fallen und die ganze Verantwortung für das Marrenstück des Leipziger Bürgeriums mit zu übernehmen. Und gestern erfolgte denn die „muskale Sachverständige“ der demokratischen Fraktion, Frau Mendelssohn-Bartholdy, in hohem Anstand immerwährend sich selbst und ihre Fraktion. Es war ihr die peinlichste Verhandlung von allen, denn „man habe die Sache gewaltam über's Knie gestochen“ und sei „zu einem Einfluß gekommen, der überleitet gewesen ist“. Sie habe immer darauf hingewiesen, daß 27 Mk. Baukosten für den Kubikmeter nicht reichen. Zugestimmt hat sie aber mit ihrer Fraktion! Wie so oft, hat also nach dem Zeugnis der klugen Vorkrednerin die demokratische Fraktion das gegen gesprochen, aber dafür gestimmt! Sie hält nun nachträglich den Zeitpunkt für sehr unglücklich. Viel lieber hätte man 5 Jahre später beginnen sollen! Warum hat die kluge Frau aber dann mit ihrer Fraktion zugestimmt? Das wissen die Götter, für die der Jammer der Frau Mendelssohn auch ein besonders erquickliches Schauspiel war.

Was peinlich der Nachweis des Genossen Beyer dem Bürgerium war, daß es zugunsten der Meßinteressen die Stadt extra um 850 000 Mk. geschädigt hat, zeigte der dreiste Versuch Dr. Röhrers, dem Genossen Beyer die Schuld zuzuschreiben. Genosse Beyer wies sofort an der Hand der Protokolle nach, daß im Vertrage 50 Prozent Uebertuerungskosten für die Zeit vom Tage des Vertragsabschlusses bis zu einem bestimmten festgelegten Termin als von der Meßhaus-A.-G. zu tragen vorgelesen war. Ein Antrag Beyer, die Uebertuerungskosten vom Tage der Zustimmung der Stadtratsmitglieder bis zum Abschluß des Baues zur Hälfte von der A.-G. tragen zu lassen, wurde gerade von Röhrer und den anderen Bürgerlichen abgelehnt! Herr Entz war über den Nachweis Beyer's so entsetzt, daß er einen Schlusstrag stellte, um weitere Dummheiten Röhrers zu verhindern. Trotzdem beschloß Dr. Röhrer den Rat, seine falschen Behauptungen aufrechtzuerhalten und sich damit selbst genügend zu charakterisieren.

Die Abstimmung zeigte, daß die Bürgerlichen einmütig und geschlossen die Nachforderung bewilligten. Nun können die hungernden 80 000 Erwerbslosen mit Angehörigen wenigstens darüber beruhigt sein, daß dank der Vorzüge bürgerlicher Stadtväter und Stadtmütter die Meßkonfeks nicht in mangelhafter ausgestatteten Erfrischungsräumen zu speisen brauchen!

Ein weiterer Beschluß: den Rat um eine ausführliche Vorlage darüber zu ersuchen, in welcher Weise sich die Bauvollendung des Grassimuseums unter Abbruch der nach der Johanniskirche zu gelegenen alten Gebäude des Johanniskrankenhauses finanzieren ermöglichen läßt, würde abermals Kosten in Höhe von 800 000 Mk. verursachen.

Gegen den städtischen Wohnungsbau.

Die Vorlage über den 2. Abschnitt des Wohnungsbauprogramms verlangte die Bewilligung von 1 700 000 Mk. aus Stammvermögen zum Bau von 526 städtischen Wohnungen. Dazu war beantragt, für die Modernen Bauten die Gründungsarbeiten sofort zu vergeben und für deren Fertigstellung eine Frist von 5 Wochen zu setzen, die privaten und genossenschaftlichen Bauten mit dem gleichen, dem 2. Bauabschnitt zugrunde gelegten Bauindex zu bezuschussen, alle vom Rate dem Bauauschuß vorgelegten Zeichnungen und Pläne mit einem Sichtvermerk des Stadtratsordnungsverwalters zu versehen und bei den Akten der Stadtratsordnungen zu belassen.

Der Grundstücksammler Krimse beantragte die Ablehnung der Vorlage. Erst solle man alle Privaten einmal mit Bauaufschüssen bedenken und dann könne man wieder die Mittel zur Hälfte verteilen. Er kritisierte die zu lange Dauer der Abrechnungen des Hochbauamtes. — Der Kommunist Schenker zeigte dem Herrn sehr deutlich den Unterschied zwischen privater und städtischer Bauweise. Die Privaten haben 57 Wohnungen weniger

als die Stadt gebaut, aber 343 000 Mk. dafür mehr erhalten! — Der Völkische Götze stellte eine Anzahl unndiger Anträge.

Genosse Beyer gab Herrn Krimse den guten Rat, mit seinen Anträgen vorsichtiger zu sein, sie könnten in wenigen Monaten ins Gegenteil umschlagen. An dem langsamen Arbeiten bei den städtischen Bauten seien die Privatunternehmer schuld. Der Hochbaubezogen habe ja jetzt sein Amt so „voriglich“ organisiert, daß er glücklich das dreifache Personal habe. Da könne man wohl auch einmal eine schnellere Abrechnung erhoffen. Da aber die Unternehmer Schwierigkeiten bereiten, kann man von diesem Bezogenen kaum erwarten, daß er gegen die Privatunternehmer antreffe, das versuche er nur gegen die Städtische Baugesellschaft! — Herr Krimse behauptete noch, der Bezogen habe den Ausföcht fallig berichtet, die Abrechnungen der Unternehmer hätten vorgelesen. Darauf erklärte er von Herrn Ritter die Antwort: „Sie enthielten aber so viel — Fehler, daß sie zurückgewiesen werden mußten!“ Worauf ihm der misstrauische Herr Krimse zurief: „Auch diese Behauptungen werden wir nachprüfen müssen!“

Das Bauprogramm wurde gegen die Stimmen der Rechten beschloffen. Eine Eingabe wegen der Stedungsbauten und der Bildung eines Bezirksföchtungsbeirates dem Rate zur Prüfung überwiesen.

Parti, Garten- und Bauanlagen.

Das Konto schließt in Einnahme und Ausgabe mit 1 030 700 Mark, von denen nach dem Haushaltsplan 285 900 Mark durch Einnahmen und 753 800 durch Zuschuß zu bedecken sind. Der Bauauschuß beantragt, die für die Beschaffung von Bänken für die öffentlichen Anlagen angelegten 1000 Mark auf 10 000 Mark zu erhöhen und außerdem 185 000 Mark für die Errichtung eines Wirtschaftsgartens und einer Bedürfnisanstalt im Schönefelder Park zu bewilligen.

Schenker (Komm.) wendet sich gegen die Personalpolitik der Gartenbauverwaltung.

Genosse Kremer beantragt 1. Die Unterkunftsräume in Gohlis, Eutritzsch und in der Schellerstraße nur noch als Gerätehäuser zu benutzen, an deren Stelle daneben neue Unterkunftsräume zu bauen, die hinsichtlich ihrer Baubeschaffenheit und Größe nebst Inneneinrichtung allen Anforderungen entsprechen, die man billigerweise hinsichtlich des Schutzes gegen äußere Einflüsse, Ungeziefer, Ratten, Mäuse usw. an sie zu stellen berechtigt ist.

2. An Stelle der Unterkunftsräume in den Kellergeschossen des Rathauses und der Schule in der Eisenstraße gesunde und ebenso wie unter 1. eingerichtete Unterkunftsräume zu schaffen.

3. Den Arbeitern und Arbeiterinnen Seife und Handtuch zu liefern. Der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband hat den Rat schon vor geraumer Zeit in einer Eingabe auf die skandalösen Zustände hinsichtlich der Unterkunftsräume hingewiesen und Abhilfe gefordert. Der Rat hat jedoch darauf bisher gar nicht reagiert.

Die Anträge des Bauauschusses werden angenommen, ebenso die Anträge Kremer und ein ähnlicher Antrag Schenker. Das Konto Waldungen umfaßt in Einnahme und Ausgabe 105 800 Mark. Davon müssen 14 200 durch städtischen Zuschuß aufgebracht werden. Dr. Franz (Komm.) fordert hinsichtlich der Unterkunftsräume zum Unterschluß bei schlechtem Wetter. Sein Antrag wird jedoch gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt.

Zoologischer Garten und Planetarium.

Teufcher (Komm.) beantragt, das Eintrittsgeld für den Zoologischen Garten auf 30 und für das Planetarium auf 50 Wfg. herabzusetzen. Frau Mendelssohn-Bartholdy (Dem.) und Dr. Köster (Wp. Bg.) bekämpfen die Anträge Teufcher's.

Stadtrat Genosse Dieke beantragt, daß durch die Wirtschaftskrise und die ungunstigen Witterungsverhältnisse sich das diesjährige Finanzergebnis des Zoologischen Gartens um vieles verschlechtert habe. Man müsse daran denken, für solche schlechten Perioden Reserven zurückzulegen. Aus Anlaß des schlechten Wetters seien allein während der Pfingsttage 15 000 Mark eingekühlt und in den Monaten Mai und Juni im Zoologischen Garten an Eintrittsgeldern 42 000 Mark weniger als in den gleichen Monaten des Vorjahres eingenommen worden. Würde man jetzt die Eintrittsgelder herabsetzen, so würde der Zoologische Garten ohne städtischen Zuschuß nicht auskommen können. Für Minderbeträge würden jetzt schon Vorzugsarten für das Betreten des Zoologischen Gartens ausgegeben, für das Planetarium hoffe der Rat es in Bälde auch durchführen zu können. Er bittet aus diesen Gründen die gestellten Anträge abzulehnen.

Teufcher glaubte diesen Ausführungen einen besonders stichkräftigen Trumpf entgegenzusetzen zu können, indem er behauptete, an Sonntagen seien nicht nur Arbeiter mit ihren Vorzugsarten zurückgewiesen worden, sondern auch eine seiner Fraktionsgenossen trotz Vorzeigens ihrer Ehrenkarte am Betreten des Zoologischen Gartens behindert worden. Trotzdem durch zahlreiche Jurufe ihm bedeutet wurde, daß es ihre Schuld sei, wenn sie sich habe zurückziehen lassen, merkte Herr Teufcher nicht, wie er mit seinen Darlegungen nicht nur sich selbst, sondern die gesamte Fraktion in unsterblicher Weise blamierte. Schließlich wurde der Antrag Teufcher abgelehnt, und das Konto für den Zoologischen Garten genehmigt.

Palmengarten.

Für den Palmengarten werden 30 000 Mark städtische Zuschüsse gefordert. Herrmann (Komm.) beantragt, den Palmengarten in einen öffentlichen Park umzuwandeln. Frau Mendelssohn-Bartholdy hält im Gegensatz zu ihren Fraktionskollegen die Umwandlung ebenfalls für wünschenswert.

Genosse Böhle betont, daß auch die sozialdemokratische Fraktion mit dem abnehmenden Bescheid des Rates durchaus nicht einverstanden sei, dennoch würde es verfehlt sein, bei der Haushaltsplanberatung die Umwandlung zu beschließen. Es müsse dafür erst eine gewisse Grundlage geschaffen und durch gründliche Vorarbeiten der Weg freigemacht werden.

Zieger (Wp.) lehnt das Konto ab. Herrmann (Komm.) betont, mit keinem Antrage nur den Wegfall der Eintrittsgelder erreichen zu wollen.

Stadtrat Genosse Dieke erklärt, der Rat habe genau zu prüfen gehabt, was für Ausgaben durch eine Umwandlung des Palmengartens in einen öffentlichen Park entstehen würden. Die Kosten seien so hohe, daß die Summe gegenwärtig unmöglich in den Etat eingekürzt werden könne. Andere Dinge seien viel notwendiger. Der Antrag Herrmann wird abgelehnt und das Konto genehmigt.

Kleinere Vorlagen.

Ein schon vor einigen Sitzungen von den Kommunisten eingebrachter Antrag, die Mieten in den städtischen Altwohnungen um soviel herabzusetzen, daß sie 3.50 Mark für den Quadratmeter nicht übersteigen, soweit es sich um Wohnungen handelt, die nicht über 100 Quadratmeter hinausgehen, wird dem Rate zur Prüfung und Rücküberlegung überwiesen. In einem weiteren Beschlusse wird Protest gegen die verkehrspolitische Vergevaltigung Leipzigs durch Uebertuerung des Fernflugverlehrs an den erst zu erbauenden Flugplatz in Schönefeld eingelegt und der Rat beauftragt, mit allen zulässigen Mitteln gegen diese Pläne vorzugehen.

200 000 Mark Meßbeitrag. Beim Konto Meßbeitrag beantragten die Kommunisten

Streichung der in den Haushaltsplan für Propaganda eingelegten 100 000 Mark. Der Wirtschaftsparteiler Enke erwidert darauf mit einem Gegenantrag, die Summe statt zu streichen, zu verdoppeln. Diese Unversämtheit fand eine Mehrheit. Gleich darauf wurde aber eine andere Forderung, auf dem Beschluß bestehen zu bleiben, demzufolge für die Verbesserung der Schulaborte statt 154 800 Mark 348 300 Mark bewilligt werden sollten, abgelehnt. Der Demokrat Herz bezeichnete die Forderung als eine leere Geste. Dabei steht an der fünften Volkshochschule 140 Lehrer und Studenten der Pädagogik ein einziger Abort zur Verfügung.

Vieh- und Schlachthof.

Eine Katsvorlage fordert die Nachbewilligung von 666 100 Mark, die bei Neu- und Umbauten entstanden sind. Genosse Mahner gestellte die Unzuverlässigkeit bei Aufstellung der Kostenvoranschläge. Für die Vieh- und Schlachthofbauten seien ursprünglich 1 600 000 Mark gefordert. In vier Nachforderungen sei diese Summe auf 3 600 000 Mark gestiegen. Das ist eine Uebersteuerung von mehr als 100 Prozent. Die erste Vorlage war also ausgearbeitet, wie sie nicht ausgearbeitet sein soll. Die sozialdemokratische Fraktion werde in Zukunft bei solchen Vorlagen jede Nachbewilligung ablehnen.

Darauf wird das Konto genehmigt. Dann wird noch eine ganze Reihe von Haushaltsplanonten debattellos genehmigt. Der Vorsteher hatte zu Eingang der Sitzung gebeten, den oft sehr in die Breite gehenden Redestrom etwas zu kürzen. Der Haushaltsplan müsse in dieser Woche fertig werden, wenn notwendig, mit täglichen Sitzungen bis zum Sonntag. Die nächste Sitzung findet heute abend statt.

Arbeiterfragen im Landtage.

192. Landtagssitzung. Mittwoch, 7. Juli 1926.
Als erster Punkt stand auf der Tagesordnung die Anfrage Fellisch u. Gen. (Soz.), die

das Eisenbahnunglück auf dem Bahnhof Wülknitz

auf der Strecke Nießa-Estherwerda am 22. März 1926, bei dem drei Personen getötet und elf schwer verletzt wurden, behandelte.

Fellisch kritisierte scharf die leichtfertige Personalpolitik der Reichsbahngesellschaft, durch die Leben und Sicherheit der Reisenden schwer gefährdet werde, wies darauf hin, daß hier einem einzelnen Beamten Unmensliches zugemutet worden sei, und verlangte, daß mit dieser Sparpolitik am falschen Platze endlich Schluß gemacht werde. Die Regierung müsse beim Reiche darauf dringen, daß die Reichsbahngesellschaft bei all ihren Maßnahmen, besonders auch auf dem Gebiete der Personalpolitik, die Gewissenhaftigkeit an den Tag lege, die die Sicherheit des Verkehrs besser gewährleistet und die Möglichkeit solcher Unglücksfälle so weit als nur möglich mindert.

Ministerialdirektor Dr. Allen erklärte, das Wirtschaftsministerium habe sich mit der Reichsbahn-Gesellschaft in Verbindung gesetzt und von ihr folgende Mitteilung erhalten:

Von Personen, die die Verhältnisse nicht kennen, wird versucht, das am 22. März 1926 auf Bahnhof Wülknitz bedauerlicherweise vorgekommene Unglück auf eine angebliche Ueberlastung des Stellwerkwarters sowie auf den Personalabbau zurückzuführen. Unter anderm wird auch behauptet, der Dienstposten in der Stellerei sei früher mit zwei Mann besetzt gewesen. Diese Behauptungen sind nicht zutreffend. Seit Inbetriebnahme der Stellerei im August 1923 ist der Dienst in der Stellerei stets nur von einem Mann versehen worden, ohne daß sich daraus irgendwelche Schwierigkeiten ergeben hätten. Von einer Ueberlastung des Stellwerkwarters kann bei den einfachen Betriebsverhältnissen auf dem Bahnhofe und bei der verhältnismäßig geringen Anzahl von Zügen keine Rede sein. Als Beweis dafür bemerken wir, daß der Wärter während seiner zwölfstündigen Dienstzeit bei ausnahmsweise starker Belastung nur reichlich sieben Stunden wirkliche Arbeit zu leisten hat.

Daß eine Ueberbürdung des Stellwerkwarters nicht vorgelegen hat und die vorhandenen Einrichtungen keinen Anlaß zu dem Unglück gegeben haben, ist auch von den Referenten des Reichsverkehrsministeriums und der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft festgestellt worden, die den Bahnhof Wülknitz am 10. April 1926 besichtigt haben.

Der erst seit Anfang 1924 durchgeführte Personalabbau hat den Stellereibienst des Bahnhofes Wülknitz überhaupt nicht berührt. Die Kopfzahl der auf Bahnhof Wülknitz beschäftigten Bediensteten (Beamte, Angestellte und Arbeiter) hat vor Einführung des Achtstundentages 18 betragen, sie ist infolge der Demobilisierungsbestimmungen auf 21 gestiegen; jetzt werden auf Bahnhof Wülknitz 14 Bedienstete beschäftigt. Dieser Personalbestand muß unter Berücksichtigung der an den betrieblichen Einrichtungen im Jahre 1923 ausgeführten Verbesserungen und der Zusammenfassung des gesamten Weichen- und Signaldienstes in zwei Stellereien als vollkommen genügend bezeichnet werden.

Schließlich weisen wir noch im allgemeinen darauf hin, daß der Personalabbau bei der Reichsbahn die Betriebsgefahren nicht erhöht hat.

Soweit das Schreiben der Eisenbahndirektion. In dem aus Anlaß des Unfalls anhängig gemachten Strafverfahren ist der Weichenwärter Braune vom Gemeinsamen Schöffengericht Dresden am 4. Mai 1926 wegen fahrlässiger Eisenbahntransportgefährdung in Lateinisch mit fahrlässiger Tötung und Körperverletzung zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Das Gericht hat danach das Vorliegen einer Fahrlässigkeit und ein Kausalverhältnis der Aufmerksamkeit festgestellt. Es hat allerdings in der Urteilsbegründung zum Ausdruck gebracht, daß der Verurteilte stark mit Arbeit belastet gewesen ist. Daß er überlastet gewesen ist, ist nicht festgestellt worden.

Das Wirtschaftsministerium wird nach wie vor dahin wirken, daß von der Reichsbahnverwaltung alles geschieht, was im Sinne der Anfrage zur Durchführung eines gesicherten Eisenbahnbetriebes erforderlich ist.

Der Kommunist Gabel behauptete, daß die Dienstvorschriften nach dem rigorosen Personalabbau überhaupt nicht mehr durchgeführt werden können. — Der nächste Redner, Dr. Nieshammer von der Volkspartei hielt einen zweigleisigen Ausbau der fraglichen Strecke für unbedingt erforderlich, während sein Parteigenosse Dr. Hartwig ein Loblied auf die Reichsbahngesellschaft sang.

Zu längerer Aussprache führte auch **der Etat der Hütten- und Blausarbenwerke**, deren Betriebe in Rudenhiitten, Halsbrüde und Oberschlema liegen. Diese Betriebe haben 1924/25 mit einem Verlust von 464 000 Mk. abgeschlossen, der sich voraussichtlich für 1925/26 auf 1 021 000 Mk. erhöhen wird.

Der Ausschuß schlägt vor, die für die Förderung des Erzbergbaues eingestellte Summe von einer Million Mark wieder abzugeben, weil eine Rentabilität nicht erwartet werden könne, dagegen die Einstellungen für den Kapitalbedarf von 760 000 Mk. auf 2 350 000 Mk. zu erhöhen.

In Verbindung damit gelangt der Antrag Artz u. Gen. vom 11. Mai 1926 (!) auf sofortige Wiedereinstellung der anlässlich des Streiks in Halsbrüde entlassenen Betriebsräte und Arbeiter.

Genosse Tempel

beschäftigte sich erneut eingehend mit den Arbeiter- und Betriebsverhältnissen in den staatlichen Hüttenwerken und betonte dabei, daß die Gewerkschaftsführer bei den Verhandlungen mit dem Ministerialdirektor Dr. Just und dem Finanzminister wegen Wiedereinstellung der am Streik beteiligten Arbeiter bisher immer mit Verdrüstungen hingehalten worden sind. Die Wiedereinstellung der Betriebsräte wurde abgelehnt, weil so schwere Verletzungen in Frage kämen. Als Gründe wurden Faulheit angegeben, manche der Betroffenen kämen überhaupt nicht als Mitarbeiter in Betracht, einzelne seien sogar mit Lackschuhen zur Arbeit gekommen.

Man sagte damals auch, der Betriebsrat Giesel habe sogar Sabotage treiben wollen. Die Sache sei bereits der Staatsanwaltschaft übergeben. Bei den Vernehmungen der Beteiligten in Freiberg hat sich dann herausgestellt, daß es sich um ein ganz haltloses Geschwätz handelte. Die Betriebsdirektion hat darauf auch ihren Strafantrag zurückgezogen. Nun sollten sich die neuen Betriebsratsmitglieder gegen die Einstellung der alten wenden. Aber auch diese Behauptung ist un wahr, das Gegenteil ist richtig. Die beim Abschluß getroffenen Vereinbarungen, daß zunächst die am Streik beteiligten Leute einzustellen sind, ehe andere angenommen werden, sind nicht gehalten worden. Dr. Reinhold hat viel versprochen, aber wenig gehalten. Trotz den Versprechungen hat man die alten Leute nicht eingestellt, wohl aber fortgesetzt neue betriebsfremde Leute angenommen. Mit Zustimmung oder doch mindestens mit Billigung des Finanzministers Dr. Dehne. Auf eine Anfrage, ob er mit dem tarifwidrigen Verhalten der Direktion Halsbrüde einverstanden ist, hat der Minister überhaupt nicht geantwortet. Freilich handelt es sich bloß um Arbeiter, da braucht man es nicht so genau zu nehmen. So denkt man drüben.

Als unser Antrag bekannt wurde hat die Hüttenverwaltung den Betriebsrat zusammenberufen, um die Einstellungsfrage zu entscheiden, aber zu einer Zeit, wo der Vorsitzende und zwei andere Mitglieder erkrankt waren. Mit diesem eigenartigen Verhalten der Direktion zusammen fällt die Zeitungsnotiz, daß das Hüttenbesitz es notwendig machte, 300 Arbeiter weniger zu beschäftigen, daß aber trotzdem die gleichen Arbeiten geleistet werden müßten. So glaubt man, um die Wiedereinstellung der alten Leute herumzukommen. Also eine Nebelstreichelpolitik nach jeder Richtung! Die sich um Arbeit Meidenen werden in der ungehörigsten Weise angefahren. Wenn sich die Leute allerdings in die Wohnung des Herrn Vordorf, der rechten Hand des Direktors Brendel, begeben, wird ihnen gesagt: Wenn ihr in den Militärverein eintrittet, werden wir euch wieder einstellen! (Hört, hört! links.) Vor dem Volksentscheid hat Herr Vordorf eine Versammlung des Militärvereins einberufen und dort erklärt: Wer sich erdreistet, zum Volksentscheid zu gehen, für den hat sich die Arbeit in der Hütte erledigt! (Erregte Zurufe links: Das ist ein Standal!) Ein solches Vorgehen kann natürlich nicht dazu beitragen, das Vertrauen der Arbeiterschaft zu den Staatsbedürfen zu festigen.

Tempel protestiert dann gegen verschiedene tendenziöse Bemerkungen des Berichterstatters Lippe (D. Sp.) über die Ursachen des Streiks und hob hervor, daß die erbetene Lohnzulage von 4 Pfg. jährlich eine Mehrausgabe von 180 000 Mk. verursacht haben würde, daß im Streikjahr aber ein Umlaufumsatz von einer Million Mark zu verzeichnen sei, daß es aber zum Streik nicht gekommen wäre, wenn die Direktion etwas mehr soziales Gefühl gehabt hätte. Irregelmäßig hat die Arbeiterschaft der ablehnende Standpunkt der Direktion, die den Kampf wollte; sie weigerten sich, den Lohn zu zahlen, den die private Hüttenindustrie auch aufbringen muß.

Am Schluß seiner Ausführungen verweist Tempel noch auf die Gold diebstähle in den Hüttenwerken, von Streikbrechern begangen. Es handelt sich um einen Wert von 40 000 Mk., wenn der Wert des gestohlenen Erzes nicht noch viel höher ist. Die Direktion hat es hier zweifellos an der Beaufsichtigung fehlen lassen.

Ministerialdirektor Dr. Just erwiderte, eine Einstellung von ehemaligen Hüttenarbeitern sei auch künftig nicht ausgeschlossen. Aber die Einstellung aller könne nicht gewährleistet werden, sei auch schon deshalb ausgeschlossen, weil der Betrieb eingeschränkt werden müsse.

Der Deutschnationale Dr. Eckardt brachte einen Entschuldigungsantrag ein, nach dem die Regierung die Wiederaufnahme des Erzbergbaues doch nochmals versuchen soll.

Wiederholt begründete einen Antrag seiner Fraktion, der ebenfalls für die Wiedereinstellung der Arbeiter eintritt.

Dann ergriff auch der Finanzminister Dr. Dehne das Wort, der sich natürlich schließend vor die Direktion stellte und von Ueber-

Ab heute ganz besonders billiges Preisangebot in Herrenhosen

Polich

- Dr. stapolyesfähige Cord-Häse 3,50
- Solid gestreifte Häsen in tragfähiger Qual. 7,50 5,-
- Dr. weiße u. gestreifte Flanel-Tennishose 20,- 14,50 18,-
- Speck-Häsen pr. Hornkäse 6,50 4,50
- Dr. Tactay u. Homespan 12,50 9,50
- Dr. Cord u. Wippcord 18,50 15,-
- Hallgause Breeches-Häsen Reine Walle 15,-
- Dr. weiß Satin Tennishose m. Umschlag 8,50
- Geste. Kammgarn Häsen Erstkl. Qual. u. Verarbeitung tadelloser Sitz 25,-
- Dr. Vornehme Cutaway-Häsen in bester Verarbeitung 20,- 18,-
- Häsen in erstkl. Cheviot-Qual. Hochmod. Muscungen 13,- 12,-
- Dr. Cutaway Häsen in flatter Streifen 10,- 9,-

Beachten Sie unser darauf bezügliches Schaufenster Peterstraße

Freibungen und Unwahrheiten sprach. Die fortgesetzte „Hege“ gegen die Beamten müsse die Arbeitsfreudigkeit dieser Herren beeinträchtigen und letzten Endes das Werk ruinieren. Sein Vorgänger und auch er hätten bereits mehr getan als versprochen worden sei. Leute, die nicht produktionsfördernd, sondern produktionsstörend wirken, kämen nicht mehr in den Betrieb hinein. (Aurufe und Zwischenrufe links; Bravo! rechts.)

Bei der Abstimmung wurden die Anträge auf Wiederereinstellung der Arbeiter und Betriebsräte mit 48 gegen 49 Stimmen abgelehnt.

Auch der Entschließungsantrag Ehardt findet keine Mehrheit. Im übrigen werden die Einstellungen zu dem Kapitel nach den Ausschussanträgen genehmigt.

Weiter wurde ohne Debatte beschlossen, entsprechend der Vorlage an

die Porzellanmanufaktur Meissen

einen verzinlichen und rückzahlbaren Betriebsvorschuh in Höhe von 2210 000 M. zu gewähren.

Keine Wiedereinstellung des Immunität Wöltcher

Die Mehrheit des Rechtsausschusses beantragte die Aufhebung des Beschlusses über die Aufhebung der Immunität und die Verhaftung des Abg. Wöltcher.

Der deutsch-nationale Mitberichterstatter Gündel hielt aus juristischen Gründen eine Rückgängigmachung des Beschlusses für unmöglich, da das Verfahren hinsichtlich der Strafverfolgung bereits im Gange sei. Er beantragte die Ablehnung des Antrags.

Mit 46 gegen 39 Stimmen wurde der Ausschussantrag abgelehnt, so daß es bei dem Landtagsbeschluss verbleibt. Mit der Mehrheit gingen von den Dreihundzwanzig auch diesmal wieder Schmidt und Kühn. Der Abstimmung fern geblieben sind die Abg. Schombor, Böffel, Berger, Müller-Leipzig, Frau Böttner; Müller-Chemnitz ist beurlaubt.

Dem Erwerb der Instrumentensammlung des Heerenischen Musikhistorischen Museums in Rdn für das Musikwissenschaftliche Institut in Leipzig wurde antragsgemäß zugestimmt.

Es folgte die zweite Beratung über

das Unpässigkeitgesetz.

Nach der Vorlage soll die Schulgesetzgebung der Gemeindeordnung angepaßt werden.

Nach kurzer Debatte wurde ein Antrag Arzt (Soz.) auf Streichung der Verhältniswahl für die Bezirkslehrerausschüsse und Schulausschüsse mit 38 Stimmen der Linken und eines Teiles der Demokraten gegen 37 Stimmen angenommen.

Auf Antrag der Rechten muß aber noch eine dritte Lesung stattfinden.

Der Entwurf eines Schulaufsichtsgesetzes ging an den Rechtsausschuh.

Nächste Sitzung: Donnerstag, 8. Juli.

Die „eiserne Faust“ gegen die Wirtschaftskrise.

Rom, 30. Juni 1928.

Um die beginnende Wirtschaftskrise zu bekämpfen, hat der Ministerrat eine Reihe von Maßnahmen beschlossen, die, wie üblich, ohne Diskussion in der Presse und ohne Parlamentsberatung Gesetzeskraft erlangen. Durch diese Maßnahmen will man die Steigerung der Produktion und die Verminderung des Konsums erzielen, in der Meinung, daß sich durch die Verwirklichung dieser Formel die Krise bannen lasse.

Die angewandten Mittel lassen sich in drei Gruppen zusammenfassen: Maßnahmen gegen den Luxus, Steigerung der Produktion und Herabsetzung der Produktionskosten.

Eine Regierung, die dem Luxus steuern will, und deren Mitglieder einen jäherenwärtigen Luxus an den Tag legen, hat schon von vornherein einen schweren Stand. Mangel haben die neuen Reichen einen schamlosen Luxus getrieben, und die zahlreichen neuen Reichen des Faschismus weichen von dieser Regel nicht ab. Bei dem Verderben in Mailand sind 30 Millionen Lire verwettet worden — gegen 20 Millionen Franken bei den letzten Pariser Rennen —; in Italien hieß selbst der alte Adel keine Diener mehr mit Wadenstrümpfen und Perlen, aber die neue aus dem kleinster Kleinbürgerstum stammende „Aristokratie“ des Faschismus kann sich vielfach nicht ohne diesen Firlefanz behelfen. Der Sparsamkeit soll dienen: das Verbot, neue Bars, Cafés, Schenken, Konditoreien und Nachtlokale zu eröffnen, die zwangsweise Beschränkung der Tageszeitungen auf 6 Seiten, die obligatorische Einführung einer Mischung von Benzin und Alkohol statt des reinen Benzins. Die erste Beschränkung setzt sich in einem Vorteil für die schon bestehenden Lokale um, die in der Tat seit Einsetzen der Krise sich eines geringen Zulpruchs erfreuten; das zweite Verbot vermindert lediglich das Defizit der faschistischen Parteipresse, die allein über 6 Seiten starke Nummern veröffentlicht. Durch die dritte Maßnahme will man die Benzineinfuhr vermindern und die

Destillation von Alkohol aus agrarischen Produkten fördern. Des Weiteren wird für ein Jahr die Inangriffnahme von Luxusbauten verboten, als welche Villen und alleinstehende herrschaftliche Häuser bezeichnet werden. Die Bautätigkeit soll sich auf Arbeiter- und Beamtenwohnungen beschränken.

Um die Produktion zu vermehren, werden alle Unternehmer ermächtigt, die Arbeitsstunden von 8 auf 9 zu erhöhen.

In der Verbilligung der Produktion liegt der eigentliche Brennpunkt der Maßnahmen. Verbilligen will man die Rohmaterialien, aber darüber erfahren wir nur, daß Studienkommissionen eingesetzt und Preisabmachungen mit den Eisen- und Zementwerken getroffen werden werden; verbilligen will man die Hilfsstoffe, namentlich das Brennmaterial, und hier wieder Studienkommissionen, Prämien usw.; verbilligen will man den Arbeitslohn und ruft dazu einen alten Bekannten als Hilfskraft an: das Trucksystem. Billige Lebensmittel bedeuten billige Arbeitskraft, oder können es wenigstens bedeuten. In Italien steigen aber die Lebensmittelpreise beständig. Also sollen die Unternehmer die Zwischenhändler beseitigen und direkt die Lebensmittel liefern. Dieser Tage wird eine Kommission zusammengetreten, um schnell die Mittel zu prüfen, damit die Arbeitgeber die Einrichtung von Verkaufsstellen von Lebensmitteln ausdehnen, die in guter Qualität und zu billigen Preisen ihren Arbeitern und Angestellten geliefert werden. Die Preise ihrer Verkaufsstellen werden der Berechnung der Indizes nummern für die Teuerungszulage zugrunde gelegt. Das nennt man eine Zwischmühle! Die Arbeiter werden sich zum Teil nicht bei den Verkaufsstellen der Unternehmer verkönnen, weil sie schlechte Ware bekommen, zum Teil, weil sie weit von ihnen wohnen oder nicht bezahlen können. Das alles verspricht den Unternehmern wenig, ja, es ist ihnen sogar lieb; wenn sich nur ein minimaler Teil der Arbeiter ihre Warenverkaufsstelle bedient, so hat der Unternehmer sogar Interesse daran, die Waren zum Kostenpreis und darunter abzugeben: er setzt auf diese Art die Teuerungszulage, also den Lohn herab. Es ist dies die großzügigste Vorehre der Arbeiter, die bisher auf dem Wege der Gesetzgebung versucht wurde. Wie sollen die Arbeiter, die nicht den Mund austun dürfen, dafür sorgen, daß sie für die Unternehmerpreise gute Waren erhalten; wie können sie sich gegen den Trick schütten, daß der billige Preis auf dem Papier steht, aber die entsprechende Ware „gerade ausgegangen“ ist? Das Trucksystem war immer ein Fluch der Arbeiter und wird es in erhöhtem Maße sein, wo selbst der Anseh einer wehrhaften Organisation fehlt. Um den Arbeitslohn herabzusetzen, wird weiter die obligatorische Vermischung des Weizenmehles mit 16 Prozent minderwertigen Getreides in Aussicht genommen. Gleichgültig wird bekanntgegeben, daß der Getreidezoll trotz der ungünstigen Ernte weder aufgehoben noch herabgesetzt werden wird.

Dieses ganze System der Krisenbekämpfung ist natürlich in tiefster Seele antidemokratisch; man will den Arbeiter mit Haut und Haar dem Unternehmer ausliefern, damit dieser ihn mit wenigem durchfüttere, mit seinem billigen Rohmaterial billig produziere und diese Produkte auf den ausländischen Markt werfe. Die italienische Wirtschaftskrise ist heute Abwärts- und Finanzkrise. Durch die sinkende Kaufkraft der Massen hat der innere Markt einen großen Teil seiner Aufnahmefähigkeit eingebüßt, während auf dem auswärtigen Markt andere Industrieländer, die Kohle haben und eine bessere Organisation, durch die Billigkeit ihrer Produkte die italienische Produktion ausstechen. Die faschistische Regierung nimmt nun resigniert die sinkende Kaufkraft des innern Marktes zur Kenntnis und glaubt, sich auf dem Weltmarkt durch Verlängerung der Arbeitszeit und Herabsetzung der Löhne zur Geltung zu bringen. Das Experiment hat die britische Regierung mit den indischen Arbeitern gemacht, aber es ist mißlungen. Die teure nordamerikanische Arbeitskraft produziert billiger als die menschenunwürdig lebenden Hindus. Mit verleideten Arbeitern produziert man schlechter, aber nicht billiger. Durch das faschistische Rezept verliert man den italienischen Arbeiter immer mehr als Konsumenten der eigenen Produkte, ohne sich auf dem Weltmarkt durchsetzen zu können.

Des Weiteren ist die italienische Krise durch Geldmangel bedingt. Man hat in der Zeit der Hochkonjunktur zu viel Kapital in der Industrie investiert. Erstickt durch den sinkenden Geldwert und bedrängt durch die wachsende Teuerung ziehen jetzt viele kleine Leute ihre Ersparnisse aus den industriellen Unternehmungen zurück. So stehen die Aktien schlecht, trotz sinkender Wafuta, und das Geld wird teurer. Teures Geld bedeutet aber für die nicht mit eigenen Kapitalien arbeitende Industrie Verteuerung der Produktion. Vielleicht zielt die Stimmung über das Trucksystem auch dahin ab, den industriellen Kapitalisten zur Verfügung zu stellen. Die Regierung wird ihnen die Möglichkeit geben müssen, den Handel mit Lebensmitteln wenigstens zu beginnen. Glaubt man aber, daß die geplante Beseitigung der Arbeiter durch die Unternehmer, falls sie durchgeführt wird, nicht eine neue Seite der Krise zeitigen wird,

indem sie mindestens ein Viertel des gesamten Zwischenhandels ausschaltet? Will man etwa alle vertriehten Kleinhändler in die Mitleid steden, damit der italienische Steuerzahler die durchfüttere?

Man kann ein Staatsbudget durch allerschand Kunstgriffe so frisieren, daß aus einem Defizit ein Ueberschuh wird. Das tut man in Italien, wenn man die 900 Millionen, die für die auswärtige Staatsschuld ausgemorfen waren, einfach in die Amortisierungstasse überstreicht, wobei sich ein Mehrbetrag von 668 Millionen ergibt, anstatt eines Defizits von 232 Millionen, das sich ohne diese Ueberstreichung einstellt. In der Wirtschaft eines Landes sind aber solche Maßnahmen ganz verloren. Der Abiah ist schlecht, die Baumwollspinner haben beschossen, ihre Betriebe einen Tag in der Woche stillzusetzen. Erhöht man in dieser Lage die Zahl der Arbeitsstunden, so schafft man Arbeitslose, nicht billige Waren. Die faschistische Presse befinzt schon jetzt den neuen Sieg Mussolinis. Sie tut gut daran, solange das Zeug auf dem Papier steht. Wenn erst die neuen Maßnahmen eingeführt sind, wird nichts mehr zu bejagen sein.

Reichseisenbahn und Großindustrie.

In diesen Tagen fand eine Sitzung des Verwaltungsrates der Deutschen Reichseisenbahn-Gesellschaft in Hamburg statt. Bei dieser Gelegenheit hielt der Präsident des Verwaltungsrates und gleichzeitig Leiter des Siemenskonzerns, Dr. Karl Friedrich von Siemens, eine Rede. Sie enthielt zwar nicht viel Konkretes, war aber doch insofern bedeutungsvoll, als Dr. von Siemens die Anschauung vertrat, daß erstens die Reichseisenbahn-Gesellschaft imstande sei, die ihr aus dem Dawesabkommen erwachenden Verpflichtungen zu erfüllen, daß die gegenseitigen Befürchtungen somit unbegründet wären, und daß zweitens Ansprüche des Privatunternehmens an die Eisenbahn zu seinen Gunsten auf eigene Rentabilität verzichten, abzulehnen seien, weil sie eine versteckte Staatsunterstützung bedeuten. Die dem Verwaltungsrat durch das Gesetz vorgeschriebenen wirtschaftlichen Ausgaben seien in drei Hauptgruppen gegliedert: 1. die Verzinsung und Abtragung der durch das Reichsbahnvermögen sichergestellten Schuld, 2. die Verpflichtung, den Betrieb so zu führen, daß er die gesunde Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft unterstütze, und 3. die Einrichtung dem Stande der Technik und des Verkehrs stets angepaßt zu halten. Manche Stimmen seien laut geworden, daß diese Ausgaben nicht erfüllbar seien, da die Befriedigung der ersten die ferneren ausschließen. Es könne diese Auffassung nicht teilen, sondern sei überzeugt, daß bei geordneter und ungestörter Geschäftsführung es der Gesellschaft wohl möglich sei, selbst in wirtschaftlich nicht günstigen Jahren den übernommenen Schuldverpflichtungen gerecht zu werden. Es sei heute noch mehr als früher üblich geworden, wenn irgendwo finanzielle Schwierigkeiten entstehen, um Staatshilfe zu schreien. Veränderung der Wirtschaftsbedingungen, falsche eigene Politik des einzelnen hätten die Lebenskraft manches Gebildes zerstört. Die Gesellschaft habe das allerengste Interesse, alles was in ihrer Macht steht, zu tun, um der Hebung der Gesamtwirtschaft zu dienen, aber nicht einzelnen kranken Zweigen zu einem künstlichen etwas verlängerten Leben zu verhelfen.

Wenn die Eisenbahngesellschaft auf Rentabilität zugunsten der Privatwirtschaft verzichtet, so entstehen Fehlbeträge, die vom Staat gedeckt werden müssen, da sie dann von der Reichseisenbahn selbst nicht gedeckt werden können. Das Defizit müßte also durch Steuern aufgebracht werden. Wenn Herr von Siemens sich gegen versteckte Staatsunterstützung, etwa durch tarifliche Bevorzugung einzelner Industrien so scharf wendet, dann spricht wohl die Furcht mit, daß das Reich die zur Deckung des Reichsbahndefizits erforderlichen Steuern vom Besty einzieht. Außerdem spricht aus seinen Worten das Kraft- und Machtbewußtsein der großen Konzerne, die mittelbar oder unmittelbar bereits so reichliche Staatsunterstützung erhalten haben, daß sie jetzt darauf verzichten können, und die es nicht ungern sehen würden, wenn man die schwächeren Industrien ihrem Schicksal überlassen würde, und das ist: willenlose Objekte in der Hand der großen Konzerne zu sein.



Strümpfe u. Socken
In allen modernen Farben und Mustern:
In Seldenslorstrümpfen Damen 1.55
In halbbarste Waschsocke v. 2.95 an
Herrensocken von 0.75 an

Saison **Wusverkauf**
SCHUHE BIS **50%** ERMÄSSIGT

1⁹⁵



Damenschneiderschuhe
In prima weichen Leinen mit Lederabs. und Über-
zug, Hochabsatz, solide Verarbeitung, konkurrenzlos

5⁰⁰



Damen-Lederspangenschuhe
schwarz, schilf. R'Cheva. mit festem Absatz, gute Polsterung

Graue Segeltuch-Turnschuhe		mit kräftiger Chromsohle	43/40 30/42 31/35 27/30 23/20
9 ⁰⁰	6 ⁰⁰	12 ⁵⁰	3.23 2.23 1.05 1.75 1.50

9⁰⁰



Dam.-Spangensch., beige, Holzabsatz, schilf. R'Cheva. mit festem Absatz

6⁰⁰



Schwarze Herrenstiefel, Ritzbox, weiß ge-
dopp., Ningsabsatz od. runde Form m. Derby

12⁵⁰



Eleg. brauner Herren-Halbschuh, in Rind-
box, weiß ged., auch mit farbigen Einsätze,
Femur in Mastbox Original-Goochyear, weiß
kristall, auch schwarz 12.50

Feinfarbige Filz-Reiseschuhe
mit Ledersohle u. Pampon in verschiedenen Farben nur einmalige Gelegenheit **1.75**

Bottina
SCHUH-Ges. m. b. H.

Verkaufsstellen in Leipzig
Hainstraße 20-24
Windmühlenstr. 31

Sommer der Erwerbslosen.

Von Max Daxa.

Was nützen uns die blauen Kornbuden — wir haben kein Brot. Was nützen uns die silbernen Wolken — schwarz ist unsere Not.

Da steht eine Villa, weiß und blank. Junge Mädchen lachen, rote Nase tanzt. Ein Auto fährt vor, Feiste Männer schreiten durch das Marmorrot.

Nachts. Der Himmel stammt auf. Der Mond geht auf Sternentraub. Die kluge Gule singt dem Falten ein Lied, Ob der rote Falte morgen wohl klarer sieht?

Das Dunkel bricht, die Sonne ersticht Mit feurigem Spicere alle Not der Welt. Es ist, als ob der Wind vom Freiheit spricht, Ob der Wind sein Wort wohl hält?

Das Totenschiff.

Ein Bedarbeiter vom Frachtdampfer Tuscaloosa findet die letzte Nacht in Antwerpen vermittels 10 Dollar Vorschuss so wunderbar, daß er erst in den Hafen zurückkommt, als sein Kasten schon ganz wo anders ist.

Wie er aber eines Tages an einem Hasental sitzt und angeht, da kommt ein lässler Wig, eine Unmöglichkeit von einem Dampfer angelehnt: Die Vorrike. Und die Vorrike brauchte noch einen Mann und trotz aller Bedenken kann er der Versuchung nicht widerstehen.

Nicht ein Totenschiff aus dem Sagenstahl längst verkungener Zeiten, kein Gespensterstern, von dem die Balladen trauern, keine Angelegenheit der Operntheater und bestens empfohlener Jugendschriften, sondern eine rohe Realität der modernen christlichen Gesellschaft.

Ein jedes Schiff wird einmal so alt, daß es abgewrackt werden muß, ein jedes Schiff ist aber auch gegen Schiffsbruch versichert. Was ist natürlicher, als daß nun Schiffahrtsgesellschaften auf die nachliegende Idee kamen: Es ist einträglich, die Schiffe nicht abzumracken, sondern untergehen zu lassen und die Versicherungssumme einzuflecken.

Eine unausdenkbar grauenhafte Hölle un menschlich harter Arbeit und tierischer Behandlung, ein Inferno der Tiefsachen, und das Hofelied des namenlosen Heiden, der die Arbeit tut, wie es erschütternder, gewaltiger nie gelungen wurde: Die Teuffische Tragödie.

In den vier Monaten, die der amerikanische Seemann auf der Vorrike dem Moment entgegenlaueret, da die Kessel explodieren werden, findet er einen Freund. Ein Pole, Stanislaw, ein lieber und intelligenter Junge.

Damit endet die Geschichte eines amerikanischen Seemanns, die B. Trauen in seinem Buch „Das Totenschiff“ (Büchergilde Gutenberg, Berlin) erzählt. Dieses Buch ist nicht nur die Geschichte eines Seemanns, der Roman eines Schiffes, es ist auch weit mehr als das Epos (das Epos) der Deklassierten, der Ishandalas unserer modernen Gesellschaft, des fünften Standes.

„Ein halbes Jahr Vorrike, und man hat keine Höhen mehr.“ — Es gibt manchen vortrefflichen Höhensturz in Travens Erlebnis, rücksichtslos konsequent wird der ganze Thrasenplunder von Idealen und heiligen Gefühlschlagen zertrümmert.

Witter höhene Kritik übergeht auch nicht den Proletariat, dem „heiligen Proletariat“ der beliebtesten Arbeiterdichter hält Travens oft einen mittelblos ungetrübten Spiegel vor: Dumme Prolet! Er zeichnet den Proletariat so, wie er ist, mit all seinen Fehlern, Schwächen, Halbheiten und unschönen Erbarmlichkeiten.

Die Frage der „proletarischen Kunst“ ist mehr als genug und meist ziemlich ergebnislos theoretisch debattiert worden. Hier ist eine Leistung, ein Meisterwerk als Antwort. Konsequent und Kompromisslos proletarisch durch Rhythmus und Metrik, Weltanschauung und Tendenz wie kaum ein Literaturwerk vorher.

nügt, um von Kunst zu sprechen. Travens überlegene Gestaltungskraft, seine tiefe Skepsis formten Menschen und Probleme mit allen Mitteln produktiven Intellekts zu psychologischer Höchstwirkung, zu unmittelbarem, intensivem Erlebnis für den Leser.

Jede einzelne Seite ist erfüllt von echtem, lebendigstem Leben, bunt und spannend, durchschlagen oft von dem bitteren Humor der Ausgestoßenen. Des 20. Jahrhunderts hehendes Tempo ist der Rhythmus des Romans, in seinem inneren Aufbau aber spürt man die herbe Strenge der griechischen Tragödien.

Es gehört zu den wenigen reichen Büchern, die beim zweiten und dritten Lesen noch stärker wirken. Es ist wert, nicht nur besprochen, sondern um auch alten Lesern und Bücherkäufern unter uns bestens empfohlen zu werden. Als Vorzug sei deshalb noch die portreffliche Ausstattung des großen blauen Leinenbandes durch die Büchergilde erwähnt.

Bruno Vogel.

Chinesische Anekdoten.

Ein Sommerfest vom Inselstift, der Verlagszeitschrift des Inselverlages in Leipzig (7. Jahrg. 3. Heft) ist eben erschienen. Neben anderen interessanten Beiträgen werden darin einige von Franz Kuhn übertragene chinesische Anekdoten mitgeteilt, die wir hier wiedergeben, weil sie sehr schön und wenigstens zum Teil wohl noch unbekannt sind.

Das Porträt.

Nichtmutig sah Herr Li, ein junger Porträtmaler, mit seiner Frau vor der leeren Staffelei. Kein Kunde wollte kommen und einen Auftrag erteilen. Und Herr Li klagte sein Leid Herrn Ki, seinem Nachbarn.

Da kam eines Tages sein Schwiegervater vorüber. Er begrüßte den Schwiegersohn und fragte: „Wer ist denn das Frauenzimmer, dessen Bild draußen vor der Tür hängt?“ — „Eure Tochter, edler Schwiegersohn.“ — „So? Ja, wie kommt denn deine Frau dazu, sich so Seite an Seite neben einem fremden jungen Mann malen zu lassen? Das läßt du dir gefallen?“

Gute Nachbarn.

Ein stiller Büchereistand wohnte mitten zwischen einer Kupfer- schmiede und einer Eisenschmiede. Den ganzen Tag über dröhnte aus den nahen Werkstätten der Lärm der Schmiedehämmer an seine Ohren und raubte ihm seine Ruhe. Wiederholt gab er seinen Nachbarn zu verstehen, daß er ihnen ein süßes Freudenmahl bereiten würde, wenn sie ausgingen.

Eines Tages kamen sie zu ihm und teilten ihm mit, sie gebächten demnach auszugehen, und erlaubten sich, ihn an sein Gespräch zu erinnern. Hocherfreut richtete der andere einen festlichen Schmaus her und lud seine beiden Nachbarn zu Gast. Nachdem sich die zwei an Speise und Trank gütlich getan hatten, fragte er sie höflich: „Und wohin gedachtet ihr zu gehen?“ Da antworteten sie vergnügt: „Er sieht in meine Wohnung und ich in seine!“

Der rücksichtsvolle Schuldner.

Herr Li war von Gläubigern arg bedrängt. Eines Tages sah sein ganzes Haus voll von Gläubigern, die alle auf die Bezahlung ihrer Forderungen warteten. Kein Stuhl, keine Bank war unbesetzt. Zuletzt kam noch ein Gläubiger, und der mußte stehen. Da raunte ihm der Schuldner leise ins Ohr, er möchte doch am nächsten Tage wiederkommen, aber recht früh. Der Gläubiger glaubte sich vor den andern bevorzugt und zog hocherfreut ab.

Am nächsten Tage bei Morgengrauen stellte er sich wieder ein und wollte sein Geld haben. Aber der Schuldner entgegnete sanft: „Geld habe ich nicht, aber es tat mir so weh, wie ich dich gestern stehen ließ. Deshalb hat ich dich für heute zeitig her, damit du einen Stuhl bekommst. Sonst müßt du heute wieder stehen.“

Der gerechte Richter.

Ein bestechlicher Richter pflegte immer ein paar Tage vor einem Prozeßtermin mit jeder der beiden beteiligten Parteien „Rücksprache“ zu nehmen. Wieder sollte ein Prozeß stattfinden, und der Richter hatte zuvor mit dem Kläger „Rücksprache“ genommen. Sie bestand darin, daß ihm dieser fünfzig Silbertael überreichte. Als der Beklagte dies hörte, schickte er dem Richter hundert Silbertael.

Die ungleichen Schuhe.

Ein Mann besaß zwei Paar Schuhe, die einen hatten die Sohlen, die anderen dünne. Als er eines Tages unterwegs war, merkte er, daß er hinkte. Erst dachte er, es läge an der Unebenheit des Weges, dann machte ihn Vorübergehende aufmerksam, daß er ungleiche Schuhe anhabte.

Da sagte der Mann zu seinem Knecht, der ihn begleitete: „Lauf schnell nach Hause und hol mir das andere Paar.“ Der Knecht kam mit leeren Händen zurück und sprach: „Herr, es hat keinen Zweck, daß Ihr die Schuhe wechselt, das andere Paar hat auch ungleiche Sohlen.“

Der große Stumpfsinn.

Berliner Theaterbrief im Sommer.

Gift das, was man über die Volksbühne im allgemeinen und über die Berliner in besonderen theoretisiert, nicht auch im Sommer? Ober haben die Abstraktionen über Arten und Möglichkeiten der Dramaturgie nur im Winter und Herbst Daseinsberechtigung? Warum muß die Volksbühne vor Hunderten von Menschen eine Sache spielen, die die Verfasser Helmut Riebel und Emil Rameau: „Darüber läßt sich reden“ nennen? Ich glaube nicht, daß in der Volksbühne nur Shakespeare aufgeführt werden muß.

Das einzig Gute an dieser Revue waren die Kabarett-Szenen, denn hier hatten die Verfasser und der Komponist Glück; einer der besten deutschen Kabarettiers, Paul Nicolaus, spielte. Paul Nicolaus hat das Seltene: politisches Instinkt ohne politischen Pathos. Seine Berliner Vorträge waren reichhaltiger als fünf an ein und demselben Tage geschriebene Leitartikel des jüdischen. Nicolaus besitzt die Kunst, seinem Publikum sonst weckender Dinge zu sagen, gegen die dieselbe Publikum sonst weckender Dinge zu sagen, gegen die dieselbe Publikum sonst weckender Dinge zu sagen.

bestes und die Musik spielte: „Ich tanzt Charleston, du tanzt Charleston, es tanzt Charleston und was tun Sie? — Das war die Pointe!

Im Theater am Jos spielt man das Stück zweier Franzosen, Mirande und Geroule: „Ich schulde dir eine Frau“. Das ist eine Parade der Pjamasas. Ein Bankier traf seine Frau des abends in Gesellschaft. Er ermahnte sie mit folgenden Worten, nach Hause zu gehen: „Geh nach Haus, dich dich an und leg dich schlafen.“ Ich habe mir bis jetzt gar nicht denken können, daß in den allerbesten Kreisen, deren Willen ich die Ehre hatte, durch dieses Stück zu sehen, die Damen Pjamasas mit Pelzen tragen. In diesem Stück versuchen auch die Menschen sich zu vermehren, ohne sich dabei zu langweilen. Ein Schriftsteller betrug seinen Freund mit dessen Geliebten und muß dafür einen Schuldschein unterschreiben. Er geht in die Kolonien, kommt zurück und wird selbstverständlich fröhlich in glücklichen Sinne. Mariana Kupfer, die voriges Jahr im Bedekind als Franziska, so wie der Verfasser es wollte, spitternackt auftrat, war in ihrer Nationalität entzündend. Sie trat jetzt nicht so wie bei Bedekind auf, sondern im Pjama. Aber auch wenn sie ganz angezogen käme, sie würde jedem miserablen Autor beinahe einen Erfolg ermöglichen. Ubrigens, warum bilden die Schauspieler nicht eine Liga gegen unerlaubt schlechte Stücke? Diese Wehrlosigkeit muß entschädigt werden. Sicherlich haben Otto Schmide, Kurt Wesperrmann und Erna Bognar das Gefühl und trotzdem gut gespielt. Es scheint nur, daß der Regisseur nach dem ersten Akt den Einfall hatte, das Stück nicht mehr weiter spielen zu lassen, denn die Pause war sicherlich kürzer als die Zeit, die die Ueberseher zur Fertigstellung des ersten Aktes brauchten. B. Max u.

Kleine Chronik.

Friedrich Chrysanthers 100. Geburtstag. Friedrich Chrysanther, dem Herausgeber und größten Bearbeiter der Händel'schen Werke, haben wir es zu danken, daß wir heute die Händel'sche Kunst die Verbreitung erlangte, die sie jetzt hat. Er hat sein ganzes Leben (geb. am 8. Juli 1826) dieser großen Aufgabe gewidmet und hat darin Vollkommenes geleistet. Bis zu seiner Zeit führte man Händel'sche Werke nach eigenem Gutdünken auf, jeder beliebige Musiker arbeitete daran herum, daß man Händel oft kaum wiedererkannte. So kam es auch, daß die Händel'sche Kunst in Deutschland nicht festwurzen konnte. Chrysanthers Bearbeitungen fanden dagegen in allen Ländern den größten Anklang, und seit dieser Zeit entwickelte sich der Händel-Kult. In den letzten Jahren wird Händel in Deutschland genau so gepflegt wie Bach. Einen Ausdruck Chrysanthers möchte ich hier noch hinzufügen; als sein Sohn ihn einst fragte: „Wie bist du eigentlich auf Händel gekommen?“, antwortete er: „Als ich Drupst in Schwertin war, hörte ich eine Aufführung des „Samson“, die sehr unvollkommen war, mich aber doch aufmerksam machte, so daß ich mir sagte, an der Krasse erkenne man den Löwen, und diesem Löwen bin ich mein ganzes Leben lang nachgegangen!“

Der Zeus von Cyrene. Als der tapfere Afrikaforscher Gerhard Kofls aus Begele das Land Fejan und die Cyrenaica bis zur Oase des Jupiter Ammon („Siwah“) durchreist und anno 1899 die hellenische Großstadt Cyrene entdeckt hatte, versuchte zuerst eine amerikanische Archäologengesellschaft die Ruinen jener verfallenen Metropolis auszubenten. Mit welchem Erfolg, steht dahin. Die Eingeborenen munkelten, daß mit Erlaubnis der beständigen türkischen Beamten, ums Ende des verflorbenen Jahrhunderts eine golden glänzende Statue von höchster Schönheit in Cyrenes Hafen; Marfa Souza, heimlich in einen amerikanischen Dampfer verladen worden sei. Diese Beobachtung erweilte sich als richtig: die Hellenen gaben ihren höchsten Gottheiten blondes Haar. Jetzt gelang es, bei Freilegung eines hellenischen Tempels von geradezu kolossalen Mäßen in Cyrene den wunderbaren Kopf eines Zeus aus Tageslicht zu ziehen, der als eine Respekt des weltberühmten Zeus von Olympia des Hibias (490—418 v. Chr.) angesprochen wird. Von der zerbrochenen Stirn sind alle Bruchstücke abgelöst erhalten: Sie geben, ineinander gefügt, ein Bild von harmonischer Ruhe und Erhabenheit. Das gerollte Haupthaar des (blonden) Zeus ist durch eine goldene Patina gefärbt, der Marmor aber von der Weiche und Undurchsichtigkeit des schönsten Eisensteines. F. L.

Aktivierter Sauerstoff als Vitamin D. Nach hiesigen Blättermeldungen ist es einigen Physikern (Dr. Richter, Geissen und Kohl) bei Forschungen über eigenartige Erscheinungen der Strahlentherapie von der Beobachtung, daß verschiedene Öle nach der Bestrahlung mit ultraviolettem Licht Eigenschaften bekommen, wie sie sonst nur der Lebertran hat, das bekannteste Mittel gegen Rachitis. Hinsichtlich der Licht (Zerfission) war diese Erscheinung schon bekannt. Die Bestrahlungslampen erzeugen einen gasförmigen Stoff, eben den aktivierten Sauerstoff, dessen schwächende Wirkung auf die photographische Platte, die von den bestrahlten Ölen ausging, zum Nachweis eben dieses Zusammenhangs führte. Nun ist dieses antraktische Vitamin D, der aktivierte Sauerstoff leicht herzustellen und die Entbecker hoffen allerhand Nahrungsmittel heranzubereiten mit diesem Vitamin D imprägnieren zu können, daß man auf diese Weise wichtige neue Heil- und Vorbeugungsmittel gegen rachitische Erkrankungen gewinnen würde.

Glimschau.

Der Mann mit den 1000 Bräuten ist Buster Keaton, der elegische Clown mit Cut und Strohhut. Was er in seinem Matrosenfilm und Chaplin im „Goldbraut“ begonnen, ist hier des Objekts ins Schicksalhafte, Weltweite zu übertragen, ist hier zu höchster Vollendung geführt. Man sieht erkaunt vor der Meisterhaft, mit der jede Gewaltsamkeit, alles Gewaltsam im Grotesken vermieden wurde, mit der dieser reine Tor an den lauernden Gefährlichkeiten der Welt vorbeibliegt. Uebermäßigsten komisch ist schon das Gerippe der Handlung. Gerade als Buster Pleite macht, werden ihm 7 Millionen vererbt unter der Bedingung, daß er bis abends 7 Uhr verheiratet ist. Nichts müßte leichter sein als das, denn er liebt ein Mädchen schon seit Jahren. Aber er ist schlichtern. Sein Sojus und sein Notar versuchen das Erbschaftliche, ihn in den wenigen Stunden an die Frau zu bringen. Vergebens. Tausende von Frauen, durch ein Inserat aufmerksam gemacht, ein wildes Heer, verfolgen ihn. Verfolgt, gehetzt, fliehend gerät er in eine Steinlawine, ins Wasser, in die Luft. Daß er eine Minute vor Heben doch noch die Rechte erwirkt, gönnt man ihm mit merklichem Aufatmen. (Aberhalt.)

Ein Hundeleben, ein älterer Chaplin-Film, bringt manches der späteren Werke Chaplins schon sozulegen in der Skizze und selbst in manchen Harmlosigkeiten und Sentimentalitäten ist der überlegene Künstler nicht zu verkennen. So, wenn er sich des kleinen Strahlföhlers annimmt, der ihm eine verstaubte Brieftasche aus der Erde gräbt. Echter Chaplin ist das Anfangsintermezzo zwischen Polizist und Bagalunden, der durch ein Jauntloch ein warmes Würstchen frisst, oder die Szene, wo der Arbeitslose durch die Häufung böser Zufälle nicht an den Schalter gelangt, an dem man die Arbeiter annimmt. Der Film enthält weniger Jagd und Heh, mehr von jener behauchtlichen Anarchie, mit der ein armer Teufel durch die Läden der Gesellschaft schlüpft. Manches, was uns an späteren Chaplin (im „Kid“ und „Goldbraut“) wichtig geworden ist, läßt er unbefont und verbeißt, aber man spürt, daß er sozulegen zwischen Fußgänger und Selbsthülften umhergeht. Die Heiterkeit, die er erweckt, ist darum nicht weniger groß. (U. T.-Hainstraße.) III.

Leipziger Angelegenheiten

Leipzig, 8. Juli.

Der Kirchen-Steuerzettel.

Ein skandalöser Rechtszustand herrscht in der Frage der Kirchensteuer. Selbst Dissidenten, die schon seit Jahren ausgetreten sind, werden von der Kirchenbehörde noch fast jedes Jahr mit einem Kirchensteuerzettel belästigt.

Tezel, der Abkämpfer zu Luthers Zeiten, zieht wieder mit seinem Kasten durch die Lande.

Wenn das Geld im Kasten klingelt, Die Seele aus dem Feuer springt!

Die Kirchensteuer-Abkämpfer flattern wieder in alle Winde. Sie flattern auch dort hin, wo sie nicht hingehören.

Ich gehöre nun zu den Menschen, die mit ihrem vollenbenedeten 21. Lebensjahr aus der Kirche ausgetreten sind, weil ihnen die Kirche nichts mehr sagte und der Widerspruch zwischen Theorie und Praxis der Nächstenliebe der Kirche ihnen klar geworden war.

Du glaubst gar nicht, wie hartnäckig die Geistlichen hinter jeder Seele her sind, wenn sie Kirchensteuer bezahlen kann. Es ist immer noch so wie zu Tezels Zeiten.

Mein Freund und Kollege Gustav Gibim, der schon über 20 Jahre aus der katholischen Kirche ausgetreten ist, wird vom Abkämpfer-Beamten Jahr für Jahr verfolgt. Und Jahr um Jahr begibt sich Gibim zur katholischen Pfarrgemeinde, zeigt seine amtsergerichtliche Bescheinigung des Kirchenaustritts aus dem Jahre 1905 vor. Die Steuer wird gestrichen. Aber wenn er des feststen Glaubens ist, der Abkämpfer-Steuerzettel werde nie wiederkommen, dann täuscht er sich gewaltig.

Verlagt hier der heilige Kirchenbureaukrat? Verlagt hier die kirchliche Unfehlbarkeit? Oder hoffen — trotz zahlloser Gegenbeispiele — die Herren der Hierarchie immer noch auf Gibims „Befehlung“? Um den kirchlichen Bureaukraten aus seiner chronischen Vergeßlichkeit aufzuwecken, schrieb ihm Gibim letztes Jahr einen höflichen aber energiegelassen Abgabebrief. Trotz allem schickte ihm das Finanzamt auch dieses Jahr von neuem die Aufforderung, Kirchensteuer zu bezahlen.

Nach diesem Erlebnis Gibims wird man das Sprichwort: „So verflissen wie der Teufel auf eine arme Seele!“ umformen müssen in den Satz: „So verflissen wie die Kirche auf jeden Kirchensteuerzahler!“

Ja, wenn „das Geld im Kasten klingelt“, wird auch in den Augen der Kirche der Gottlose wieder gläubig. Trotz Befehl des Papstes und der fufßbare Bischofskonferenz, nach der jedem Gläubigen die Pflicht die Absolution zu verweigern ist, weil ein sozialistisch organisierter Arbeiter kein Christ ist, wird der Sozialdemokrat wieder Vollgläubiger, wenn es ans Kirchensteuerzahlen geht.

Wer von euch, Genossinnen und Genossen, läßt weiterhin von deutschen Bischöfen und Pastoren seinen Sozialismus beschimpfen? Zum Zahnen ist er gut genug! Auch der „rötteste“ Genosse.

Es ist meine private Meinung, daß es hier für einen Sozialisten nur eine Antwort geben kann, und die ist leicht zu finden und man spart noch Geld dabei. Wenn ihr aber kein Talent zum Sparen habt, dann gebt den durch Nichtkirchensteuerzahlen ersparten Betrag den „Kinderfreunden“ oder der „Arbeiterwohlfahrt“.

Reichserhebung in der Erwerbslosenfürsorge.

Mit dem Stichtag des 2. Juli d. J. findet, wie gestern schon kurz berichtet, gegenwärtig im ganzen Reiche eine Erhebung in der Erwerbslosenfürsorge statt. Die betreffenden Vordrucke müssen nach einer Seiden in die öffentlichen Arbeitsnachweise ergänzenden Anordnung des Reichsarbeitsverwaltungsamtes spätestens am 10. Juli d. J. im Besitz der Arbeitgeber sein.

Die Erhebung soll zur Klärung der Frage beitragen, ob das gleich hohe Unterstützungslage bestehende Versorgungssystem, das jetzt ausschließlich in der Erwerbslosenfürsorge gilt, abgelöst werden soll durch ein Lohnkassensystem, das die Unterstützung überwindend nach dem erlittenen wirtschaftlichen Verlust und der Höhe der geleisteten Beiträge festsetzt. Die Erhebung soll die Unterlagen dazu verschaffen, ob sich ein Lohnkassensystem betrieblich aufbauen läßt, ohne daß es eine Mehrbelastung gegenüber dem geltenden System bedeute, und zweitens, wie viele Unterstützung in dem neuen System eine höhere und wie viele eine geringere Unterstützung als heute erhalten würden.

Für die Wahl des Stichtages ist bestimmend gewesen, daß er nicht an einem Stichtag liegt, an dem die regelmäßige Zahlung der unterstützten Erwerbslosen stattfindet. Es kann somit die eine Zahl durch die andere kontrolliert werden. Erhebungstermin ist der öffentliche Arbeitsnachweis. Die Verarbeitung des Materials erfolgt durch die Reichsarbeitsverwaltung. Mit der Veröffentlichung der wichtigsten Ergebnisse wird man zum 1. Oktober rechnen können.

Die Erhebung ist nach den Ausführungen von Oberregierungsrat W. Ehlerich im neuesten Heft des Reichsarbeitsblattes in ihrer ganzen Anlage so zweckbestimmt, daß sie nicht für außer ihre liegende Zwecke ausgewertet werden kann. So darf sie vor allem nicht als Lohnkassentest aufgelöst werden. Einmal sind die Arbeitslosen nur ein Ausschnitt der Arbeitnehmer, von dem man nicht weiß, inwieweit er repräsentativ für ihre Gesamtheit ist. Ferner stammen die Lohnangaben aus verschiedenen Zeiten, je nachdem wann die Arbeitslosigkeit im Einzelfalle eintrat. Und schließlich wird nicht das tatsächliche Arbeitseinkommen erfragt, sondern der normale Bruttodienst der letzten Arbeitnehmerwoche.

Aufwertung von Sparguthaben.

Die Sparkassenverwaltung teilt mit, daß die Sparkasse im Rahmen der vorhandenen Mittel Vorkaufszahlungen auf den Aufwertungsbeitrag der Sparbuchforderungen an über 60 Jahre alte Personen, deren Jahreseinkommen den Betrag von 800 M. nicht übersteigt, leisten werde. Der auszugebende Betrag ist auf die Hälfte des Aufwertungsbeitrages festgesetzt und darf im Einzel-

Sonderzug nach den Havelseen.

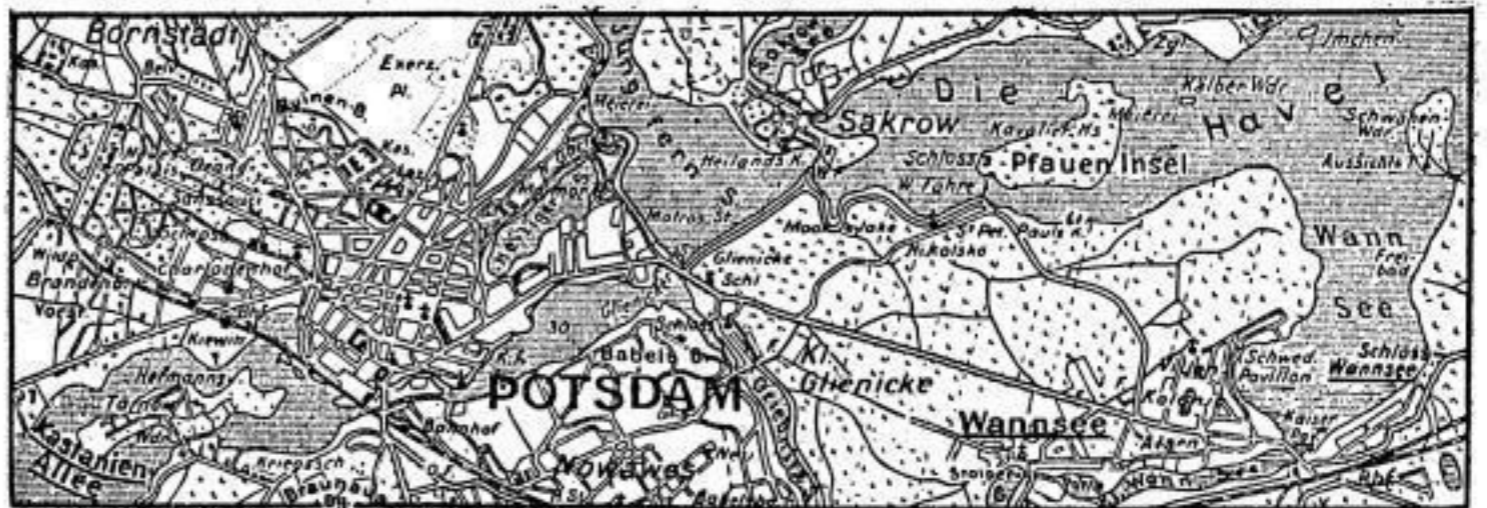
Die Havelseelandschaft zählt unstreitig zu den schönsten Teilen der Umgebung Berlins und eine Fahrt auf dem seecartig erweiterten Fluße zu den schönsten Genüssen des Naturfreundes. Wer noch nicht die Nord- oder Ostsee kennt, bekommt hier einen ersten Eindruck von der Großartigkeit des Meeres und wird wünschen, dieses selbst auch kennenzulernen.

Dem Bewohner der großen Seestadt Leipzig, dem nur seine heimlichen Gewässer und vielleicht noch der Havelsee bekannt sind, wird die Havel mit ihren großen Ausbuchtungen besonderes Interesse abnötigen. Ist doch der Wannsee allein so groß wie die Altstadt von Leipzig. Hierzu kommt das wirklich reizvolle Panorama, das eine Fahrt auf der Havel in immer wechselnder Form zeigt. Nicht ohne Nutzen gerade in der Zeit der Kürzungen der öffentlichen Verkehre auch ein Besuch der sogenannten historischen Stätten von Potsdam und Sanssouci sein, der Domäne der Hohenzollern, die sie mit dem Gelbe der anderen zu Stätten ihres persönlichen Luxus ausbauten und nun weiterhin behalten möchten. Ein Besuch dieser Stätten dürfte ein recht nützlicher Anschauungsunterricht für alle sein, die da noch immer nicht wissen, wie nützlich diese Schlösser und ungeheuer weitläufigen Parkanlagen zum Nutzen der Gesamtheit Verwendung finden könnten.

Eine gute Gelegenheit, die Havel, ihre herrliche Umgebung und die ehemaligen Prachtstätten der Hohenzollern kennenzulernen, bietet der Verwaltungs-Sonderzug 4. Klasse, der am Sonntag, dem 11. Juli, von Leipzig nach Wannsee verkehrt.

Der Zug verläßt den Leipziger Hauptbahnhof früh 5 Uhr 33 Minuten, hält 5 Uhr 57 Minuten in Delitzsch, 6 Uhr 12 Minuten in Bitterfeld und trifft in Wannsee 8 Uhr 44 Minuten ein. Die Rückfahrt erfolgt ab Potsdam 7 Uhr 52 Minuten abends, ab Charlottenhof 7 Uhr 57 Minuten, ab Wildpark 8 Uhr 11 Minuten und ist in Bitterfeld 10 Uhr 44 Minuten, in Delitzsch 11 Uhr 8 Minuten und in Leipzig 11 Uhr 37 Minuten. Der Fahrpreis beträgt ab Leipzig hin und zurück 7 Mark, ab Delitzsch 6,60 Mark, ab Bitterfeld 6,30 Mark; Kinder vom 4. bis 10. Lebensjahre zahlen die Hälfte.

Vom Wannsee ab ist sofort nach Ankunft Gelegenheit zur Dampferfahrt mit besonders bereitgestellten Dampfern der Schiffsahrtsgesellschaft „Stern“ über den Wannsee und an der Pfaueninsel vorüber nach Potsdam zum ermäßigten Fahrpreis von 90 Pfennig, für Kinder vom 4. bis 12. Lebensjahre 50 Pfennig. Zu ebenfalls ermäßigten Preisen erfolgen dann Führungen durch die Sehenwürdigkeiten Potsdams, wofür der Führer nähere Auskunft gibt, der an den Schaltern 2 und 3 der Westhalle des Hauptbahnhofes zu haben ist. Dort können auch die Karten für die Dampferfahrt und ebenso die Karten für die Führungen entnommen werden. Der Verkauf der Karten endet am Sonnabend, dem 10. Juli, abends 6 Uhr, soweit noch Sitzplätze vorhanden sind. Weitere Auskunft erteilt das Eisenbahn-Verkehrsamt in der RoßstraÙe 1, Fernsprecher 70 921 und 72 761, die Auskunftsstelle auf dem Hauptbahnhof und der Verkehrsverein am Roßmarkt.



falls 100 M. nicht übersteigen. Anträge können unter Vorlegung des Sparbuchs mit Ausweispapieren bei sämtlichen Kassenstellen gestellt werden.

Wann isst man Mittag essen?

In der letzten Sitzung der Berliner Medizinischen Gesellschaft sprach Dr. E. Friedberger über die Hygiene der Speisebereitung insbesondere in den Gaststätten. Der Vortragende hatte an sich selbst die Beobachtung gemacht, daß die Speisen in bürgerlichen Speisehäusern, die gegen Schluß der Mittagspause zubereitet, also etwa 3-5 Minuten später als die ersten Portionen, verzehrt werden, trotz größeren Appetits, größeren Portionen und mindestens gleicher Kalorienzahl nicht den Sättigungswert haben wie die um 12 Uhr mittags genossenen Mahlzeiten. Es trat sehr bald wieder Nahrungsbedürfnis ein. Die Beobachtung veranlaßte eine Feststellung der Wirkung von Speisen, die lange oder weniger lange gelagert hatten, auf wachsende Ratten. Es ließ sich feststellen, daß die Ratten, die das eben gar gekochte Essen bekamen, schneller an Gewicht zunahmten als die, welche das über 2-3 Tage gelagerte Essen erhielten. Dabei nahmen die Tiere von dem guten Essen viel weniger zu sich als von dem überlagerten. Ihr Gewicht war trotzdem umgekehrt proportional der Menge des Genossenen. Unterdrück man die Fütterungszeit, so zeigten sich dieselben Einflüsse. Die Ursachen für die Einwirkung des Kochens sind unklar. In den Vitaminen liegen sie nicht. Vielleicht liegt es an dem Einfluß des Kochens, daß also der Mensch mit um so weniger Nahrung auskommt, je weniger sie gekocht ist. Bei den Versuchen an den Ratten zeigte sich übrigens, daß die Kohlstoff die stärkste Gewichtszunahme erzielte, sich also der gekochten Kost als überlegen erwies.

Baron Georg Liebster gestorben

In seinem letzten Amtswirkungsbereich ist am Mittwoch früh Baron Liebster im Alter von erst 63 Jahren gestorben. Wir nehmen von seinem Hinscheiden Notiz, weil er als Leipziger Arbeiter — er wirkte bis 1914 an der Volkmarsoberkirche — eine ganz seltene Erscheinung und achtungswürdige Persönlichkeit war. Entweder sind seine Amtsräder heftige Gegner der Arbeiterbewegung und des Sozialismus, oder aber, wenn sich ja einer oder der andere mit der Arbeiterbewegung und ihren Vertretern beschäftigt, dies in einer abstoßenden, überlegen sein sollenden Weise geschieht. Beiden Richtungen stand Liebster fern; er suchte die Arbeiterbewegung an der Spitze ihres Wirkens, besonders in den Versammlungen auf, und setzte sich mit den Anhängern des Sozialismus in sachlicher und vornehmer Weise auch dann noch auseinander, wenn er selbst in den Topf mit denen geworfen wurde, die nur die Absicht haben, die Arbeiterbewegung von ihrem Ziele abzulenken. Sozialist war Liebster nie, ihm schwebte das Ideal einer Volkspartei vor, die in kultureller und sozialer Beziehung wirken sollte, und so Führerin und Trägerin des Fortschrittes werden sollte. Daß er damit scheiterte, braucht nicht weiter dargelegt zu werden. Im kapitalistischen Staat können öffentliche Institute nur bestehen, wenn sie keinen Interessen dienen, deshalb war es auch mit der evangelisch-sozialen Bewegung so schnell vorbei, obwohl sie von bedeutungsvollen Personen geführt wurde. Um den Mut zu kennzeichnen, mit dem Liebster im Anfang der neunziger Jahre schon in die sozialdemokratischen Versammlungen und Diskussionsabende ging, wäre es nötig, die damals allgemein herrschende Kampfstimmung zu schildern, das würde jedoch heute zu weit führen. Liebster hatte sich vornehmlich mit Joseph Dietrich beschäftigt, den er aber auch noch in seiner Weise auslegte. Seit etwa fünf vor dem Kriege hat sich Liebster ganz auf seine kirchlich-reformatorischen Bestrebungen und auf seine Schriftstellerei zurückgezogen; er mußte einsehen, daß die scharfen Klassengegensätze kein Boden für seine Bestrebungen sind.

Der Buchhändler als Astrologe.

Der Verlagsbuchhändler und Schriftsteller Ferling in Leipzig hatte in verschiedenen Zeitschriften Inzerate losgelassen, in denen er gegen Einbindung eines Betrages von 1 M. die Zulassung einer Broschüre „Jeder sein eigener Astrolog“ versprach, die jedermann durch praktische Anleitung in die Lage versetzen sollte, aus dem Lauf und der Stellung der Gestirne sein ferneres Schicksal ersehen zu können. Er bekam 4000 Bestellungen auf die Broschüre, außerdem wurden in weiteren 200 Fällen 5 M. eingeliefert mit dem Auftrag, den Besteller ein Horoskop über Charakter und Schicksal zu stellen. Die Inzerate waren so gehalten, daß der Leser in den Glauben verführt wurde, es handle sich bei der Broschüre um eine wissenschaftlich bearbeitete Schrift. Tatsächlich war das nicht der Fall, ganz abgesehen davon, daß aus der Zeit der Geburtsstunde und dem Stande der Gestirne nicht auf das fernere Geschick erkannt werden kann. Die von dem findigen Buchhändler, der sich als anerkannter Astrologe bezeichnet, auf Bestellung angefertigten Horoskope waren lediglich mit Hilfe von vorhandenen Tabellen bearbeitet, ohne eine Umrechnung der Gestirnstellung zur Zeit der Geburtsstunde des Bestellers vorzunehmen. Dazu war bei seiner jugendlichen Vorbildung auch gar nicht imstande. Das Randgespräch hat ihn wegen Betrugs zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte habe die Besteller, die Anhänger der Astrologie waren, getäuscht, denn sie hätten die Bestellung in der Erwartung gemacht, daß der Angeklagte das Horoskop nach bestimmten wissenschaftlichen Richtlinien stellen werde, sie hätten an seine Fähigkeiten geglaubt und schließlich ein völlig wertloses Horoskop erhalten. Der Angeklagte habe selbst nicht an die Richtigkeit und Zuverlässigkeit der von ihm angefertigten Horoskope geglaubt, ihm sei es nur um das Geldverdienen angekommen. In der Broschüre wiederum seien die Sachausdrücke durcheinander geworfen und völlig unverständliche Sätze gebraucht worden, um sich den Anschein eines wissenschaftlichen Astrologen zu geben. Nicht geschädigt seien bloß diejenigen, die aus purer Neugierde ihre Bestellungen gemacht hätten. Gegen seine Verurteilung legte der Angeklagte Revision ein, die jedoch vom Oberlandesgericht Dresden verworfen wurde.

Sind die deutschen Funkvereine bürgerlich?

Felix Fehrenbach erzählt die Fabel von jenem Zoologischen Garten, über dessen Eingang ein Schild hängt: „Dies ist kein Zoologischer Garten, sondern ein freies Reich der Tiere. Die Gewalt geht von den Tieren aus.“ Indessen unterdrücken die Wächter, mit den ihnen befallenen SpieÙen und Peitschen, die leiseste Regung der Tiere, ihr Los tatsächlich selbst zu bestimmen. In der Tat hört kein Staat, kein Verein auf, ein bürgerlich zu sein, weil in ihm die Demokratie des Stimmzettels herrscht.

Man sagt auch, der größte Teil der Mitglieder in den deutschen Funkvereinen seien ja Arbeiter, sie seien sogar die aktivsten, es seien also Arbeitervereine. Wenn es das wäre, wäre jeder Staat ein Arbeiterstaat, denn es gibt kaum einen, in dem die wertigste Bevölkerung nicht überwiegend ist. Ausschlaggebend aber ist die Führung des Staates, des Vereines, jeder zusammengefaßten Menschengruppe. Besonders im Vereinswesen ist die Führung, der Vorstand, mit besonderen Vollmachten versehen und ist entscheidend für die Richtung, die Tendenz des gesamten Vereines. Die deutschen Funkvereine sind fast ausnahmslos sogenannte „anerkannte Vereine“ im Sinne der Funkgesetzbestimmungen. Da sie eine gewisse Monopolstellung inne hatten, wurde verlangt, daß in ihren Vorständen Vertreter der Volk, der Universitäten, der Senatsgesellschaften usw. sitzen sollten. Sind diese Institutionen und deren Vertreter getragen von proletarischem Geiste oder stellen sie nicht den reinsten Typ des reaktionären Bürgertums dar? Und sie ernannten die Prüfungsausschüsse für die Audion-Versuchs-Erlaubnis (A. V. E.). Diese Prüfungsausschüsse hatten in den gesetzlichen Bestimmungen Handhaben gegen politisch ihnen mißliebige Personen. Kann uns das gleichgültig sein?

Dokumentierte sich der bürgerliche Geist des „Deutschen Funkkartells“, der obersten Behörde aller deutschen Funkvereine, nicht klar in der schroffen Abweisung, die der Arbeiter-Radioklub von ihm in Sachen der A. V. E. erfuhr? Mit der faulen Formel, man sei keine Standesorganisation, verwarf man die Klassenbewußte Arbeiterkassette fernzuhalten von den technischen Errungenschaften des Radio.

Man versucht einzuwerfen, die Zeiten der A. V. E. seien vorüber, heute könnte man in den Funkvereinen den Vorstand nach freiem Ermessen wählen. Das kann man aber in der deutschen Republik nicht. Ist sie deswegen etwa keine „bürgerliche“? Darf man daran erinnern, daß heute an Stelle des „Funkkartells“ der „Funktechnischer Verband“ die Zentralstelle der deutschen Funkvereine ist? Der Präsident dieses Verbandes ist Professor Egan, einer jener 31 Tenar Professoren, die protestierten, als die preußische Regierung Schritte gegen hochverräterisches Treiben völkischer Kollegen unternahm.

Wir würden die ganze Frage nicht anschnitten, wenn nicht die angebliche Neutralität der Räder wäre, mit dem das Bürgertum versteht, Arbeiter unter seinen Einfluß zu bekommen, sie den eigenen Klasseninteressen zu entfremden. Kein Einfluß ist schädlicher als der, dessen Absichten verfehlt sind. Die Funkvereine verbergen ihre

Kranken- und Begräbniskasse für Schmiede und in der Metallbranche besch. Arbeiter zu Leipzig und Umgegend.

Sonntag, den 18. Juli 1926, vorm. 9 1/2 Uhr
Generalversammlung
 im Gesellschaftssaal des Volkshauses.
 Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstehenden.
 2. Bericht des Kassierers, der Revisoren und Richtigkeitsrechnung der Kassenrechnung.
 3. Antrag der Verwaltung (Umwänderung der Statuten).
 4. Verschiedenes.
- Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert, daß alle Mitglieder pünktlich und zahlreich erscheinen. Schriftliche Entschuldigungen sind bis Freitag, den 16. Juli 1926, an den Vorstehenden Oskar Jäger, Keubitz, Obere Mühlentstraße 8, III r., zu richten.
 Die Verwaltung.

Germania-Bad
 Schleußiger Weg, Tel. 32303

Billige Ferien-Dauerkarten
 gültig bis 15. September
Massagen
 :: Schwimm-Unterricht ::

Das Bad ist geöffnet von früh 6 Uhr bis abends 8 Uhr.

Gummi-Klöse Spezial-Haus für modernsten Backofen
 Leipzig
Maurer-Werkzeuge und Reparaturen
 Eckardt, Sophienstr. 10

Familien-Nachrichten

Wiederum ist ein draver Parteigenosse von uns gegangen. Wir erhielten die betrübende Nachricht, daß am Mittwoch mittag unser alter bewährter Parteigenosse und Funktionär, der Gemülschändler **Wilhelm Hermann Deweß** im 71. Lebensjahr verschieden ist. Was unser toter Freund innerhalb seiner Lebensbahn für die Partei geleistet und geopfert hat, wissen die Parteigenossen am besten zu schätzen. Sein ruhiger und aufrichtiger Charakter wird uns in dauerndem Andenken erhalten. Die Parteifunktionäre von L. Volkmar, SPD, Einschüerung Sonnabend vorm. 11 Uhr, auf dem Südfriedhof. Die Genossinnen und Genossen werden ersucht, sich zahlreich einzufinden.

Plötzlich und unerwartet verschied am 7. Juli im Alter von 67 Jahren mein lieber Mann, unser guter Vater **Franz Weihmann** Leipzig-Waldern, den 8. Juli 1926. Dies setzen schmerzerfüllt an **Wilhelmine Weihmann und Kinder.** Die Einschüerung findet Sonnabend, den 10. Juli, vormittags 11 Uhr, auf dem Südfriedhof statt. Blumenpenden werden dankend abgelehnt.

Heute morgen entschlief sanft mein lieber Mann, unser Vater und Großvater, Pfarrer **Georg Liebster**
 Thekla, Saal (Pommern), Greifswald, am 7. Juli 1926

Ernestine Liebster
Gerhard Liebster und Frau Hannah geb. Elgetl
Helmut Liebster u. Frau Anneliese geb. Seeger-Kelbe
Berthold Liebster Wolfram Liebster

Die Beerdigung findet Freitag, den 9. Juli, vormittags 11 Uhr, auf dem neuen Johannisfriedhof statt. Es wird gebeten, von Beileidsbesuchen abzusehen.

Mittwochmittag verschied nach langem schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden im 71. Lebensjahre mein herzenguter Mann, unser lieber Vater, Herr **Wilhelm Hermann Deweß**
 Leipzig-Volkmarisdorf, Hildegardstraße 6, am 7. Juli 1926

In tiefem Schmerze **Ernestine Deweß geb. Langlotz**
 im Namen aller Hinterbliebenen

Die Einschüerung findet am Sonnabend, dem 10. Juli, vormittags 11 Uhr, auf dem Südfriedhof statt.

Amüliche Bekanntmachungen.

Thekla. Die diesjährige Obkündigung an verchiedenen hiesigen Kommunalverwaltungen soll Sonntag, den 11. Juli 1926, vormittags 12 Uhr, in der Galtwirtsch. Knechtsteden hier öffentlich gegen sofortige Beschuldigung meißelnd verpachtet werden. Der Gemeinderat.

Standuhren
 stadtbekannt
 erstklassig
 und preiswert
 mit 5 Jahr
 Garantie bei
G. Humm
 Schloßgasse 2
 Ecke Petersstraße
 Auch bei Teilzahlung kein Preisausschlag!

Von meiner Molkerei bringe ich empfehle **1a Tafelbutter** à Stück 1.10 Mt.
 Verschiedene Sorten Käse, prima Speisequark, Buttermilch, täglich frisch, Walther Vogel, Straße 117.

Täglich frische Eier
 zu billigen Tagespreisen.
 Spezialität: Frische Trinkkörner
Eiergroßhandlung
 Kolonnenstr. 10 Tel. 19488

Moderne und geschmackvolle **Drucksachen**
 für jeden vornehmenden Bedarf werden schnellstens geliefert. Der neuartig eingerichtete Rotationsbetrieb ist bestens geeignet zur Herstellung von Prospekt- und Weltaufträgen.
Leipziger Buchdruckerei
Meißelgesellschaft
 Laubacherstraße 19/21

Gestern vormittag verstarb plötzlich und unerwartet unser gute Mutter, Gross- u. Schwiegermutter, Schwester und Schwägerin, Frau **Pauline verw. Tauber**
 im Alter von 69 Jahren.
 L.-Volkmarisdorf und Crimmitschau, am 7. 7. 26.
 In tiefstem Schmerze **Die Hinterbliebenen.**
 Die Einschüerung findet Freitag nachmittags 3 Uhr auf dem Südfriedhof statt.

Unterricht

Schöner Beruf!
Damen-Frisieren
 verteilt gründlich
 Schönbrodt, Querstr. 39

Diverses

Poln. Ausländer, a. Nam Rubin Libermann ausgestellt in Starostwo Bedzuzskie abhd. gsk. Abzg. Fil. Zeitstr. 32

Elegante Fracks
 u. Gehrock-Anz.
 verteilt **Schau!**
 Gr. Bleicherg. 10, I.

Bubikopf

Erster Spezial-Schnitt
 durch die Spezialität, langes Haar mit 3-4-Verleidenen, 1. mit Friseur, 2. mit Friseur, 3. mit Friseur, 4. mit Friseur, 5. mit Friseur, 6. mit Friseur, 7. mit Friseur, 8. mit Friseur, 9. mit Friseur, 10. mit Friseur, 11. mit Friseur, 12. mit Friseur, 13. mit Friseur, 14. mit Friseur, 15. mit Friseur, 16. mit Friseur, 17. mit Friseur, 18. mit Friseur, 19. mit Friseur, 20. mit Friseur, 21. mit Friseur, 22. mit Friseur, 23. mit Friseur, 24. mit Friseur, 25. mit Friseur, 26. mit Friseur, 27. mit Friseur, 28. mit Friseur, 29. mit Friseur, 30. mit Friseur, 31. mit Friseur, 32. mit Friseur, 33. mit Friseur, 34. mit Friseur, 35. mit Friseur, 36. mit Friseur, 37. mit Friseur, 38. mit Friseur, 39. mit Friseur, 40. mit Friseur, 41. mit Friseur, 42. mit Friseur, 43. mit Friseur, 44. mit Friseur, 45. mit Friseur, 46. mit Friseur, 47. mit Friseur, 48. mit Friseur, 49. mit Friseur, 50. mit Friseur, 51. mit Friseur, 52. mit Friseur, 53. mit Friseur, 54. mit Friseur, 55. mit Friseur, 56. mit Friseur, 57. mit Friseur, 58. mit Friseur, 59. mit Friseur, 60. mit Friseur, 61. mit Friseur, 62. mit Friseur, 63. mit Friseur, 64. mit Friseur, 65. mit Friseur, 66. mit Friseur, 67. mit Friseur, 68. mit Friseur, 69. mit Friseur, 70. mit Friseur, 71. mit Friseur, 72. mit Friseur, 73. mit Friseur, 74. mit Friseur, 75. mit Friseur, 76. mit Friseur, 77. mit Friseur, 78. mit Friseur, 79. mit Friseur, 80. mit Friseur, 81. mit Friseur, 82. mit Friseur, 83. mit Friseur, 84. mit Friseur, 85. mit Friseur, 86. mit Friseur, 87. mit Friseur, 88. mit Friseur, 89. mit Friseur, 90. mit Friseur, 91. mit Friseur, 92. mit Friseur, 93. mit Friseur, 94. mit Friseur, 95. mit Friseur, 96. mit Friseur, 97. mit Friseur, 98. mit Friseur, 99. mit Friseur, 100. mit Friseur, 101. mit Friseur, 102. mit Friseur, 103. mit Friseur, 104. mit Friseur, 105. mit Friseur, 106. mit Friseur, 107. mit Friseur, 108. mit Friseur, 109. mit Friseur, 110. mit Friseur, 111. mit Friseur, 112. mit Friseur, 113. mit Friseur, 114. mit Friseur, 115. mit Friseur, 116. mit Friseur, 117. mit Friseur, 118. mit Friseur, 119. mit Friseur, 120. mit Friseur, 121. mit Friseur, 122. mit Friseur, 123. mit Friseur, 124. mit Friseur, 125. mit Friseur, 126. mit Friseur, 127. mit Friseur, 128. mit Friseur, 129. mit Friseur, 130. mit Friseur, 131. mit Friseur, 132. mit Friseur, 133. mit Friseur, 134. mit Friseur, 135. mit Friseur, 136. mit Friseur, 137. mit Friseur, 138. mit Friseur, 139. mit Friseur, 140. mit Friseur, 141. mit Friseur, 142. mit Friseur, 143. mit Friseur, 144. mit Friseur, 145. mit Friseur, 146. mit Friseur, 147. mit Friseur, 148. mit Friseur, 149. mit Friseur, 150. mit Friseur, 151. mit Friseur, 152. mit Friseur, 153. mit Friseur, 154. mit Friseur, 155. mit Friseur, 156. mit Friseur, 157. mit Friseur, 158. mit Friseur, 159. mit Friseur, 160. mit Friseur, 161. mit Friseur, 162. mit Friseur, 163. mit Friseur, 164. mit Friseur, 165. mit Friseur, 166. mit Friseur, 167. mit Friseur, 168. mit Friseur, 169. mit Friseur, 170. mit Friseur, 171. mit Friseur, 172. mit Friseur, 173. mit Friseur, 174. mit Friseur, 175. mit Friseur, 176. mit Friseur, 177. mit Friseur, 178. mit Friseur, 179. mit Friseur, 180. mit Friseur, 181. mit Friseur, 182. mit Friseur, 183. mit Friseur, 184. mit Friseur, 185. mit Friseur, 186. mit Friseur, 187. mit Friseur, 188. mit Friseur, 189. mit Friseur, 190. mit Friseur, 191. mit Friseur, 192. mit Friseur, 193. mit Friseur, 194. mit Friseur, 195. mit Friseur, 196. mit Friseur, 197. mit Friseur, 198. mit Friseur, 199. mit Friseur, 200. mit Friseur, 201. mit Friseur, 202. mit Friseur, 203. mit Friseur, 204. mit Friseur, 205. mit Friseur, 206. mit Friseur, 207. mit Friseur, 208. mit Friseur, 209. mit Friseur, 210. mit Friseur, 211. mit Friseur, 212. mit Friseur, 213. mit Friseur, 214. mit Friseur, 215. mit Friseur, 216. mit Friseur, 217. mit Friseur, 218. mit Friseur, 219. mit Friseur, 220. mit Friseur, 221. mit Friseur, 222. mit Friseur, 223. mit Friseur, 224. mit Friseur, 225. mit Friseur, 226. mit Friseur, 227. mit Friseur, 228. mit Friseur, 229. mit Friseur, 230. mit Friseur, 231. mit Friseur, 232. mit Friseur, 233. mit Friseur, 234. mit Friseur, 235. mit Friseur, 236. mit Friseur, 237. mit Friseur, 238. mit Friseur, 239. mit Friseur, 240. mit Friseur, 241. mit Friseur, 242. mit Friseur, 243. mit Friseur, 244. mit Friseur, 245. mit Friseur, 246. mit Friseur, 247. mit Friseur, 248. mit Friseur, 249. mit Friseur, 250. mit Friseur, 251. mit Friseur, 252. mit Friseur, 253. mit Friseur, 254. mit Friseur, 255. mit Friseur, 256. mit Friseur, 257. mit Friseur, 258. mit Friseur, 259. mit Friseur, 260. mit Friseur, 261. mit Friseur, 262. mit Friseur, 263. mit Friseur, 264. mit Friseur, 265. mit Friseur, 266. mit Friseur, 267. mit Friseur, 268. mit Friseur, 269. mit Friseur, 270. mit Friseur, 271. mit Friseur, 272. mit Friseur, 273. mit Friseur, 274. mit Friseur, 275. mit Friseur, 276. mit Friseur, 277. mit Friseur, 278. mit Friseur, 279. mit Friseur, 280. mit Friseur, 281. mit Friseur, 282. mit Friseur, 283. mit Friseur, 284. mit Friseur, 285. mit Friseur, 286. mit Friseur, 287. mit Friseur, 288. mit Friseur, 289. mit Friseur, 290. mit Friseur, 291. mit Friseur, 292. mit Friseur, 293. mit Friseur, 294. mit Friseur, 295. mit Friseur, 296. mit Friseur, 297. mit Friseur, 298. mit Friseur, 299. mit Friseur, 300. mit Friseur, 301. mit Friseur, 302. mit Friseur, 303. mit Friseur, 304. mit Friseur, 305. mit Friseur, 306. mit Friseur, 307. mit Friseur, 308. mit Friseur, 309. mit Friseur, 310. mit Friseur, 311. mit Friseur, 312. mit Friseur, 313. mit Friseur, 314. mit Friseur, 315. mit Friseur, 316. mit Friseur, 317. mit Friseur, 318. mit Friseur, 319. mit Friseur, 320. mit Friseur, 321. mit Friseur, 322. mit Friseur, 323. mit Friseur, 324. mit Friseur, 325. mit Friseur, 326. mit Friseur, 327. mit Friseur, 328. mit Friseur, 329. mit Friseur, 330. mit Friseur, 331. mit Friseur, 332. mit Friseur, 333. mit Friseur, 334. mit Friseur, 335. mit Friseur, 336. mit Friseur, 337. mit Friseur, 338. mit Friseur, 339. mit Friseur, 340. mit Friseur, 341. mit Friseur, 342. mit Friseur, 343. mit Friseur, 344. mit Friseur, 345. mit Friseur, 346. mit Friseur, 347. mit Friseur, 348. mit Friseur, 349. mit Friseur, 350. mit Friseur, 351. mit Friseur, 352. mit Friseur, 353. mit Friseur, 354. mit Friseur, 355. mit Friseur, 356. mit Friseur, 357. mit Friseur, 358. mit Friseur, 359. mit Friseur, 360. mit Friseur, 361. mit Friseur, 362. mit Friseur, 363. mit Friseur, 364. mit Friseur, 365. mit Friseur, 366. mit Friseur, 367. mit Friseur, 368. mit Friseur, 369. mit Friseur, 370. mit Friseur, 371. mit Friseur, 372. mit Friseur, 373. mit Friseur, 374. mit Friseur, 375. mit Friseur, 376. mit Friseur, 377. mit Friseur, 378. mit Friseur, 379. mit Friseur, 380. mit Friseur, 381. mit Friseur, 382. mit Friseur, 383. mit Friseur, 384. mit Friseur, 385. mit Friseur, 386. mit Friseur, 387. mit Friseur, 388. mit Friseur, 389. mit Friseur, 390. mit Friseur, 391. mit Friseur, 392. mit Friseur, 393. mit Friseur, 394. mit Friseur, 395. mit Friseur, 396. mit Friseur, 397. mit Friseur, 398. mit Friseur, 399. mit Friseur, 400. mit Friseur, 401. mit Friseur, 402. mit Friseur, 403. mit Friseur, 404. mit Friseur, 405. mit Friseur, 406. mit Friseur, 407. mit Friseur, 408. mit Friseur, 409. mit Friseur, 410. mit Friseur, 411. mit Friseur, 412. mit Friseur, 413. mit Friseur, 414. mit Friseur, 415. mit Friseur, 416. mit Friseur, 417. mit Friseur, 418. mit Friseur, 419. mit Friseur, 420. mit Friseur, 421. mit Friseur, 422. mit Friseur, 423. mit Friseur, 424. mit Friseur, 425. mit Friseur, 426. mit Friseur, 427. mit Friseur, 428. mit Friseur, 429. mit Friseur, 430. mit Friseur, 431. mit Friseur, 432. mit Friseur, 433. mit Friseur, 434. mit Friseur, 435. mit Friseur, 436. mit Friseur, 437. mit Friseur, 438. mit Friseur, 439. mit Friseur, 440. mit Friseur, 441. mit Friseur, 442. mit Friseur, 443. mit Friseur, 444. mit Friseur, 445. mit Friseur, 446. mit Friseur, 447. mit Friseur, 448. mit Friseur, 449. mit Friseur, 450. mit Friseur, 451. mit Friseur, 452. mit Friseur, 453. mit Friseur, 454. mit Friseur, 455. mit Friseur, 456. mit Friseur, 457. mit Friseur, 458. mit Friseur, 459. mit Friseur, 460. mit Friseur, 461. mit Friseur, 462. mit Friseur, 463. mit Friseur, 464. mit Friseur, 465. mit Friseur, 466. mit Friseur, 467. mit Friseur, 468. mit Friseur, 469. mit Friseur, 470. mit Friseur, 471. mit Friseur, 472. mit Friseur, 473. mit Friseur, 474. mit Friseur, 475. mit Friseur, 476. mit Friseur, 477. mit Friseur, 478. mit Friseur, 479. mit Friseur, 480. mit Friseur, 481. mit Friseur, 482. mit Friseur, 483. mit Friseur, 484. mit Friseur, 485. mit Friseur, 486. mit Friseur, 487. mit Friseur, 488. mit Friseur, 489. mit Friseur, 490. mit Friseur, 491. mit Friseur, 492. mit Friseur, 493. mit Friseur, 494. mit Friseur, 495. mit Friseur, 496. mit Friseur, 497. mit Friseur, 498. mit Friseur, 499. mit Friseur, 500. mit Friseur, 501. mit Friseur, 502. mit Friseur, 503. mit Friseur, 504. mit Friseur, 505. mit Friseur, 506. mit Friseur, 507. mit Friseur, 508. mit Friseur, 509. mit Friseur, 510. mit Friseur, 511. mit Friseur, 512. mit Friseur, 513. mit Friseur, 514. mit Friseur, 515. mit Friseur, 516. mit Friseur, 517. mit Friseur, 518. mit Friseur, 519. mit Friseur, 520. mit Friseur, 521. mit Friseur, 522. mit Friseur, 523. mit Friseur, 524. mit Friseur, 525. mit Friseur, 526. mit Friseur, 527. mit Friseur, 528. mit Friseur, 529. mit Friseur, 530. mit Friseur, 531. mit Friseur, 532. mit Friseur, 533. mit Friseur, 534. mit Friseur, 535. mit Friseur, 536. mit Friseur, 537. mit Friseur, 538. mit Friseur, 539. mit Friseur, 540. mit Friseur, 541. mit Friseur, 542. mit Friseur, 543. mit Friseur, 544. mit Friseur, 545. mit Friseur, 546. mit Friseur, 547. mit Friseur, 548. mit Friseur, 549. mit Friseur, 550. mit Friseur, 551. mit Friseur, 552. mit Friseur, 553. mit Friseur, 554. mit Friseur, 555. mit Friseur, 556. mit Friseur, 557. mit Friseur, 558. mit Friseur, 559. mit Friseur, 560. mit Friseur, 561. mit Friseur, 562. mit Friseur, 563. mit Friseur, 564. mit Friseur, 565. mit Friseur, 566. mit Friseur, 567. mit Friseur, 568. mit Friseur, 569. mit Friseur, 570. mit Friseur, 571. mit Friseur, 572. mit Friseur, 573. mit Friseur, 574. mit Friseur, 575. mit Friseur, 576. mit Friseur, 577. mit Friseur, 578. mit Friseur, 579. mit Friseur, 580. mit Friseur, 581. mit Friseur, 582. mit Friseur, 583. mit Friseur, 584. mit Friseur, 585. mit Friseur, 586. mit Friseur, 587. mit Friseur, 588. mit Friseur, 589. mit Friseur, 590. mit Friseur, 591. mit Friseur, 592. mit Friseur, 593. mit Friseur, 594. mit Friseur, 595. mit Friseur, 596. mit Friseur, 597. mit Friseur, 598. mit Friseur, 599. mit Friseur, 600. mit Friseur, 601. mit Friseur, 602. mit Friseur, 603. mit Friseur, 604. mit Friseur, 605. mit Friseur, 606. mit Friseur, 607. mit Friseur, 608. mit Friseur, 609. mit Friseur, 610. mit Friseur, 611. mit Friseur, 612. mit Friseur, 613. mit Friseur, 614. mit Friseur, 615. mit Friseur, 616. mit Friseur, 617. mit Friseur, 618. mit Friseur, 619. mit Friseur, 620. mit Friseur, 621. mit Friseur, 622. mit Friseur, 623. mit Friseur, 624. mit Friseur, 625. mit Friseur, 626. mit Friseur, 627. mit Friseur, 628. mit Friseur, 629. mit Friseur, 630. mit Friseur, 631. mit Friseur, 632. mit Friseur, 633. mit Friseur, 634. mit Friseur, 635. mit Friseur, 636. mit Friseur, 637. mit Friseur, 638. mit Friseur, 639. mit Friseur, 640. mit Friseur, 641. mit Friseur, 642. mit Friseur, 643. mit Friseur, 644. mit Friseur, 645. mit Friseur, 646. mit Friseur, 647. mit Friseur, 648. mit Friseur, 649. mit Friseur, 650. mit Friseur, 651. mit Friseur, 652. mit Friseur, 653. mit Friseur, 654. mit Friseur, 655. mit Friseur, 656. mit Friseur, 657. mit Friseur, 658. mit Friseur, 659. mit Friseur, 660. mit Friseur, 661. mit Friseur, 662. mit Friseur, 663. mit Friseur, 664. mit Friseur, 665. mit Friseur, 666. mit Friseur, 667. mit Friseur, 668. mit Friseur, 669. mit Friseur, 670. mit Friseur, 671. mit Friseur, 672. mit Friseur, 673. mit Friseur, 674. mit Friseur, 675. mit Friseur, 676. mit Friseur, 677. mit Friseur, 678. mit Friseur, 679. mit Friseur, 680. mit Friseur, 681. mit Friseur, 682. mit Friseur, 683. mit Friseur, 684. mit Friseur, 685. mit Friseur, 686. mit Friseur, 687. mit Friseur, 688. mit Friseur, 689. mit Friseur, 690. mit Friseur, 691. mit Friseur, 692. mit Friseur, 693. mit Friseur, 694. mit Friseur, 695. mit Friseur, 696. mit Friseur, 697. mit Friseur, 698. mit Friseur, 699. mit Friseur, 700. mit Friseur, 701. mit Friseur, 702. mit Friseur, 703. mit Friseur, 704. mit Friseur, 705. mit Friseur, 706. mit Friseur, 707. mit Friseur, 708. mit Friseur, 709. mit Friseur, 710. mit Friseur, 711. mit Friseur, 712. mit Friseur, 713. mit Friseur, 714. mit Friseur, 715. mit Friseur, 716. mit Friseur, 717. mit Friseur, 718. mit Friseur, 719. mit Friseur, 720. mit Friseur, 721. mit Friseur, 722. mit Friseur, 723. mit Friseur, 724. mit Friseur, 725. mit Friseur, 726. mit Friseur, 727. mit Friseur, 728. mit Friseur, 729. mit Friseur, 730. mit Friseur, 731. mit Friseur, 732. mit Friseur, 733. mit Friseur, 734. mit Friseur, 735. mit Friseur, 736. mit Friseur, 737. mit Friseur, 738. mit Friseur, 739. mit Friseur, 740. mit Friseur, 741. mit Friseur, 742. mit Friseur, 743. mit Friseur, 744. mit Friseur, 745. mit Friseur, 746. mit Friseur, 747. mit Friseur, 748. mit Friseur, 749. mit Friseur, 750. mit Friseur, 751. mit Friseur, 752. mit Friseur, 753. mit Friseur, 754. mit Friseur, 755. mit Friseur, 756. mit Friseur, 757. mit Friseur, 758. mit Friseur, 759. mit Friseur, 760. mit Friseur, 761. mit Friseur, 762. mit Friseur, 763. mit Friseur, 764. mit Friseur, 765. mit Friseur, 766. mit Friseur, 767. mit Friseur, 768. mit Friseur, 769. mit Friseur, 770. mit Friseur, 771. mit Friseur, 772. mit Friseur, 773. mit Friseur, 774. mit Friseur, 775. mit Friseur, 776. mit Friseur, 777. mit Friseur, 778. mit Friseur, 779. mit Friseur, 780. mit Friseur, 781. mit Friseur, 782. mit Friseur, 783. mit Friseur, 784. mit Friseur, 785. mit Friseur, 786. mit Friseur, 787. mit Friseur, 788. mit Friseur, 789. mit Friseur, 790. mit Friseur, 791. mit Friseur, 792. mit Friseur, 793. mit Friseur, 794. mit Friseur, 795. mit Friseur, 796. mit Friseur, 797. mit Friseur, 798. mit Friseur, 799. mit Friseur, 800. mit Friseur, 801. mit Friseur, 802. mit Friseur, 803. mit Friseur, 804. mit Friseur, 805. mit Friseur, 806. mit Friseur, 807. mit Friseur, 808. mit Friseur, 809. mit Friseur, 810. mit Friseur, 811. mit Friseur, 812. mit Friseur, 813. mit Friseur, 814. mit Friseur, 815. mit Friseur, 816. mit Friseur, 817. mit Friseur, 818. mit Friseur, 819. mit Friseur, 820. mit Friseur, 821. mit Friseur, 822. mit Friseur, 823. mit Friseur, 824. mit Friseur, 825. mit Friseur, 826. mit Friseur, 827. mit Friseur, 828. mit Friseur, 829. mit Friseur, 830. mit Friseur, 831. mit Friseur, 832. mit Friseur, 833. mit Friseur, 834. mit Friseur, 835. mit Friseur, 836. mit Friseur, 837. mit Friseur, 838. mit Friseur, 839. mit Friseur, 840. mit Friseur, 841. mit Friseur, 842. mit Friseur, 843. mit Friseur, 844. mit Friseur, 845. mit Friseur, 846. mit Friseur, 847. mit Friseur, 848. mit Friseur, 849. mit Friseur, 850. mit Friseur, 851. mit Friseur, 852. mit Friseur, 853. mit Friseur, 854. mit Friseur, 855. mit Friseur, 856. mit Friseur, 857. mit Friseur, 858. mit Friseur, 859. mit Friseur, 860. mit Friseur, 861. mit Friseur, 862. mit Friseur, 863. mit Friseur, 864. mit Friseur, 865. mit Friseur, 866. mit Friseur, 867. mit Friseur, 868. mit Friseur, 869. mit Friseur, 870. mit Friseur, 871. mit Friseur, 872. mit Friseur, 873. mit Friseur, 874. mit Friseur, 875. mit Friseur, 876. mit Friseur, 877. mit Friseur, 878. mit Friseur, 879. mit Friseur, 880. mit Friseur, 881. mit Friseur, 882. mit Friseur, 883. mit Friseur, 884. mit Friseur, 885. mit Friseur, 886. mit Friseur, 887. mit Friseur, 888. mit Friseur, 889. mit Friseur, 890. mit Friseur, 891. mit Friseur, 892. mit Friseur, 893. mit Friseur, 894. mit Friseur, 895. mit Friseur, 896. mit Friseur, 897. mit Friseur, 898. mit Friseur, 899. mit Friseur, 900. mit Friseur, 901. mit Friseur, 902. mit Friseur, 903. mit Friseur, 904. mit Friseur, 905. mit Friseur, 906. mit Friseur, 907. mit Friseur, 908. mit Friseur, 909. mit Friseur, 910. mit Friseur, 911. mit Friseur, 912. mit Friseur, 913. mit Friseur, 914. mit Friseur, 915. mit Friseur, 916. mit Friseur, 917. mit Friseur, 918. mit Friseur, 919. mit Friseur, 920. mit Friseur, 921. mit Friseur, 922. mit Friseur, 923. mit Friseur, 924. mit Friseur, 925. mit Friseur, 926. mit Friseur, 927. mit Friseur, 928. mit Friseur, 929. mit Friseur, 930. mit Friseur, 931. mit Friseur, 932. mit Friseur, 933. mit Friseur, 934. mit Friseur, 935. mit Friseur, 936. mit Friseur, 937. mit Friseur, 938. mit Friseur, 939. mit Friseur, 940. mit Friseur, 941. mit Friseur, 942. mit Friseur, 943. mit Friseur, 944. mit Friseur, 945. mit Friseur, 946. mit Friseur, 947. mit Friseur, 948. mit Friseur, 949. mit Friseur, 950. mit Friseur, 951. mit Friseur, 952. mit Friseur, 953. mit Friseur, 954. mit Friseur, 955. mit Friseur, 956. mit Friseur, 957. mit Friseur, 958. mit Friseur, 959. mit Friseur, 960. mit Friseur, 961. mit Friseur, 962. mit Friseur, 963. mit Friseur, 964. mit Friseur, 965. mit Friseur, 966. mit Friseur, 967. mit Friseur, 968. mit Friseur, 969. mit Friseur, 970. mit Friseur, 971. mit Friseur, 972. mit Friseur, 973. mit Friseur, 974. mit Friseur, 975. mit Friseur, 976. mit Friseur, 977. mit Friseur, 978. mit Friseur, 979. mit Friseur, 980. mit Friseur, 981. mit Friseur, 982. mit Friseur, 983. mit Friseur, 984. mit Friseur, 985. mit Friseur, 986. mit Friseur, 987. mit Friseur, 988. mit Friseur, 989. mit Friseur, 990. mit Friseur, 991. mit Friseur, 992. mit Friseur, 993. mit Friseur, 994. mit Friseur, 995. mit Friseur, 996. mit Friseur, 997. mit Friseur, 998. mit Friseur, 999. mit Friseur, 1000. mit Friseur, 1001. mit Friseur, 1002. mit Friseur, 1003. mit Friseur, 1004. mit Friseur, 1005. mit Friseur, 1006. mit Friseur, 1007. mit Friseur, 1008. mit Friseur, 1009. mit Friseur, 1010. mit Friseur, 1011. mit Friseur, 1012. mit Friseur, 1013. mit Friseur, 1014. mit Friseur, 1015. mit Friseur, 1016. mit Friseur, 1017. mit Friseur, 1018. mit Friseur, 1019. mit Friseur, 1020. mit Friseur, 1021. mit Friseur, 1022. mit Friseur, 1023. mit Friseur, 1024. mit Friseur, 1025. mit Friseur, 1026. mit Friseur, 1027. mit Friseur, 1028. mit Friseur, 1029. mit Friseur, 1030. mit Friseur, 1031. mit Friseur, 1032. mit Friseur, 1033. mit Friseur, 1034. mit Friseur, 1035. mit Friseur, 1036. mit Friseur, 1037. mit Friseur, 1038. mit Friseur, 1039. mit Friseur, 1040. mit Friseur, 1041. mit Friseur, 1042. mit Friseur, 1043. mit Friseur, 1044. mit Friseur, 1045. mit Friseur, 1046. mit Friseur, 1047. mit Friseur, 1048. mit Friseur, 1049. mit Friseur, 1050. mit Friseur, 1051. mit Friseur, 1052. mit Friseur, 1053. mit Friseur, 1054. mit Friseur, 1055. mit Friseur, 1056. mit Friseur, 1057. mit Friseur, 1058. mit Friseur, 1059. mit Friseur, 1060. mit Friseur, 1061. mit Friseur, 1062. mit Friseur, 1063. mit Friseur, 1064. mit Friseur, 1065. mit Friseur, 1066. mit Friseur, 1067. mit Friseur, 1068. mit Friseur, 1069. mit Friseur, 1070. mit Friseur, 1071. mit Friseur, 1072. mit Friseur, 1073. mit Friseur, 1074. mit Friseur, 1075. mit Friseur, 1076. mit Friseur, 1077. mit Friseur, 1078. mit Friseur, 1079. mit Friseur, 1080. mit Friseur, 1081. mit Friseur, 1082. mit Friseur, 1083. mit Friseur, 1084. mit Friseur, 1085. mit Friseur, 1086. mit Friseur, 1087. mit Friseur,

Generalversammlung der Bergarbeiter.

SPD. Saarbrücken, 7. Juli.

Der dritte Verhandlungstag der Generalversammlung der Bergarbeiter nahm ein Referat Martimoellers über „Erwerbslosenversicherung und Arbeitsnachweis“ und ein solches von Schudy über den Bergarbeiterlohn entgegen. Martimoeller erklärte, daß die Gewerkschaften mit dem neuen Entwurf zur Erwerbslosenversicherung nicht einverstanden sein könnten. Grundtätlich stelle der Entwurf an Stelle der Fürsorge die reine Versicherung und schlechte die Landarbeiter und die Angestellten mit einem Gehalt von mehr als 2700 Mark und auch die Kurzarbeiter nicht ein. Ebenso fehle im Entwurf der Rechtsanspruch der Versicherten auf die Leistungen, und bedenklich sei bei der heutigen Verschlechterung im Wirtschaftsleben der Passus, der keine Unterstützung in dem Fall zahlen will, wenn die Arbeitslosigkeit auf Streik oder Aussperrung zurückzuführen ist. Mit der Beseitigung der Unterstützung nach einem bestimmten Verhältnis zum Lohn erklärte sich Martimoeller grundsätzlich einverstanden, verlangte aber die Herabsetzung der Höchstgrenze auf 80 Prozent. Von wesentlicher Bedeutung sei endlich die im Entwurf nicht geklärte Frage der Selbstverwaltung dieser sozialen Einrichtung. Gestützt auf § 161 der Reichsverfassung und gestützt auf die Erklärung müsse man verlangen, daß möglicherweise Einfluß der Versicherung auf die Verwaltung einer derartigen sozialen Einrichtung gegeben sei. Zum Schluß empfahl Martimoeller die Annahme einer besonderen Entschädigung, die vom Reich die Bereitstellung von Mitteln für die Länder zur Durchführung des vom Reichstag entworfenen Arbeitsprogramms auf dem Gebiete der Erwerbslosenfürsorge verlangt.

Das Referat Schudys über den Bergarbeiterlohn wurde unterstützt durch eine Entschließung des Hauptvorstandes, der dagegen protestierte, daß durch die Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 12. Mai 1925, wonach auf Grund des § 547 der Reichsverfassungsordnung eine Anzahl gewerblicher Berufskrankheiten der Unfallversicherung unterstellt worden sind, verschiedene Berufskrankheiten des Bergbaues vollständig übergegangen wurden. Der Hauptvorstand nennt vor allem zwei: Nistagmus (Nervenzittern) und Pneumonoconiosis (Lungenversteinerung). Die neuesten Forschungen haben geradezu erschreckende Krankheitsbilder für diese Berufskrankheiten der Bergleute sowohl bezüglich ihrer Verbreitung wie ihres Verlaufes ergeben, und die 25. Generalversammlung verlangt daher, daß diese Berufskrankheiten unter die oben genannte Verordnung gestellt werden und damit der Unfallgesetzgebung unterliegen.

Gewerkschaftsbewegung

Der große Verrat.

Dem Soz. Pressedienst wird aus London Anfang Juli geschrieben:

Der englische Premierminister Baldwin hat sich in ungehörigen Reden und Kundgebungen als der Mann des Friedens zwischen den Klassen proklamiert und in einer berühmten Rede, unter Anrufung der Bibel, berühmter Hymnenteile und Gebetsbuchstellen, den „Frieden in unserer Welt“ vom Himmel herabgeschickt. Bis tief in die Reihen der Arbeiterbewegung hatte ihn die Nation, wenn auch nicht die Fröhenheit, so doch den Willen zur Erfüllung solcher Heilsbotschaften angelockt; dies um so mehr, als Baldwin im ersten Jahre seiner Regierung unangenehme Proben seines Willens, soziale Konflikte zu vermeiden, erbracht hatte. Als der Generalstreik ausbrach, da war — wenigstens im bürgerlichen Lager — seine friedliche Gesinnung noch unangewackelt, und selbst unter Gewerkschaftlern nicht völlig erschüttert. Denn sonst wäre es nicht möglich gewesen, daß seine — in einer historischen Kabinetsrede während des Generalstreiks — abgegebene feierliche Versicherung, er werde Gerechtigkeit „zwischen Mensch und Mensch“ wahren, eine so wichtige Rolle für die folgenden Spielchen konnte, die über Fortsetzung oder Abbruch des Generalstreiks zu entscheiden hatten.

Damals, als der Generalrat, im Vertrauen darauf, daß Baldwin zu seinem Worte stehen werde, den Generalstreik abbrach, da ruhte eine ungeheure moralische Verantwortung auf seiner Schulter. Nunmehr mußte und konnte er zeigen, ob seine Appelle mehr waren als die Reithorik eines geschickten Politikers oder die Deklamationen eines gutmeinenden Mannes. Baldwin hat dies in ihn gesetzte Vertrauen auf eine ungeheuerliche Weise mißbraucht. Seine Haltung seit jenen denkwürdigen Tagen steht im schärfsten Widerspruch zu allem, was er verkündet hat, noch heute in seinen Reden zu verkünden wagt. Da war zunächst die gemeinsame Erklärung des Generalrats und Sir Herbert Samuels, des früheren Vorsitzenden der Kohlenkommission, die Passus, auf der sich der Generalrat zum Abbruch des Generalstreiks entschlossen hatte. Baldwin war durch Samuels Unterschrift nicht gebunden, aber er konnte durch nachträgliche „Honorierung“ der Unterschrift das ganze moralische Gewicht der Gewerkschaften bei einem Versuch, die Krise im Bergbau zu beenden, einsehen. Die Ablehnung dieser Passus durch die Bergarbeiter gab ihm den erwünschten Vorwand, das Samuelsche Memorandum völlig fallen zu lassen. Nun blieb ihm, wollte er wirklich den Frieden, nur ein Weg offen: der Weg zurück zum halbvergessenen, halbverleugerten Kohlenbericht selbst, den eine von seinem Vertrauen bestellte Kommission verfaßt und deren Veröffentlichung der Nation, infolge der Subsidierung der Industrie in der Zwischenzeit, rund 24 Millionen Pfund Sterling gekostet hatte. Der Kohlenbericht ist gewiß keine Lösung im Sinne der Arbeiterschaft. Er bietet nur halbe Maßregeln und keine Durchsicht erfordert bedeutende Opfer von Seiten der Bergarbeiter. Aber der Bericht stellt die Linie des kleinsten Widerstandes zwischen Unternehmer- und Arbeiterforderungen dar, er betrachtet die Unternehmer nicht als „Ia-ba“, er erspart den Arbeitern eine Reihe von Opfern, die ihnen die Unternehmer zugemutet hatten.

Hätte Baldwin sich, unmittelbar nach dem Abbruch des Generalstreiks, eindeutig und bestimmt auf den Boden des Kohlenberichts gestellt, hätte er die nötigen Gesetzesvorlagen im Unterhaus eingebracht, so hätten wir, das kann auf Grund einiger Kenntnisse der inneren Vorgänge der letzten Wochen gesagt werden, heute bereits Frieden im Bergbau. Statt dessen hat Baldwin den verhängnisvollen Schritt nach der Unternehmerrseite hin gemacht und damit seine moralische Stellung im Handumdrehen schwerer erschüttert als durch alles, was seine gesamte Regierung während zweier Jahre getan und nicht getan hat. Mit einem Bekenntnis zum Kohlenbericht auf den Lippen hat er die Resultate der Kommission auf die Seite geschoben und mit seinem „Hundert und agge“ für den Bergbau und Reorganisationsvorschläge, die den Bergbau nicht reorganisieren, sich völlig in die Arme der Unternehmer geworfen. Es soll hier nichts von der Unbrauchbarkeit des Reorganisationsgesetzes gesagt werden, das die Umformung des britischen Bergbaues den britischen Unternehmern überläßt, welche ihre Unfähigkeit zur Durchführung einer solchen Aufgabe zur Genüge bewiesen, noch von der wirtschaftlichen Unfähigkeit des „Hundert und agge“. Alle Nachteile, mit Ausnahme der reinen Interessen, sind sich darüber klar, daß eine einseitige Verlängerung der Arbeitszeit die Arbeit, unter denen der britische Bergbau heute leidet, nur noch steigern wird. Der Kohlenbericht hat sich deshalb auch in einer nicht zu überbietenden Schärfe und Eindeutigkeit gegen diese Maßregel ausgesprochen. Wären die Baldwin'schen Gesetzeswürfe also rein wirtschaftlich gesehen nichts, so haben sie, was die unmittelbare Beilegung des Konflikts im Bergbau selbst anbelangt, geradezu das Gegenteil der ansehend erwarteten Wirkung hervorgerufen. Der jäh Kampf, den die Arbeiterpartei während der vergangenen Woche im Unterhaus gegen das „Hundert und agge“ geführt hat, mußte der Regierung und der Nation zeigen, daß es hierin für die Arbeiterklasse kein Partieren und keinen Kompromiß geben kann.

Auf Baldwin's, des Premiers, politische Existenz mag freilich dieses Gesetz entscheidendere Wirkungen haben als auf die Bergbaufrage. Es hat den Mythos Baldwin zertrümmert, jenes erhabene Bild der Weisheit und Unparteilichkeit, dem selbst ein Teil der Linken zum Opfer gefallen war. Hier lagen die stärksten Wurzeln seiner Kraft, seine Stärke wohl im eigenen Lager, gegenüber den widerspenstigen Elementen der Rechten, als gegenüber der Opposition. Dies Mythos ist gefallen und hinter dem Pathos seiner Betsprüche wird der Vertreter einer Klasse sichtbar, so wie oft genug hinter dem erhabenen Kreuz des überseeischen Missionars das Exportinteresse des heimischen Kaufmanns. Indem Baldwin die Bergarbeiter verriet, ist er nur seiner Klasse getreu geblieben.

Diese Mitteilungen des Londoner Korrespondenten des Pressedienstes sind sicher bezeichnend für das Schindluderstück, das Baldwin mit den englischen Arbeitern getrieben hat. Sie sind aber nicht weniger bezeichnend für die englischen Arbeiterführer, deren Vertrauensseligkeit (um nicht mehr zu sagen) Baldwin dieses Spiel

erst möglich gemacht hat. Sie haben eine gewisse Loyalität bei Regierung und Behörden aus Tradition vorausgesetzt. Die Regierung Baldwin hat aber bewiesen, daß diese Tradition auch im dem traditionellen Lande der bürgerlichen Demokratie nichts mehr gilt, sobald gewichtige kapitalistische Interessen dieser Tradition widerstreben. Ob eine solche Entwicklung nicht von den englischen Arbeiterführern vorausgesehen werden mußte, ist eine Frage, die die englischen Arbeiter an sie zu stellen haben.

London, 7. Juli. Die Bergarbeiter der englischen Grafschaft Dorset beschloßen einstimmig, die Arbeit unter den Bedingungen der Arbeitgeber nicht wieder aufzunehmen.

Der Hafenstreik in Antwerpen.

SPD. Im Antwerpener Hafenstreik ist kein Fortschritt im Sinne einer Beilegung zu verzeichnen. Die Unternehmer machten zwar Vorschläge für eine Lohnregelung, die aber hinter den Forderungen der Arbeiter weit zurückblieben und bei der Abstimmung mit 6105 gegen 43 Stimmen abgelehnt wurden. Der Kampf dauert also fort, der Hafen liegt völlig still.

Gerichtssaal

Reichsgericht.

Splionageprozeß. Vor dem 4. Strafsenat des Reichsgerichts hatten sich am Dienstag unter Ausschluss der Öffentlichkeit der 28 Jahre alte Kaufmann Wilson Sobedi aus Berlin, der 24 Jahre alte Tiefbauunternehmer Walter Tinter aus Gelmig und der 22 Jahre alte Hans Waida aus Beuthen wegen Verrats militärischer Geheimnisse und Spionage zu verantworten. Die Angeklagten werden beschuldigt, in den Jahren 1925 und 1926 in Beuthen und anderen Orten wichtige im Interesse der Landesverteidigung geheimzuhaltende Zeichnungen und Schriftstücke dem polnischen Nachrichtendienst ausgehändigt zu haben. Die Polen hatten zu diesem Zweck ein eigenes Bureau in Kattowik eingerichtet und die Angeklagten als Agenten und Werber gegen gute Bezahlung angenommen. Nach 12 1/2tägiger Verhandlung wurde folgendes Urteil gefällt: Die Angeklagten werden wegen Spionage verurteilt, und zwar Sobedi zu zwei Jahren einem Monat Justizhaus und fünf Jahren Ehrenreueverluft; den beiden anderen Angeklagten billigte der Senat mitbedernde Umstände zu. Sie wurden zu je einem Jahr Gefängnis verurteilt. Die bei ihnen gefundenen Gelder werden beschlagnahmt. Außerdem haben die Angeklagten die Kosten des Verfahrens zu tragen.

Mord. Außergewöhnliche Gründe veranlaßten eine Frau und ihren Liebhaber zum Mord. In der Nähe Ansbachs wohnte der Installateur Karl Klump mit seiner Ehefrau Babette. Da die Frau unter ungewöhnlichem Geschlechtstriebe litt, duldete der Mann den geschlechtlichen Verkehr seines Weibes mit dem Mechaniker Hans Arnold. Trotz dieser Toleranz fühlte die beiden Liebenden eine solche Neigung zueinander, daß ihnen der Ehemann im Wege schien. Sie schloßen deshalb gemeinschaftlich den Entschluß, ihn zu beseitigen. Um einen vorgetäuschten Selbstmord glaubhafter zu machen, streuten sie bereits im Herbst 1925 das Gerücht aus, Karl Klump trage sich mit Selbstmordabsichten. Am 7. Februar 1926 sollte die Tat ausgeführt werden. Die Frau nahm einen Strick mit ins Bett, um ihren Mann damit zu erlösen. Als er schlief, hielt sie ihm eine starke Essenz zur Betäubung unter die Nase. Statt aber ohnmächtig zu werden, erwacht der Bedrohte. Mit einer Ausrede vermochte ihn seine Frau zu beruhigen. In der Nacht vom 15. zum 16. Februar 1926 verdeckte die Frau wieder einen Strick in ihrem Bett, ließ aber heimlich zur Unterstützung ihren Liebhaber in die Wohnung. Während die Frau ihren schlafenden Mann erlösen wollte, erwachte er. Da diesmal die Situation unabweidung war, wachte sich der Mann, dabei um Hilfe rufend. Nun sprang der Komplize hinzu, zog einen bereitgehaltenen Revolver und schoß blindlings 6 Schüsse auf das im Bett liegende Opfer ab. Klump starb am nächsten Tage und das Schwurgericht Ansbach verurteilte Arnold und die Witwer Klump wegen gemeinschaftlichen Mordes zum Tode. Die gegen das Urteil eingelegte Revision machte geltend, daß die Schüsse keinesfalls mit Überlegung abgegeben sein könnten. Der erste Strafsenat des Reichsgerichts verwarf aber die Revision und bestätigte damit die beiden Todesurteile.

Unsere 12 Fenster sagen Ihnen Alles!

Fillialen in Leipzig:
Königsplatz 7
Brühl 5
Reichsstr. 22
Crustr. 1 Ecke Täubchenweg
Kolonnadenstraße 32

Unser

SAISON-AUSVERKAUF

Hier einige Beispiele

dauert fort

Der Erfolg desselben ist ein Beweis unserer wirklich billigen Preise!

Rindleder-Sandalen

Vacheleder-Brandsohle und Kappe, durchgenäht
23/26 27/30 31/35 36/41 42/46
1.95 2.45 2.90 3.90 4.75

Flexible Sandalen

einmal gedoppelt
18/22 23/26 27/30 31/35 36/41 42/46
2.35 2.95 3.25 3.45 4.45 5.45
zweimal gedoppelt
2.75 3.25 4.25 5.00 6.00 7.25

Haus-, Lasting-, Turnschuhe und Turnschlüpfer, Arbeits- und Schafftiefel

zu noch nie dagewesenen Preisen seit Kriegsende!

Dirndl-Hausschuhe

Stoff, div. Muster, schöne Farben Gr. 36/42 **95.-**

Leder-Niedertreter

braun, solide Ausführung Gr. 36/42 **2.95**
Gr. 42/46 **3.45**

Leinen-Spangenschuhe

moderne Form, geschwollt, Absatz div. Farben Fabrikat „Bata Slin“ **4.75**
Billig! GröÙe 36/42 **Billig!**

Kindertiefel

Rindbox, schwarz u. braun, kräftig durchgenähten Boden, GröÙe 23/26 **2.95**
Fabelhaft billig!

Gelegenheitsangebot!

Ein Posten Herrenstiefel mit Lackbesatz, amerikanisches Fabrikat, Rahmenarbeit, alle GröÙen **7.90**

Braune Spangenschuhe I, II und Modespange, geschw. Absatz Gr. 36/42 **6.45**

Lack-Spangenschuhe I und II Spange, amerik. Absatz Gr. 36/42 **6.90**

Herren-Halbschuhe schwarz, mod. Form weiß gedopp. schöner StraÙenschuh Gr. 40/46 **7.90**

Ein Posten Kindertiefel braun und schwarz, für Knaben und Mädchen Gr. 31/35 **4.85**

Herren-Halbschuhe braun, weiß, gedoppelt, beste Verarbeitung Gr. 40/46 **9.85**

Herren-Stiefel Rindbox, schwarz breite u. spitze Form, kräftig, durchgen. Boden, alle GröÙen **8.90**

Einzelpaare für Kinder, Damen und Herren schwarz und braun **zu Schleuderpreisen!!**

MANNA farblos nur a. l. hält die farbigen Schuhe rein Nr. 75

Zum Saisonschluß!

Ein Posten blonde Spangenschuhe und Pumps Serie III II I **11.75**
15.75 13.75

Zentrale:

Schuhwarenhaus

Zweigniederlassung:

LEIPZIG
Windmühlenstraße 31
Hof - Hintergebäude

HÖNIGSBERG

HALLE a. S.
Große Ullrichstraße 54
Geiststraße 9

Telephon 23616 und 28296

Das Verbrechen des Amtsgerichtsrats.

Freispruch von der Beihilfe zum Mordversuch.

R. In Breslau fand am Dienstag ein Prozeß seinen Abschluß, der mehr als eine Woche lang die gesamte Öffentlichkeit Breslaus in Atem gehalten hat und dessen Bedeutung weit über die Grenzen der sächsischen Halbmilionsstadt hinausreicht.

Die 30jährige Geliebte des Amtsgerichtsrats, Rodenstock, hatte am 21. Mai 1924 auf seine andere 30jährige Geliebte Hesse die Revolver abgedrückt und ihre drei Wunden zugefügt, von denen sie erst nach fünfwöchiger Krankenhausbehandlung genas.

Die Hesse gab sich aber mit dem Ausgang nicht zufrieden. Als Nebenklägerin legte sie gegen den Gerichtsschluß Beschwerde ein und hatte damit Erfolg.

die gelistete und sittliche Welt eines Richters

tiefe Einblicke tun. Was man hier zu sehen bekam, war schlimm genug.

Als Sohn eines Kaufmanns in Neutombach im Jahre 1878 geboren, war Josephsen nach Beendigung seines Studiums in Breg als Amts- und Landrichter beschäftigt. Als junger Student erkrankte er an Syphilis, die ebenso, wie die im Krieg erworbene Juckreizkrankheit, sein Nervensystem stark in Mitleidenhaft zog.

Im Jahre 1921 wurde Josephsen nach Breslau versetzt. Die Rodenstock blieb zurück. Sie war bald hier, bald dort in Anwaltsbureau beschäftigt, nirgends hielt sie es lange aus.

Die Verhältnisse waren dem Amtsgerichtsrat über den Kopf gewachsen.

Im Jahre 1920 lernte er auf der Straße in Oppeln die Hesse kennen. Sie schien ihm gesellschaftsfähig. Daß sie im Alter von 19 Jahren drei Jahre lang in Berlin unter Sittenkontrolle gestanden hatte, erzählte sie ihm nicht.

Zwei Jahre später aber kam sie wieder und forderte das Geld. Es wurde ein Vertrag geschlossen, mit dessen Erfüllung es haperte. Die Hesse strengte einen Zivilprozeß an.

Die Hesse wieder war ihm mit anderen Männern untreu, er wußte es und behielt sie als Geliebte.

Die Rodenstock und die Hesse waren aufeinander eifersüchtig. Die letztere war allmählich ganz zusammengebrochen. Ihre Verwandten hatten sich von ihr losgelöst, ihre Stellung hatte sie auf-

gegeben. Sie hungerte, schlief mitunter auf Bahnhöfen und Treppen, besitzte den Amtsgerichtsrat nach wie vor mit Liebesbezeugungen, bekam in seiner Wohnung hysterische Anfälle, drohte mit Selbstmord, verlangte, daß er sie heirate, drohte ihn zu töten. Er mißhandelte sie, weil er von ihr nicht loskam. Aus dem gleichen Grunde mißhandelte er auch die Hesse. Die Gelddifferezenzen mit ihr führten zu stürmischen Szenen, zu Raufereien selbst auf der Straße.

Der Angeklagte erklärte, daß er im Gegenteil die Rodenstock von ihrem Vorhaben abgehalten habe. Er habe ihr gesagt, er käme dabei nur vom Regen in die Traufe. Die Anklage nahm aber an, daß er gehofft habe, die Rodenstock werde nach der Tat auch sich das Leben nehmen. Dann wäre er beide los. Der Staatsanwalt beantragte deshalb wegen Beihilfe zum versuchten Mord 1 Jahr drei Monate Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust.

III. Breslau, den 6. Juli.

Amtsgerichtsrat Josephsen wurde heute nachmittag nach siebenstündiger Verhandlung von der Anklage der Anstiftung zum versuchten Mord vom Breslauer Schwurgericht freigesprochen.

Sächsische Angelegenheiten Politische Hanswurstladen.

Im Landtage stand am Mittwoch die zweite Lesung des kommunistischen Antrages auf der Tagesordnung, in dem verlangt wurde, der Landtag solle seinen Beschluß auf Genehmigung der Verhaftung des Kommunisten Böttcher und Genehmigung des Strafverfahrens gegen Böttcher wieder aufheben.

Eine politische Hanswurstlade vollbrachte aber auch der Kommunist Renner, der den kommunistischen Antrag am Mittwoch begründete. Renner hatte den Auftrag, die Landtagmehrheit davon zu überzeugen, daß die genehmigte Verhaftung und Strafverfolgung Böttchers aus politischen Gründen rückgängig gemacht werden müßte.

Wir haben die politische Einsicht der Kommunisten nie hoch eingeschätzt, aber was sich Renner mit seiner Rede leistete, mußte den Verdacht erwecken, daß dieser Rede auch die Absicht zugrunde lag, Böttcher aus der sächsischen Politik fernzuhalten.

Renner hat seinen Zweck auch erreicht! Zwar erklärte Franz für die Dreilundwanzig, sie würden trotz der Rede Renners für den kommunistischen Antrag stimmen, bei der Abstimmung fehlten aber von den Dreilundwanzig die Abgeordneten Sembor, Schmalz, Häsel, Berger, Müller-Dresden, und Eva Böttcher; Heß und Kühn stimmten gegen die Kommunisten, so daß der kommunistische Antrag mit 48 gegen 39 Stimmen abgelehnt wurde.

Antrag trotz Heß und Kühn angenommen worden, wenn die genannten Abgeordneten an der Abstimmung teilgenommen und für die kommunistischen Anträge gestimmt hätten.

So ist also Renner schuld an der Aufrechterhaltung des Beschlusses, der die Strafverfolgung und Verhaftung Böttchers auspricht. Das ist der Fühler der Kommunisten im sächsischen Landtage!

Selbst wenn man annehmen wollte, daß die sechs fehlenden Abgeordneten der Dreilundwanzig auch ohne Renners Rede nicht für den kommunistischen Antrag gestimmt hätten, bleibt die Tatsache bestehen, daß Renners Hanswurstlade ein bequemer Vorwand für diese Dreilundwanziger war.

Zwar haben auch die Demokraten eine klägliche Rolle bei der Sache gespielt. Sie erklärten, weil die Kommunisten nicht bindend versprochen haben, daß Böttcher sich zur Strafverfolgung stellen würde, müßten sie gegen den kommunistischen Antrag stimmen. Das war jämmerlich! Ist sächsisch-demokratisch! Aber das entlastet Renner nicht im geringsten.

Eine andre politische Hanswurstlade leistete sich der Kommunist Dieberach in ungewolltem Zusammenwirken mit dem Präsidenten. Bei der Abstimmung über die Beiträge zur Henschel'schen Musiksammlung, die für Leipzig angekauft werden soll, zweifelte Dieberach die Beschlußfähigkeit des Hauses an. Sofort schnappte der Landtagspräsident Winkler ein, indem er erklärte: "Wir werden die Beschlußfähigkeit durch Namensaufruf feststellen lassen."

Mit seinen Leitern führt die kommunistische Arbeiterfront in Dresden: "Die Linken für die Militarisierung der Polizei", trotzdem diese Genossen sich mit aller Schärfe gegen die militaristische Organisation und gegen den militaristischen Geist der Polizei gewendet haben. Unter anderem behauptet das Kommunistenblatt, unsere Genossen hätten abgelehnt, den Innen- ebenso wie den Außendienst der Polizei mit 100 Proz., also voll in Anrechnung zu bringen.

Die Beispiele zeigen, daß sich die Kommunisten im sächsischen Landtage bis auf den heutigen Tag trenn gelieben sind. Die Lüge ist ihr politisches Prinzip, politische Hanswurstladen sind ihre "revolutionären" Methoden. Das nennt sich nun Vertretung des Massenbewußten Proletariats, während es doch in Wirklichkeit nichts anderes ist als politische Kinderstube.

Das Hochverratsverfahren gegen Zeigner eingeleitet.

Gegen den Genossen Dr. Zeigner wurde bekanntlich wegen der von ihm im Jahre 1923 gemachten Enthüllungen über das Bestehen der "Schwarzen Reichswehr" ein Hochverratsverfahren eingeleitet. Seit über ein Jahr hörte die Öffentlichkeit nichts über den Sachstand der eingeleiteten Untersuchung. Jetzt kommt nun die Kunde, daß das gegen den Genossen Zeigner eingeleitete Verfahren eingeleitet sei, und zwar auf Grund des Amnestiegesetzes. Damit wird dokumentiert, daß die Richter beim Reichsgericht den Taterdacht des Hochverrats immer noch als gegeben erachten, obwohl Zeigner lediglich Tatsachen aus sprach, die schon im Jahre 1923 die Spalten von den Dächern pflögen. Interessant ist aber weiter, daß das Amnestiegesetz, das vor knapp einem Jahre erlassen wurde, jetzt auch schon auf Zeigner angewandt wird. Die Reichsanwaltschaft benötigte die geraume Zeit von 10 Monaten, um zu dem weissen Spruch zu kommen, daß neben Ehrhardt und vielen anderen reichsgerichtlich amnestierten, Putschisten nun endlich der Zeignersche "Hochverrat" zu amnestieren sei. Die Kosten wurden der Reichskasse auferlegt.

Das sächsische Defizit.

Die Haushaltsausschlüsse A und B beschlossen in gemeinsamer Sitzung, die Einnahmen der allgemeinen Rentenverwaltung als neuen Titel aus dem beweglichen Staatsovermögen 30,25 Millionen Mark zur Deckung des zu erwartenden Fehlbetrags einzustellen. Im einzelnen ergaben sich u. a. folgende Mehreinstellungen:

- 1.500.000 RM. Mehrbedarf zur Erhöhung des Ortszuschlags (Wohnungsgeldzuschusses) auf 100 v. H. der Reichshöhe, 23.400.000 RM. für die Werkslostenfürsorge, 1.440.485 RM. für die Gerichte, 1.75.825 RM. Mehrbedarf für die Technische Hochschule, 123.500 RM. für die Erneuerungsarbeiten am Zwinger in Dresden, 1.100.000 RM. für Verbesserung der Auftragsverhältnisse der Beamten.

Die Ehrlichkeit des Sächsischen Philologenvereins.

Der Vorstand des Sächsischen Lehrervereins hat der Arbeitsgemeinschaft sächsischer Lehrerverbände seinen Austritt aus der Arbeitsgemeinschaft mitgeteilt, weil er sich außerstande erklärt, noch länger mit dem Sächsischen Philologenverein zusammenzuarbeiten. Der Sächsischen Philologenverein ist die federführende Organisation in der Arbeitsgemeinschaft. Der Vorstand des Sächsischen Lehrervereins erhebt nun gegen den Philologenverein den Vorwurf, er habe unter seiner neuen Leitung der Arbeitsgemeinschaft entgegen gearbeitet. Die neue Leitung des Philologenvereins nahm aber auch den Kampf gegen die Lehrerbildung auf und führte ihn in



Konsumverein L. Blagwitz u. Umg.

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht - Abteilung Großfleischerei

In 25 Spezial-Fleischwaren-Verteilungsstellen:

billigen Hammelfleisch wird fortgesetzt per Pfund 1.05

Neu! Erstklassige Delikateß-Sülze In neuer Zusammensetzung per Pfund 1.20 Neu!

Alle Wurstsorten in bester Qualität zu niedrigsten Preisen

Jeden Mittwoch: Frische Blut- und Leberwurst mit Wurstsuppe, Portion 28 Pfg.

Achtung! schinken nach westfälischer Art, wunderbar zart und wohlschmeckend (gar. Winterware) 55 Pfg. Achtung!

einer Weise, die mit Ehrlichkeit nichts mehr zu tun hat. Der Vorstand des Sächsischen Lehrervereins schreibt dazu: „Vor Ostern wurde vom Sächsischen Philosophenverein eine Umfrage veranstaltet, angeblich um lediglich festzustellen, wieviel Abiturienten der höheren Schule sich an den pädagogischen Instituten dem Studium als Volksschullehrer zuwenden. Die Auswertung, die diese Umfrage erfuhr, spricht indes nicht dafür, daß es sich nur um eine Orientierung handelte. So wußten die Leipziger Neuesten Nachrichten alsbald das Ergebnis dieser Umfrage zu melden, daß Ostern 1926 nur 38, Ostern 1927 gar nur 27 Reislinge den Weg der neuen Lehrerbildung gehen würden. In Wirklichkeit lagen Ostern 1926 bei den pädagogischen Instituten in Dresden und Leipzig bereits vor Semesterbeginn rund 100 Anmeldungen vor.“

Der Kampf des Philosophenvereins gegen die Lehrerbildung ist der Kampf einer Standesgruppe um den Broterwerb, den sie durch die Vertiefung der Volksschullehrerbildung bedroht sieht. In diesem Kampfe scheint den Philosophen auch die Aufstellung unwahrer Behauptungen Recht zu sein. Keine Volkserzieher!

Schwere Unwetter.

Aus der Gegend von Bischofswerda und Kamenz kommt die Meldung, daß eine furchtbare Unwetterkatastrophe diese Gegend heimgesucht hat. An der Staatsstraße Thonberg-Rebelschütz entwurzelte eine Windstöße, die teilweise von Hagelschlag begleitet war, unzählige starke Obstbäume und bestre in wenigen Sekunden verschiedene Dächer ab. Außerordentlich hoch ist auch der auf den Feldern entstandene Schaden. Auch in dem bei Bischofswerda gelegenen Dorfe Burlau wurden auf Straßen und Fluren sowie an Gebäuden gewaltige Verwüstungen durch die Regenmassen angerichtet. Viel Kleinvieh ist in den Fluten umgekommen. Große Flächen Feld stehen unter Wasser. Die Bahnhofsanlagen von Demitz-Thumitz, einer Station an der Strecke Dresden-Göritz, wurden ebenfalls unter Wasser gesetzt.

Innenminister Müller ist bis Ende des Monats Juli beurlaubt, damit er sich von den Anstrengungen der letzten Vollzeitsbesitz im Landtage erholen kann. Müller wird während seines Urlaubs vom Ministerpräsidenten vertreten.

Auch die Schulkreislager gegen das Schulüberleistungsgesetz. Der Landesverband Sachsen des Bundes Entschledder Schulkreislager hat in einer längeren Entschledder zum Schulüberleistungsgesetz Stellung genommen; er wendet sich gegen die Unterstellung des Berufsschulwesens unter das Wirtschaftsministerium.

Chemnitz. Tödlich verbrüht. Eine in der Neustadt wohnende Geheißschiffersfrau nahm ihr 1 1/2-jähriges Kind im Kinderwagen mit in das Bad. Das Kind stand in dem Wagen, verlor das Gleichgewicht und fiel in eine mit kochendem Wasser gefüllte Wanne. Die Verbrühung war so schwer, daß das Kind im Krankenhaus gestorben ist.

Oberschöna. Furchtbarer Tod. Einem schweren Unfall fiel der Gutsherrlicher Weber zum Opier. Er fiel mit dem Kopfe auf die Kreisfläche und erlitt gräßliche Verletzungen. Der Kopf wurde ihm bis zur Nase und zur Mitte des Hinterkopfes durchschlägt.

Geyer. Nach dem Genuß von Rattengift gestorben. Die Kinder des Arbeiters Wehner hatten von ausgelegtem Rattengift gegessen und erkrankten unter schweren Vergiftungserscheinungen. Trotz alsbaldiger ärztlicher Hilfe ist das eine Kind, ein 4 Jahre altes Mädchen, bereits gestorben.

Aus der Umgebung

Steinwurf nach einem Zuge.

Der Lokführer verwundet.

Am 6. Juli ist der D-Zug 187, der 8,43 Uhr vorm. in Halle abgefahren war, zwischen Wahren und Wittenberg bei Kilometerstein 15,03 mit Steinen beworfen worden. Ein hünenreicher Stein, der höchstwahrscheinlich von der zur Fahrtrichtung rechten Seite der hohen Böschung zum Zuge entgegengerollt zu sein scheint, zertrümmerte ein Fenster an der elektrischen Lokomotive und traf den Lokomotivführer so heftig an die Stirn, daß ihm augenblicklich das Blut über das Gesicht strömte und er infolgedessen gezwungen war, den Zug zum Halten zu bringen. Erst nachdem er sich hatte verbinden lassen, konnte er die Führung des Zuges bis Leipzig wieder übernehmen. Er mußte sich jedoch in Leipzig sofort in ärztliche Behandlung begeben, und war nicht in der Lage, seinen Dienst weiter zu versehen. — Die Stelle, an der der Zug beworfen worden ist, liegt tiefer als das Gelände rechts und links der Gleise, in deren Nähe eine größere Anzahl Streckenarbeiter arbeitete und zur Seite getreten war, als dieser Zug und ein zur selben Zeit in gleicher Richtung nach Halle zu fahrender Güterzug auf dem Nebengleis vorüberfuhr. Die beiden Vordarbeiter der Arbeiterkolonnen sahen bei dem mit etwa 78 Kilometer vorüberfahrenden D-Zug, daß der Lokomotivführer blutig im Gesicht war, es muß deshalb angenommen werden, daß die Verletzung kurz zuvor eingetreten war. Unter den Streckenarbeitern ist der Täter nicht zu finden, da die Tat sonst unbedingt hätte bemerkt werden müssen. Das Kriminalamt bittet alle diejenigen, die irgendwelche Angaben zur Sache zu machen vermögen, sich bei ihm zu melden.

Engelsdorf. Es ist gelungen, das bekannte Filmwerk „Panzerkreuzer Potemkin“ vom Freitag, dem 9., bis mit Montag, dem 13. Juli, auch im hiesigen Lichtspielhaus zur Vorführung zu bringen. Wir empfehlen einem jeden Einwohner, sich diesen Kulturfilm anzusehen. Für die Vorführungen am Sonnabend, dem 10., und Montag, dem 12. Juli, sind beim Genossen Geisler, Hauptstraße 6, sowie durch die bekannten Genossen Vorzugskarten zum Preise von 50 Pf. erhältlich.

Stahmeln. Die am 3. Juli stattgefundenen Jubiläumsspiele des hiesigen sozialdemokratischen Ortsvereins nahen einen würdigen Verlauf. Nachdem Genosse Fichte die Glückwünsche des Unterbezirksvorstandes überbracht hatte, wechselten Regitationen, Gesang, Musik und turnerische Darbietungen einander ab. In einer längeren

Ansprache zeichnete Genosse Willeke-Leipzig die Entwicklung der Arbeiterbewegung im Leipziger Bezirk auf. Dabei besonders die örtlichen Verhältnisse beleuchtend. Er begrüßte die anwesenden Gründer des Vereins, sowie alle über 25 Jahre tätigen Parteigenossen. In seinem Schlußwort ermahnte der Redner die Jugend, sich ein Beispiel an den älteren Genossen zu nehmen und am weiteren Ausbau der Organisation mitzuwirken.

Zöbinger. Gemeindevorordnetenversammlung. Es ist beabsichtigt, eine Spar- und Girokassenvereinigung in der Gemeinde einzurichten. Die hierfür nötigen Verhandlungen werden mit der Stadt Zwenkau bzw. Gemeinde Gaußsch eingeleitet. Die aufgestellte Hausordnung für das Grundstück Gemeindegarten wird angenommen. Zu einem aufgestellten Straßenregulativ in der Gemeinde wird die Zustimmung erteilt. In einer Wohnungsbeschlagnahmefache wird die ausgesprochene Beschlagnahme zurückgezogen, da der statige lundene Bergleier vor dem Wohnungsrichtersamt annehmbar ist. — Die Hundesteuer für 1928 wird wie folgt festgesetzt: 1. Hund 9 Mk., 2. Hund 50 Mk., 3. Hund 100 Mk. und jeder weiterer Hund 50 Mk. mehr jährlich. — Die Baugesuche von 2 Siedlern werden unter den üblichen Bedingungen bewilligt. Es erfolgt weiter Bericht über die stattgefundenen Beschlagnahme der Siedlung durch den Herrn Bezirkswohnungsamtskommissar und den Vertreter der Amtshauptmannschaft.

Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

Spiele, Sport, Körperpflege

Vom Wiener Turnfest.

Am Mittwochvormittag wurden auf dem Festplatz des Internationalen Arbeiterportfestes auf einem besonders hergerichteten Podium die Konturrennen in Zweier- und Einer-Kunstreifen ausgetragen. Sieger wurden im Zweier-Kunstreifen Gebirger Leonhard-Offenbach a. M. mit 88 Punkten vor den Brüdern Swoboda-Wien mit 80 Punkten. Die Leistung der Deutschen war eine überragende, daher auch ihr überlegenes Spiel. Auch im Einer-Kunstreifen Deutschland den Sieg davon. Paul Leonhard-Offenbach siegte überlegen mit 81 Punkten vor Dominik Swoboda-Wien mit 67 Punkten. Das Publikum nahm lebhaften Anteil an den Darbietungen und überschüttete die Teilnehmer mit reichem Beifall. Am Vormittag fand auch das 50-Kilometer-Strassenrennen nach Schwedat statt. Sieger wurde Käl-Wien in 1:26:43. Der Sachse Ebensteiner, der anfangs Erster war, blieb im Verlauf des Rennens zurück. Friedrich-Offenbach wurde Zweiter.

Das Handballfreundschaftsspiel zwischen Ostdeutschland und Wien brachte den Wienern mit 9:2 einen überlegenen Erfolg. Die aus Spielern der Städte Dresden und Gising bestehende deutsche Mannschaft fand sich nicht recht zusammen, besonders die Hintermannschaft war sehr schwach.

Im Wiener Parteihaus tagte am Mittwochvormittag der Arbeiter-Samariterbund. Begrüßungsansprachen hielten dabei der Internationale Sportsekretär Vrbouze, Dr. Deutsch für die Republik Österreich, Professor Landler für die Gemeinde Wien, der Jugendsekretär Heinz für die Jugendorganisationen. Der Vorsitzende des deutschen Samariterbundes, Kreisführer, erstattete den Bericht über die Tätigkeit des Bundes, der 37 000 Mitglieder zählt.

Am Nachmittag zog eine ungeheure Masse von Kindern in einem Festzug vom Praterstern unter Begleitung von fünf Musikkapellen, einer Fahnen- und einer Trommler- und Pfeifenkompanie inmitten eines dichten und jubelnden Spalters durch den Prater. Alle die Tausende von Kindern hatten kleine rote Fahnen, die die Arbeiterzeitung, das sozialdemokratische Parteiorgan, gespendet hatte. Die Buben trugen kurze weiße Höschen mit roten Schärpen, die Mädchen blaue Röcke mit roten Schärpen. In geschlossenen Reihen marschierten die Kinder, mit roten Ketten geschmückt, über eine Stunde lang durch die Hauptallee des Praters zur Trabrennbahn, wo sich ein großes Kinderkutschturnen anbot.

Am Abend fand im Rahmen des Internationalen Arbeiter-Turn- und Sportfestes ein gewaltiger Fackelzug durch die Straßen Wiens statt, wobei Reichstagspräsident Löbe und Nationalrat Dr. Deutsch auf dem Helmsplatz Ansprachen hielten.

Erste Internationale Arbeiter-Samariterkonferenz. Die Arbeiter-Samariterverbände Deutschland, Finnland, Frankreich, Österreich, Polen, Schweiz und Tschechoslowakei hatten vom 4.—11. Juli d. J. in Wien die Erste Internationale Arbeiter-Samariterkonferenz ab. Es stehen die Arbeit und die Aufgaben der Arbeiter-Samariterverbände auf der Tagesordnung. Der Deutsche Arbeiter-Samariterbund zählt zur Zeit 40 000 Mitglieder. Die ihm angeschlossenen Verbände haben bereits eigene Wohlfahrtsvereine und sind auf dem besten Wege, sich weiter zu entwickeln, um für die Interessen der arbeitenden als auch der allgemeinen Bevölkerung einzutreten.

Vereinsturn- und Sportwartel. Nachfolgende Vereine haben trotz Kollis im Bez.-Mitgl.-Blatt 12 keine Kampfrichter gemeldet. Wenn bis 10. Juli keine Meldung an den Obmann erfolgt, haben die Wettkämpfer keine Startberechtigung. Kampfrichter für Leichtathletik müssen stellen: Altamtst. 1, Götz Leipzig 4, Eisenburg 2, Götz 4, U.S.C. Grimma 2, Fr. Tischl. Grimma 2, Großschöder 1, Kleinjocher 2, Lindenhal 1, Leuch 1, Marktleeberg 1, Marxtraße 2, L.-Ost 3, Wegau A.T.V. 1, Schönefeld T.V. 1, Stahmeln 1, Tauscha 1, V.f.L. Südost 5, Vormärts Süd 2, Wahren 4, Wahren Früh auf 4.

11. Juli, früh 7 Uhr, Kampfrichter-Sitzung. 8 Uhr, Beginn der Vorkämpfe in L.-Kleinjocher. Alles muß erscheinen. Vereinsleiter! Alle Bandmäße (möglichst Stahl), Stoppuhren, Stadiolme sind fürs Bezirksfest am Sonnabend, dem 10. Juli, nachm. 1/2 Uhr, gegen Quittung im Vereinshaus Kleinjocher (Baronwiese-Schloßweg) abzugeben.

Der Sportausflug für den Bezirk. Bei den internationalen leichtathletischen Wettkämpfen in Riga lief Weiz-Deutschland die 400 Meter in 52,5, Wagner die 1500 Meter in 4:14,9, Wilma Dittmar, die 100 Meter in 12,6. Den Speck warf Dr. Wein-Lettlar 26,36 Meter.

Von Nah und Fern

Einsturzkatastrophe.

Berlin, 8. Juli.

Wie der Berliner Lokalanzeiger aus Augsburg meldet, suchten am Mittwoch nachmittags in Bernstein am Walde etwa 40 Personen, Männer, Frauen und Kinder, vor einem Gewitterregen Schutz und suchten sich in eine leerstehende Turnhalle. Infolge eines Blitzschlages stürzte die Giebelmauer der Turnhalle ein und begrub die Schutzsuchenden unter sich. 14 Personen wurden durch herabstürzende Mauersteine schwer verletzt.

Witinger in Amerika.

Aus New York wird gemeldet: Bei Speke im Staate Washington wurde ein Felsblock mit einer Kantenlänge gefunden, die der norwegische Professor Opsjon entziffert hat. Die Inschrift besagt, daß dort vor etwa 1000 Jahren eine kleine Gruppe Wittinger gelandet sei und einen schweren Kampf mit Indianern zu bestehen hatte. Der Zugang zu dem Grabe, in dem die Gefallenen bestattet wurden, ist noch sichtbar. Auf der Tafel ist auch noch eine früher unternommene Wittinger-Expedition erwähnt.

Erdbeben auf Sumatra.

U. Amsterdam, 7. Juli.

Die Katastrophe auf Sumatra scheint mit dem vorhergehenden Erdbeben, das Padang zerstörte, noch nicht beendet zu sein. Die Meldungen von Todesopfern aus anderen Orten nehmen zu. In Sumatra sind 874 Häuser eingestürzt. Der Schaden wird auf ungefähr 2,5 Millionen Gulden geschätzt. Das Erdbeben, begleitet von unterirdischen Geräuschen, dauert auch weiter an. Der Vulkan Merapi ist von neuem ausgebrochen; er ist 2992 Meter hoch und bis ungefähr 1600 Meter bewohnt. Der letzte große Ausbruch des Vulkans ereignete sich im Jahre 1845.

Erdbeben in Steiermark.

Graz, 6. Juli. Bericht aus Mürzzuschlag hat ein heute vormittag verzeichnetes Erdbeben beträchtlichen Schaden an den Häusern angerichtet. Die Erdstöße waren unheimlich heftig und von explosionsartigem Getöse begleitet. Raum ein Gebäude blieb verschont. In den meisten Häusern entstanden große Risse an den Wänden und Decken. Die aufgeregte Bevölkerung eilte ins Freie und getraute sich erst nach Stunden wieder in die Wohnungen zurückzukehren.

Wolkenbrüche in Japan.

New York, 7. Juli. Nach einer Associated Press-Meldung aus Tokio wurde Westjapan von schweren Wolkenbrüchen heimgesucht. 30 Personen sind ertrunken. Ungefähr 4500 Häuser sind zerstört worden.

Mexiko vom Hochwasser bedroht.

Mexiko, 7. Juli. Die immer weiter ansteigenden Wassermassen drohen eine Flutkatastrophe über die Stadt Mexiko an. Im Umkreis von 15 km sind die Eisenbahnschienen unter Wasser. Man befürchtet den Ausbruch einer Hungersnot, wenn es nicht gelingt, rasch größere Mengen von Lebensmitteln nach der Stadt zu bringen. Die Ernte auf der mexikanischen Hochebene ist vollkommen vernichtet. Man schätzt den Schaden auf 10—15 Millionen Pesos.

Die Kölner Weinorgie.

Berlin, 7. Juli. Zu den Vorfällen, die sich bei dem Zerschellen des Weinschiffes in Köln zutragen, berichtet das Kölner Polizeipräsidium: Entgegen anders lautenden Meldungen beträgt die Zahl der Toten nur drei. Die Todesursache ist auf Alkoholvergiftung zurückzuführen.

Rundfunkprogramm

Leipzig.

Freitag, den 6. Juli. Wirtschaftsrundfunk: 10 Uhr: Wirtschaftsnachrichten: Woll- und Baumwollpreise; amerik. Metallmeldungen des Vorabends. 2,45 Uhr: Baumwoll-, Landwirtschaft, Berliner Devisen, 3,25 Uhr: Berliner Devisen amtlich, Berliner Produktionsberichte amtlich. 5,15 Uhr: Gesellschaftliche Mitteilungen fürs Haus bzw. Verkehrsrundfunk. 6 Uhr: Wirtschaftsnachrichten: Wiederholung von 2,45 und 3,25 Uhr und die laufenden Produktionsberichte, Berliner Butter, Berliner Metalle amtlich, Berliner Schrot. 6,20 Uhr: Fortsetzung für Baumwolle, Londoner Metalle amtlich und Landwirtschaft. Rundfunk für Unterhaltung und Belehrung: 10,05 Uhr: Verkehrsrundfunk und Wetterdienst. 10,15 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11,45 Uhr: Wetterdienst und -Vorauslage. 12 Uhr: Mittagsumkle. 12,55 Uhr: Neuerer Zeitungen. 1,15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 3—4 Uhr: Drahtübertragung aus Berlin (Deutsche Welle). Pädagogischer Rundfunk des Zentralinstituts. 3 Uhr: C. M. Assler und Fr. van Esperen: Spanisch für Anfänger. 3,35 Uhr: Prof. Dr. Armbrüster: „Wienensucht und Tierpsychologie.“ 4,20—5,15 und 5,30—6 Uhr: Nachmittagskonzert des Tanzorchesters Carl Meusdorf. Leitung: F. J. Kengel. Dazwischen 5,15—5,30 Uhr: Hauswirtschaftlicher Vortrag: Ueber Einmachen, gehalten von Otto Raubnith. 6,30—7 Uhr: Vespereben aus den Feuerstimmungen aus dem Wäldermarkt. 7—7,30 Uhr: Vortrag: Oberbürgermeister a. D. Moesler-Freilberg i. Sa.: „Der Weg zum häuslichen Glück.“ 7,30—8 Uhr: Vortrag von Weimar aus: M. Dehler, Archivar des Reichs-Archivs: „Das Lebenswerk der Schwester Klara zum 80. Geburtstag.“ 8,15 Uhr: Weimar: Romantische Musik. Mitwirkende: Elisabeth Bergmann-Reich (Sopran), Dr. Ernst Lahtz (Klavier), Konzertmeister Eduard Kofe (Cello), Kammermusiker Otto Braun (Viola). Anschließend (etwa 9,30 Uhr): Pressebericht und Sportfunk. 10 Uhr: Weimar: Funfbreit. Mitwirkende: Marie von Spinger, Fritz Stauffert, das Thüringer Waldhornquartett, Mitglieder der Staatskapelle Weimar: Gustav Seidel, Hermann Kühnstedt, Hermann Haas, Otto Stange.

Volkschau Leipzig

Spezialgericht: Heute: Geb. Kalbbrust mit Gemüse 1.00 Morgen: Kalbbrust mit Knödeln 1.20

KLEINER ANZEIGER

Stellenangebote

Selbst Brunnenbauer für große Schachtbrunnen sof. gesucht. Agwa, Leipzig, Thomaskirchhof 20. Flotte saub. Frauen zum Bestäuben ausfragen, ev. m. Kundenschaft, im Westen sof. sucht. Off. und Zet. Weingartenstr. 31. Volksgelung.

Verkäufe

Stützen vert. Rurprinzstr. 22.

Tapeten
jetzt teilweise 50 Proz. herabgesetzt
Wachstuche
jetzt □ von 1,80 Mk. an
Linoleum
Teppiche Läufer
10.— Mk. an 2.— Mk. an
Reisenauswahl.
Bernh. Nestler, Eisenbahnstr. 99
an der Elisabethstraße.

Abonnenten berücksichtigen bei Euxen Einkäufen die Interessen der Leipziger Volksgelung.

Wett-Bezug . . 5 00
Wett-Anleit. 10 00
Barchentbettuch 1 00
Dwandede 4 00
Herrenhemd 1 40
Wuffeln Nr. 0.60
Hand. Kehlstr. 23. I.

Auf Kredit
Schlafzimmer
Räden
mit 5 Mark Abzahlung
Scherbel
Rathausstr. 20

Schlafzimmer
Küchen, Flurgarderob.,
Spiegel, Auszugtisch
verkaufte Winter,
Turner, Tischler
u. Möbelhandlung
Kleiderschränke 58.—,
Küchen, Betten, Chais,
Schreibtisch Möbelwerk,
Plagw., Schmiedestr. 7

Verkauf zu
Ausnahme-Preisen!
Auf reguläre Preise
10% Rabatt!
Otto Buchmann Peters-
straße 36

Gehr. Nähmaschine, gut näh., verk. Moth., Frankfurter Straße 22
Gehr. Nähmasch., Schube, Ritterstr. 4.
Herron- u. Dam.-Rad verk. Förster, Stadtwartenstr. 10, II.
Schöner Kinderwagen mit Maträtze bill. z. v. Gohl., Platnerstr. 3, pt. I.

Bettstelle m. Matr., Holz-Rindevbett aut erb., bill. s. v. B. Radw. Neub. Feinrichtl., 49, III. z.

Kaufgesuche

Alte Räder auch defekt, kauft Preis Baumgärtner, Dr. Fietzbergstr. 22

Vermietungen

Schlafstelle an solb. Perron u. v. Schönefeld, Leoftr. 13, III. I.



Für unsere Frauen

Beilage zur Leipziger Volkszeitung vom 8. Juli 1926



Zur Frage des künstlichen Abortus.

Die Haltung der reichsdeutschen und die der österreichischen Sozialdemokratie.

Von Therese Schiesinger, Wien.

Der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion des deutschen Reichstags, die Strafparagrafen gegen die künstliche Unterbrechung der Schwangerschaft aufzuheben, ist, obwohl er von der Mehrheit abgelehnt wurde, auch für die österreichische Sozialdemokratie sehr wichtig und muß sie ermutigen, in der gleichen Sache auch einen Vorstoß zu unternehmen. Die sozialdemokratische Fraktion des österreichischen Nationalrates hat zwar schon vor einigen Jahren einen Initiativ-Antrag eingebracht, der dahin geht, den Paragrafen 144 des österreichischen Strafgesetzes, welcher ungefähr dem Paragrafen 218 des reichsdeutschen Strafgesetzes entspricht, wesentlich zu mildern und Straflosigkeit in solchen Fällen zu fordern, in welchen die Operation nach vorher eingeholter obrigkeitlicher Bewilligung von dazu berufenen Ärzten vorgenommen wurde. Diese Bewilligung soll erteilt werden müssen, wenn die medizinische, soziale oder eugenetische Indikation festgestellt werden kann.

Der sozialdemokratische Gesetzentwurf wurde dem Justizauschuß des Nationalrates zugewiesen. Dort lag bereits ein anderer Antrag der Sozialdemokraten, welcher eine Reform des Ehegesetzes und insbesondere die Einführung der obligatorischen Zivilehe fordert. Keine der beiden Gesetzesvorlagen ist aber leider zur Verhandlung gelangt. Der christlich-sozialistische Vorstoß des Justizauschusses hat sich immer wieder verzögert, die Anträge unserer Fraktion, die längst an die Reihe gekommen wären, auf die Tagesordnung zu stellen, unter dem Vorwand, daß andere, von den bürgerlichen Parteien gestellte Anträge dringender der Erledigung bedürften. Schließlich erklärten unsere Vertreter im Justizauschuß, es nicht mehr zuzulassen zu können, daß später eingebrachte Gesetzentwürfe vor den beiden sozialdemokratischen verhandelt würden, wodurch aber nichts anderes erreicht würde, als daß der Justizauschuß sich mehr als einem Jahre überhaupt nicht mehr zu arbeiten vermag, so dringend auch die Erledigung mancher Anträge, die ihm zugewiesen sind, der bürgerlichen Mehrheit erscheinen. Diese hat nun schon mehr als einmal den Ausweg beschritten, ihre eigenen Anträge, die vor den Justizauschuß gehören, nicht diesem zuweisen, sondern durch das Plenum eine spezielle Kommission einsetzen zu lassen. Eine davon ist der berühmte Mietenauschuß, den durch Obstruktion arbeitsunfähig zu machen dessen sozialdemokratische Mitglieder sich immer wieder gezwungen sehen.

Als unsere Fraktion den Kampf gegen den Paragrafen 144 des österreichischen Strafgesetzes aufnahm, hoffte sie, durch Mäßigung ihrer Forderung wenigstens einen Fortschritt auf jenem Gebiete anzubahnen. Sehr bald aber sollte es sich zeigen, daß der Widerstand der Mehrheit gegen diese mächtigen Forderungen genau so unbeflegbar ist, als er gewesen wäre, wenn unsere Fraktion die vollständige Tilgung jenes schmachvollen Strafparagrafen gefordert hätte. Jedem sie aber nur dessen Milderung anstrebte, gelang es ihm selber eine grundsätzliche Berechtigung zu, welche dieser veralteten und grausamen Strafbestimmung keineswegs bedürftig.

Als vor mehr als 120 Jahren der österreichische Absolutismus jenes draconische Gesetz gegen den künstlichen Abortus erließ, konnte dieses in den damaligen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen, wenn auch keine Rechtfertigung, so doch immerhin eine Erklärung finden. Der Individualismus stand damals in seiner ersten Blüte und darum mußte sowohl den Kapitalisten, die nach Ausfüllung des Arbeitsmarktes, als dem Staate, der nach Vermehrung seines Rekrutenkontingentes verlangte, ein reiches Anwachsen der Geburtenzahl als umso notwendiger erscheinen, als damals weder die ärztliche Kunst, noch die öffentliche Fürsorge weit genug vorgeschritten waren, um der großen Sterblichkeit, insbesondere der ungeheuren Kindersterblichkeit, zu begegnen. Es mußten damals mindestens 4 bis 5 mal so viele Kinder geboren werden, als heranwachsen konnten, wenn es künftig nicht an Arbeitskräften und Soldaten fehlen sollte. Eine Behinderung der proletarischen Geburtenzahl durch den Präventivverkehr hatte die Gesellschaft noch lange nicht zu fürchten, war dieser doch selbst den Besitzenden und Gebildeten noch unbekannt. Eine solche Gefahr konnte sie nur in der künstlichen Unterbrechung der Schwangerschaft erblicken und ihr suchte sie durch den Paragrafen 144 zu begegnen. Er hat sich als vollkommen unwirksam erwiesen. Heute wird die Volksermehrung durch den Präventivverkehr in unendlich höherem Maße beschränkt als durch den künstlichen Abortus. Aber auch um diesen zu verhindern, sind die gegen ihn gerichteten Strafandrohungen ganz ungeeignet. Aus vielen Tausenden von solchen Gesetzesverletzungen kann die Justiz immer nur ganz vereinzelte Fälle herausgreifen und bestrafen, wobei sie ausschließlich Angehörige der besitzlosen Volksschichten trifft und dadurch zu einer so unerschütterlichen und schamlosen Klassenjustiz wird, wie sie das Proletariat nicht dulden darf. Sowohl auf diese Tatsache als auch darauf, daß die Bestrafung des künstlichen Abortus nicht nur zwecklos und ungerecht, sondern auch dadurch schadenbringend ist, weil sie die besitzlosen Frauen, die ihre Schwangerschaft unterbrechen wollen, daran hindert, die Hilfe von Ärzten in Anspruch zu nehmen und sie zwingt, sich an Pflücker zu wenden, haben ja die Redner und Rednerinnen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in unwiderleglicher Weise hingewiesen.

So groß aber auch die grundsätzliche Bedeutung des ursprünglichen von unseren Genossen im Reichstag eingebrachten und von der Mehrheit abgelehnten Antrages ist, so scheint es mir doch, daß auch ihm noch etwas anhaftet, das als ein Akt von Willkür und des bürgerlichen Standpunktes in der Abtreibungsfrage gedeutet werden könnte.

Wenn ich es mir erlaube, darauf hinzuweisen, so hoffe ich durch die Tatsache rechtfertigt zu sein, daß sich die österreichische Sozialdemokratie in absehbarer Zeit neuerlich mit dieser Frage wird zu beschäftigen haben, und zwar diesmal nicht durch Einbringung einer Gesetzesvorlage, sondern gelegentlich der in Aussicht genommenen Revision unseres Parteiprogrammes. Hier, wo wir nicht gezwungen sein werden, tatsächliche Erwägungen vorzunehmen, sondern es sich vielmehr darum handeln wird, uns selber über die Stellung klar zu werden, die wir zu den Fragen zu nehmen haben, die erst im Laufe der letzten Jahrzehnte aktuell geworden sind, wird es auch notwendig sein, die Geburtenregelung und den künstlichen Abortus prinzipiell zu behandeln. Darum ist es für uns Österreicher überaus wichtig, zu wissen, ob die Stellung, welche die reichsdeutschen Genossen in dieser Sache eingenommen haben, für uns durchaus maßgebend sein kann, oder ob wir bei unserer prinzipiellen Stellungnahme noch um einen Schritt über den Antrag der Reichstagsfraktion hinausgehen haben. Diese hat gefordert, daß die künstliche Unterbrechung der Schwangerschaft strafflos bleiben soll, falls sie von einem Arzt in den ersten drei Monaten der Schwangerschaft vorgenommen wird. So notwendig es aber auch ist, auf diesem Gebiete das Pflückerum unerlässlich zu bekämpfen, so er-

scheint mir doch jede gegen die Schwangeren gerichtete Strafandrohung für verfehlt und unberechtigt.

Sobald die Frau, die einen Abortus an sich vornehmen läßt, keine Strafe mehr zu befürchten haben wird, werden wohl nur sehr wenige schwangere Proletarierinnen (wohlhabende Schwangere werden ja niemals von Strafmaßnahmen erfaßt werden) so unvernünftig sein, sich statt an ihren Kassenarzt oder Armenarzt, der ihre unentgeltliche Aufnahme in ein Krankenhaus zu bewirken hätte, lieber an einen Pflücker zu wenden, den sie zum Ueberflus noch bezahlen müßte. Gäbe es aber vereinzelte, derart unvernünftige Frauen, so müßte doch der Gesellschaft das Recht abgesprochen werden, diese dafür zu bestrafen, daß sie ihre Gesundheit und ihr Leben überflüssigen Gefahren aussetzen.

Es dürfte wohl in der ganzen modernen Strafrechtsgesetzgebung keine Analogie dafür zu finden sein, daß jemand wegen Gefährdung seiner eigenen Gesundheit und seines eigenen Lebens mit Strafe bedroht wird. Bis zum Wahnsinn übertriebene Sportleistungen, Akrobatikstücke und 40-tägiges Schauhüngern sind gewiß für Gesundheit und Leben nicht weniger gefährlich, als die von einer Hebamme vorgenommene Unterbrechung der Schwangerschaft. Dennoch denkt man ebensowenig daran, einen infolge von Reichstun abgestürzten Touristen oder einen durch Dauerlaufen oder Hungertänze tuberkulos gewordenen in den Kerker zu schicken, als man etwa daran dachte, jemanden zu bestrafen, der infolge von übermäßigem Alkoholgenuß einen Schlaganfall erlitten hat. Man begnügt sich damit, Leute, die ihre Gesundheit und ihr Leben nicht in Acht zu nehmen wissen, nach Möglichkeit zu belehren, geistig und moralisch zu beeinflussen. Für strafbar dagegen erscheint uns nur, wer Gesundheit und Leben eines anderen Menschen fahrlässig oder absichtlich gefährdet oder schädigt. Ueber den eigenen Leib frei verfügen zu dürfen, erscheint uns als ein unentbehrliches Recht der Persönlichkeit. Daraus folgt aber, daß nur der Pflücker bestraft werden darf, der eine Fruchtbarkeitsregelung vorgenommen hat, nicht aber die Schwangere, an welcher sie vorgenommen wurde. Diese für die Gefährdung ihrer eigenen Gesundheit zu bestrafen, heißt allen Frauen die freie Verfügung über ihren eigenen Leib verweigern und sie dadurch zu Menschenkindern des Reiches herabwürdigend. Das aber kann die Sozialdemokratie unmöglich wollen.

Die Frauen und der Roman.

Warum lesen Frauen so gern Romane? Warum gehen sie allen praktischen Tagesfragen, warum gehen sie der Politik und allen Fragen des öffentlichen Lebens so gern aus dem Wege? Das ist nicht schwer zu beantworten. Mehr als den Männern liegt den Frauen das Gefühlsmäßige; das Gemüt beeinflusst ihr Denken viel stärker als der kühl rechnende, nüchternere Verstand. Dem von der Natur für den Mutterberuf bestimmten Weibe hat diese Natur zugleich eine Fülle von Gefühlstrüben mit auf den Weg gegeben. Ist sie auch dem Weibe die Sehnsucht nach Lebensglück eingepreßt. Aber eine jahrtausend währende Männerherrschaft hat zugleich unzählige Schranken errichtet, die den Weg zur eigenen Schicksalsgestaltung verstopfen. Nur durch den Mann, nur unter seiner sicheren Führung sollte dieses Glück erreichbar sein. Der Mann ist der Prinz, der das Dorntöschchen aus dem Schlafe zum Himmel der Glückseligkeit erwecken wird. Auf diese Gedanken war und ist noch heute, bis tief in das Proletariat hinein, die Erziehung des Mädchens aufgebaut. „Der Mann muß hinaus ins feindliche Leben, das Mädchen bleibt im Hause und wartet...“

Aber das bürgerliche Dorntöschchen erwachte häufig nur zu einem langweiligen Stauern, ohne eigenes Erleben. Wieviel größer ist die Enttäuschung in der proletarischen Ehe, wenn zur Pflichtarbeit in jämmerlicher Hauswirtschaft sich noch unausgesetzt Entbehrungen gesellen! Der träumende Himmel köstlicher Seligkeit überleuchtet sich nicht. Finsternen Schicksalswolken, alle Zukunftsaussicht ist dicht verhängt.

In Sorgen zermüht, niedergedrückt von nie endenwollender doppelter Arbeitsqual, ohne Sonnenblick, ohne Hoffnung, gequält, gereizt, hoffnungslos im Stöße gekniet, das ist der Ehemann der proletarischen Frau. Nur wenigen Frauen ist der Mann zum Lebensbegleiter beschieden, der ihnen die Augen öffnet und ihnen den einzigen Weg aus dem sozialen Elend weist. Nur wenigen Frauen wird der zerschmetterte Glaube an das eigene Lebensglück die Kraft gelassen haben, ein neues Menschensideal auszubauen.

Aber bei den anderen ist die Sehnsucht durchaus nicht ganz erloschen. Zwar hat die Wirklichkeit alle ihre Badischträume zertrümmert und in den Staub getreten. Dem von Hunger, Überarbeit, Sorgen und Kindergebären verblühten Proletarierweibe winkt im Leben kein neues Lebensglück. Sie muß froh sein, wenn das harte Leben in dem Manne nicht auch noch die Achtung vor der Frau vernichtet hat. Aber in ihr siedert es in stillen Stunden so heiß wie einst; in ihr verlangt es immer noch sehnsüchtig nach Liebe und Schönheit.

Da greift sie zum Roman. Dort findet sie in den Erzählungen der Märkte und Romane von Eifersucht oder wohl gar der Courtisane-Mähler das erträumte Liebesglück in den glühendsten Farben. Nun gibt sie sich dem wahren Leben völlig abgekehrt, nur noch dem Traum zu leben hin. Sie liebt, wie der Badisch im Roman, den Baron, den reichen Adligen. Dort schwebt sie ungestört in dem fabelhaften Reichtum und Luxus, in dem Glanz der Würdenträgerprinzessin. Das ist ihre Welt, aus der sie sich nicht mehr herauslösen lassen will. Sie erkaufte ihr Elend im Kauf der Schundromankollektion, wie der vom proletarischen Jammer niedergedrückte Mann sich im Alkohol berauscht. Je mehr sich die arme Proletarierfrau im Roman- oder Kinoelend berauscht, um so unfähiger wird sie für den wirklichen Kampf ums Dasein. Ihr fehlt das kritische Denkfähigkeit, um das Verlogene dieser Romankollektion zu erkennen; ihr fehlt die sittliche Kraft, um sich gegen das unausgesagte Verlogene zur Wehre zu setzen. Ihr fehlt die Erkenntnis, daß die Weltgeschichte auf die Arbeiterklasse wartet, auch auf die Frauen, um das Ungenügende der kapitalistischen Wirtschaftsoverflutung zu zertrümmern und das nicht minder Schlimme der bürgerlichen Elitenbesetzung hinwegzufegen. Der Anfang zu der ersten Aufgabe ist schon vorbereitend gemacht; bei der zweiten jedoch stehen wir noch tief im Mittelalter. Einem Leiber noch viel zu großen Teil sonst ausgeschlachteter Kämpfer im Klassenkampf fehlt noch der erste Anfang zu der Erkenntnis, daß wir in unserem Handeln und Denken über das Verhältnis von Mann und Frau noch vollkommen abhängig vom Bürgerium, ja sogar wir ruhig vom Spießbürgerium sind.

Hier wartet der Frau eine ungemessene dankbare Aufgabe. Weltweit wird die Bestrafung aus dieser zweiten bürgerlichen Anschuldigung ohne die tätige Mitarbeit der Frauen überhaupt nicht möglich sein, denn ihr Leib, ihre Ehre, ihr Lebensglück kann erst erschert werden, wenn auch auf fernstem Gebiet der letzte bürgerliche Gesellschaftsschnitt befeuchtet worden ist. Adolf Dornik (Weigen).

Was muß die Frau von der Normung wissen?

Die Normung wird für viele Gegenstände des Haushalts sehr bald eine große Bedeutung gewinnen, so daß es für jede Hausfrau von Nutzen ist, jetzt schon darüber klar zu werden, was „Normung“ bedeutet und welchen Zweck sie erfüllen soll.

Normung heißt Vereinheitlichung der Ausführung, und zwar soll diese Vereinheitlichung nur auf solche Gebrauchsgegenstände angewendet werden, wo ein Zusammenpassen, also eine Austauschbarkeit notwendig ist.

Zur Erläuterung seien einige Beispiele angeführt: so gehören zu einem Einwegglas drei Teile, das Glas, der Deckel und der Gummiring, die natürlich zueinander passen müssen. Der Ring wird aber mit der Zeit unbrauchbar, und allzulebt geht ein Deckel in Scherben, und es gilt nun Ersatz zu beschaffen. Wie oft kommt es da aber vor, daß man sehr lange suchen muß, bis man den passenden Ersatz findet, oder wenn man doch hat, erhält man in dem Laden die Auskunft: „Dieses System führen wir nicht mehr“ oder „Tut mir leid, aber diese Ausführung wird nicht mehr hergestellt.“ Die Folge solcher Verhältnisse ist, daß sich in manchem Haushalt eine Batterie von Gläsern vorfindet, die aus den unterschiedlichen Gründen für ihren eigentlichen Zweck nicht mehr verwendbar sind.

Die Tatsache aber, daß für die meisten im Handel befindlichen Einweggläser oft nur verschiedene, und dennoch gegenläufig nicht austauschbare Ringe notwendig sind, erklärt sich aus dem Bestreben der Fabrikanten, möglichst viele „Spezialgrößen“ herzustellen, damit bei Ersatzbeschaffung die Verbraucher gezwungen sind, immer wieder von derselben Firma zu kaufen; dies bedeutet aber für die Hausfrau mindestens eine Unbequemlichkeit und unnötigen Zeitverlust, häufig aber einen Geldverlust, denn es muß eben ein ganzer Satz (Glas, Deckel und Ring) gekauft werden, wo man andernfalls, wenn die Teile getrennt wären, nur mit Beschaffung eines neuen Ringes oder Deckels den Schaden wieder gutmachen könnte.

Die Normung hat nun zum Ziel, an Stelle der unzähligen verschiedenen Größen, die heute auf dem Markt sind, nur eine kleine Anzahl davon als allgemein gültige Normen aufzustellen. Da es also nach Durchführung der Normung nur um wenige, für viele Glasgrößen verwendbare Ringe und Deckel geben wird, können diese auch vollständig von allen Haushaltsgegenständen vorrätig gehalten werden, und jede Hausfrau wäre sicher, das Benötigte dort zu finden, ohne erst auf gut Glück sich auf den Weg machen zu müssen.

Genau wie bei den Einweggläsern, verhält es sich bei zahlreichen anderen Haushaltsgegenständen: am Freischloß mag die vorbereite Befestigungsschraube verlorengegangen sein, oder der Handgriff ist gebrochen, da muß man lange suchen oder warten, bis Ersatz beschafft werden kann, oder den Schaden muß der Schlosser reparieren, was sicher auch viel Zeit und Geld kostet.

Wenigstens einfacher wäre das alles, wenn diese Teile in genormten Ausführungen allgemein verwendet würden und man einfach im Laden einen Kontervention Nr. 3 oder eine Füllgeschraube Nr. 2 für einen Freischloß zu verlangen brauchte, oder einen Koptopdeckel Nr. 5 und auch bestimmt das Richtige befäme.

Die Normung hat also nichts mit der „einen Eintönigkeit“ zu tun, vor der uns manche Leute unter Hinweis auf amerikanische Auswüchse glauben warnen zu müssen. Eine in vernünftigen Grenzen gehaltene Normung ist, wie die obigen Beispiele zeigen, etwas sehr Praktisches und kann unsern Hausfrauen viel Geld ersparen helfen. Darum wäre es auch sehr zu begrüßen, wenn unsere Hausfrauen-Bereine sich mit dieser Angelegenheit recht eingehend befassen wollten. Bg.

Noch weit zurück. Die englische Lehrergewerkschaft hat beschlossen, daß künftig keine männlichen Lehrer mehr eine Anstellung in Mädchenschulen annehmen dürfen, die von Frauen geleitet werden. Die Forderung der Lehrerinnen, für gleiche Leistungen auch die gleiche Bezahlung wie die Lehrer zu erhalten, müßte mit allen Mitteln, im äußersten Falle sogar durch den Streik, bekämpft werden.

Offenbar haben die englischen Lehrer das dringende Bedürfnis, als moderne „Ritter von der traurigen Gestalt“ anerkannt zu werden.

Bischoff — ausgeschlossen! — In Pflingten hat der Verein für das Deutschum im Auslande in Hirschberg in Schlesien eine sogenannte Pflingtagung abgehalten, an der auch Schülergruppen aus Jena teilnahmen. Wie das Deutschum dieser Wadern ausseht, zeigt die Bestimmung, daß Schülerinnen mit Pupillenkopf an der Fahrt der Jener nach Hirschberg ausgeschlossen waren.

Es ist doch zu nett von diesen braven Deutschen, daß sie eine solche internationale Erklärung, wie den Kurzschnitt des weiblichen Kopfhaares, nicht dulden wollen.

Das Band ohne Früheins. In Dänemark werden sich künftig verheiratete Frauen in der Anrede nicht mehr von den Unverheirateten unterscheiden. Für beide wird vielmehr gleichzeitig die gemeinsame Anrede „Frue“ eingeführt. Seit Jahren haben die Anhänger der Frauenbewegung schon davon gewirkt, die Gleichheit der Geschlechter auch dadurch zum Ausdruck zu bringen, daß alle Frauen den gleichen Titel führen, ebenso wie die Männer, bei denen auch in der Anrede kein Unterschied zwischen Verheirateten und Junggebliebenen gemacht wird. ml.

Ueber Erziehung des Kindes. Die körperliche Züchtigung hat den Charakter, den schon Comenius treffend angab, wenn er den Erzieher, der zu diesem Mittel greift, mit einem Musiker vergleicht, der sein ungestimmtes Instrument mit Häuten bearbeitet, statt Ohr und Hand zu brauchen, um es zu stimmen!

Auf all die unzähligen feinen Prozesse im Seelenleben des Kindes, auf die dunklen, zusammengelegten Vorläufe, die bebenden, empfindlichen Gefühle wirken diese brutalen Eingriffe zerstörend, verwirrend und deshalb ohne alle seelische erzielende Macht. Ellen Key: Das Jahrhundert des Kindes.

Fortgeschrittene Frauen sind un bequem. In Argentinien gehörte bisher dem Nationalen Erziehungsrat, einer staatlichen Behörde, auch ein weibliches Mitglied an, Frau Dr. Rawson de Dellepiane. Diese Frau hatte eine größere Reise in den südlichen Teil Argentiniens unternommen, um dort das Erziehungsweilen zu inspizieren. Nach ihrer Rückkehr berichtete sie ausführlich über verschiedene von ihr beobachtete Missetände und machte positive Verbesserungsvorschläge. Dem Unterrichtsminister war jedoch diese Kritik an der bestehenden Organisation des Schulwesens un bequem, und er lehnte deshalb die Anträge der Berichterstatterin ab. Frau Dr. Rawson de Dellepiane hat deshalb in der Erkenntnis der Unfruchtbarkeit ihrer Mitwirkung ihr Amt niedergelegt. 8.